

PARLAMENTARISCHE POSITIONEN ZU EUROPA

Reden und Texte von Reichstags-, Europa- und Bundestagsabgeordneten der SPD. Ergänzt durch Basisinformationen und programmatische Beschlüsse.

dokumente
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

INHALT

05	GELEITWORT Rolf Mützenich Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
06	GEMEINSAM ZU EINEM STÄRKEREN EUROPA Olaf Scholz Bundesminister und Vizekanzler
08	EINFÜHRUNG Axel Schäfer Dokumentation
13	1863 - 1918 ... ALS ANFANG EINES SOLIDARISCHEN EUROPÄISCHEN STAATES Dokument 1 – 1866 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) zur Reichstagswahl Dokument 2 – 1879 August Bebel Dokument 3 – 1910 Philipp Scheidemann Dokument 4 – 1916 Karl Kautsky Dokument 5 – 1917 Eduard Bernstein
17	1918 - 1933 ... FÜR DIE BILDUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA Dokument 6 – 1925 Heidelberger Programm Dokument 7 – 1925 Otto Wels, SPD-Parteivorsitzender Dokument 8 – 1927 Rudolf Hilferding Dokument 9 – 1930 Rudolf Breitscheid, Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion
20	1933 - 1945 ... DAS ZIEL EINER EUROPÄISCHEN STAATENGEMEINSCHAFT Dokument 10 – 1940 Rudolf Hilferding Dokument 11 – 1943 Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien Dokument 12 – 1944 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)
22	

24	1945 – 1989 ... INNERHALB DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT
24	Dokument 13 – 1945 Buchenwalder Manifest
24	Dokument 14 – 1946 – Hannoveraner Parteitag
25	Dokument 15 – 1947 Kurt Schumacher, SPD-Parteivorsitzender
26	Dokument 16 – 1950 Paul Löbe
26	Dokument 17 – 1953 Erich Ollenhauer, SPD-Parteivorsitzender
28	Dokument 18 – 1957 Wilhelm Mellies
29	Dokument 19 – 1959 Godesberger Grundsatzprogramm
30	Dokument 20 – 1960 Herbert Wehner
30	Dokument 21 – 1969 Willy Brandt, Bundeskanzler
32	Dokument 22 – 1975 Orientierungsrahmen „85“
33	Dokument 23 – 1978 Helmut Schmidt, Bundeskanzler
34	Dokument 24 – 1978 Programm für die Direktwahl des Europäischen Parlaments
34	Dokument 25 – 1986 Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
37	1989 - 2009 ... DIE EUROPÄISCHE UNION DER VERTRAGSREFORMEN
37	Dokument 26 – 1989 Berliner Grundsatzprogramm
38	Dokument 27 – 1990 Leipziger Grundsatzprogramm der SPD in der DDR
39	Dokument 28 – 1992 Heidemarie Wieczorek-Zeul
40	Dokument 29 – 2003 Jürgen Meyer, Vertreter des Deutschen Bundestages im EU-Verfassungskonvent
41	Dokument 30 – 2005 Gerhard Schröder, Bundeskanzler
43	Dokument 31 – 2007 Hamburger Grundsatzprogramm
45	Dokument 32 – 2008 Kurt Beck, Ministerpräsident und SPD-Parteivorsitzender
48	SEIT 2009 ... DIE KRISEN DER GEGENWART
48	Dokument 33 – 2011 Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D.
51	Dokument 34 – 2015 Leitantrag Bundesparteitag
56	Dokument 35 – 2015 Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
57	Dokument 36 – 2016 SPD-Bundestagsfraktion: Wirtschafts- und Währungsunion
60	Dokument 37 – 2016 Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender, und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments
66	Dokument 38 – 2017 60 Jahre Römische Verträge – Axel Schäfer
69	Dokument 39 – 2017 Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales
75	Dokument 40 – 2020 SPD-Bundestagsfraktion: Deutsche Ratspräsidentschaft 2020 – Christian Petry
77	Dokument 41 – 2020 Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt
78	Dokument 42 – 2020 Achim Post, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GELEITWORT



Kaum ein Land profitiert so sehr von der EU wie Deutschland. Wir sind wirtschaftlich untrennbar mit unseren europäischen Partnern verwoben. Uns kann es nur gut gehen, wenn es auch unseren Nachbarn gut geht. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 zu einem Erfolg zu machen.

Wir sind in einer Zeit der Bewährungen. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie wird die deutsche Präsidentschaft mit weiteren großen Herausforderungen konfrontiert werden: der Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens, dem Brexit, der Umsetzung des Europäischen Green Deal, der Stärkung der Rechtsstaatsprinzipien, der Digitalisierung, der Schaffung einer humanen und solidarischen Migrations- und Asylpolitik, den globalen Umwälzungen und dem Klimawandel. Die Erwartungen sind hoch und die Agenda anspruchsvoll. Für das Gelingen wird es auch auf die Impulse und den

Rückhalt der SPD-Bundestagsfraktion ankommen. Wenn man Ende des Jahres sagen könnte, in der EU herrsche (wieder) ein stärkerer Gemeinschaftsgeist und die wirtschaftliche Kluft zwischen den Mitgliedern sei nicht größer geworden, wäre bereits viel erreicht. Oft ist die EU aus Krisen gestärkt hervorgegangen. Das einzigartige Friedens- und Integrationsprojekt Europäische Union muss zukunftsfest gemacht werden, damit es sich zwischen dem autoritären China und den irrlichternden USA von Donald Trump behaupten kann.

Eine angemessene Antwort auf diese multiplen Krisen ist, dass gerade den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern unsere Solidarität und (auch finanzielle) Hilfe und Unterstützung gelten muss. Der geplante Wiederaufbaufonds ist deshalb mehr als eine wirtschaftliche Notmaßnahme, er ist ein Zeichen europäischen Selbstbehauptungswillens. Diese Stärkung Europas ist nicht zuletzt den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu verdanken.

Die vorliegende Publikation vereint historische Leitlinien sozialdemokratischer Europapolitik mit aktuellen Beiträgen für die Gestaltung der „Next Generation EU“.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen der Broschüre viele neue interessante Einsichten und Anregungen.

Dr. Rolf Mützenich
VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

GEMEINSAM ZU EINEM STÄRKEREN EUROPA

DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT IM ZEICHEN DER CORONA-PANDEMIE



„Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ – unter dieser Überschrift haben wir die deutsche Ratspräsidentschaft gestellt, die am 1. Juli begonnen hat. Dies sind keine normalen Zeiten: Die Welt durchlebt die erste globale Gesundheitskrise des 21. Jahrhunderts. Die Corona-Krise stellt die Europäische Union vor Herausforderungen von historischer Dimension und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie betreffen jede und jeden einzelnen von uns.

Krisen sind Bewährungsproben für Gemeinschaften. Füreinander einzustehen, wenn der andere in Not ist, ist der Kerngedanke der Solidarität, auf dem die Europäische Union gründet. Gemeinschaften bewähren sich oder zerbrechen in Krisen. Unser zentrales Anliegen während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist daher, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Europa geeint und gestärkt aus der Krise hervorgehen kann.

Trotz nationaler Reflexe zu Beginn der Krise hat sich Europa in der akuten Phase der Corona-Pandemie bewährt. Hunderte schwer erkrankte Patientinnen und Patienten wurden zur Behandlung in europäische Nachbarländer ausgeflogen, tausende Tonnen medizinisches Material wurden zwischen EU-Staaten geteilt. Und als die ersten Anzeichen einer Wirtschaftskrise sichtbar wurden, haben die europäischen Finanzministerinnen und Finanzminister kraftvoll gehandelt und in Rekordzeit ein dreifaches Sicherheitsnetz aufgespannt – für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Unternehmen und für die Haushalte der Mitgliedstaaten – mit einem Gesamtvolumen von mehr als einer halben Billion Euro.

Nach der akuten Krisenbewältigung steht eine ganz große Bewährungsprobe noch bevor: Europa erlebt die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Es kommt jetzt drauf an, den einsetzenden Wiederaufschwung zu unterstützen. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine dauerhafte wirtschaftliche Spaltung den politischen und sozialen Zusammenhalt Europas gefährdet. Deshalb ist es wichtig, dass auch die am schwersten von der Pandemie getroffenen Mitgliedstaaten die Krise möglichst schnell hinter sich lassen.

Aus diesem Grund hat Deutschland im Mai 2020 gemeinsam mit Frankreich einen Vorschlag gemacht für einen beispiellosen europäischen Fonds zur wirtschaftlichen Erholung. Die Europäische Kommission hat diesen Vorschlag aufgegriffen und zu einem umfassenden Wiederaufbauplan ausgearbeitet. Bei dem historischen EU-Sondergipfel vom 17. bis 21. Juli 2020 haben die Mitgliedstaaten mit der Einigung auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (Volumen von 1.074 Milliarden Euro) und auf ein Aufbauinstrument in Höhe von 750 Milliarden Euro ein beispielloses Zeichen der Solidarität und der Kooperation in Europa gesetzt. Dieser Gipfel war ein Wendepunkt zu einem stärkeren Europa. Denn der Wiederaufbau wird gemeinsam finanziert. Wer zusammen Kredite aufnimmt und sie zusammen zurückzahlt, der erreicht eine neue Dimension der Gemeinsamkeit. Um die Schulden zurückzuzahlen, wird die EU perspektivisch mit neuen eigenen Einnahmen ausgestattet. Das ist,

was ich den Hamilton Moment Europas bezeichnet habe. Die historische Einigung des EU-Sondergipfels muss nun umgesetzt werden. Ich freue mich, diesen Plan mit meinen Finanzministerkolleginnen und -kollegen unter deutscher Präsidentschaft umzusetzen. Deutschland ist bereit, Brücken zu bauen.

Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger überall in Europa erreichen wir nur dann, wenn wir diese Mittel als Investitionen einsetzen, um unsere Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger, widerstandskräftiger und ökologischer aufzustellen. In einem partnerschaftlichen Ansatz müssen wir die gemeinsam identifizierten Reformbaustellen angehen, die es in jedem unserer Länder gibt, und die klimafreundliche und digitale Transformation unserer Volkswirtschaften voranbringen.

Wir werden zudem über die Krisenbewältigung hinausdenken müssen und identifizieren, an welchen Stellen die Widerstandsfähigkeit und Eigenständigkeit Europas gestärkt werden muss. Wir müssen überlegen, wie wir lose Enden vertäuen können, die derzeit unter dem Eindruck der Corona-Pandemie etwas aus dem Fokus geraten sind: die Vollendung der Bankenunion mit einheitlichen Regeln für den europäischen Finanzsektor, das Vortreiben der Kapitalmarktunion, um echte grenzüberschreitende europäische Börsengeschäfte zu ermöglichen, und die bereits seit längerem diskutierten Reformen des Europäischen Stabilitätsmechanismus, um ihn effektiver und wirkungsvoller zu machen. Hierzu gehört auch die Schaffung eines sicheren Umfelds für die Digitalisierung im Finanzsektor, der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Finanzmarkts für Krypto-Finanzdienstleistungen sowie eine schlagkräftige EU-Aufsichtsstruktur im Geldwäschebereich. All das sind weitere wichtige Komponenten einer Fiskalunion.

Wir werden uns während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft darüber austauschen, wie wir auf verantwortungsvolle und faire Weise die Lasten dieser Krise bewältigen können. Dies rückt die Frage einer gerechten und effektiven Besteuerung von international agierenden Unternehmen noch mehr in den Fokus. Gerade die Pandemie zeigt, wie wichtig es ist, einen robusten Sozialstaat zu haben. Deshalb kann es nicht sein, dass sich diese Unternehmen ihrer Steuerpflicht entziehen. Wir wollen einen Kompromiss auf internationaler Ebene in den Verhandlungen über eine Reform der internationalen Besteuerungsprinzipien erreichen, einschließlich einer effektiven Mindestbesteuerung.

All diese Themen werden wir im Geiste europäischer Solidarität und Souveränität angehen. Wir dürfen diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen: Bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie befand sich die EU in einer Phase des Umbruchs. Aufgrund interner Auseinandersetzungen infolge der Krisen der vergangenen zehn Jahre kamen zentrale europäische Reformprojekte teils nur schleppend voran. Gleichzeitig hat sich die Welt um uns herum in den vergangenen Jahren massiv gewandelt. Geopolitische Verschiebungen – insbesondere die sich zuspitzende Rivalität zwischen den USA und China – stellen die EU von außen vor große Herausforderungen. In den nächsten Monaten müssen die Weichen gestellt werden, um die Souveränität Europas im 21. Jahrhundert zu sichern und um auf globaler Ebene handlungsfähig zu bleiben. Ein soziales und souveränes Europa ist unser Ziel.

Olaf Scholz
BUNDESMINISTER DER FINANZEN, VIZEKANZLER

EINFÜHRUNG



Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen ein wichtiger Teil der europäischen Arbeiterbewegung. „National in der Form – international im Inhalt“, so hatten Karl Marx und Friedrich Engels deren Rolle beschrieben. Schon die frühen Sozialisten sahen sich vor die komplexe Aufgabe gestellt, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erkämpfen sowie länderübergreifend zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen.

Die „Vereinigung freier Völker“ Europas war eine verbindende Forderung in den revolutionären Erhebungen des Jahres 1848, ebenso der Aufruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. Dieser wurde im 19. Jahrhundert wegweisend für eine universelle, gesellschaftsverändernde Bewegung.

IM KAISERREICH VON 1863 - 1918

Seit Beginn ihres organisatorischen Bestehens gehörte die Sozialdemokratie der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) an, in deren gleichnamigen Lied es heißt: „L'internationale, sera le genre humain.“ Schon auf ihrem Kongress 1867 beriet die IAA (1864-1872) den Vorschlag der deutschen Sektion zur „Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ und forderte schließlich einen „Bund der Völker“. In dieser Tradition standen die späteren Beschlüsse der II. Internationale (1889-1923) zu Abrüstung und internationalen Schiedsgerichten.

Innenpolitisch war die Forderung nach „deutscher Einheit (...) als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“ im Wahlprogramm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) von 1866 lange Zeit einzigartig im Parteienspektrum. August Bebel's Vision vom „vereinte(n) Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde“ in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ gehörte zu den Grundüberzeugungen einer ganzen Generation von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Kaiserreichs. Wahr ist aber auch: Im Alltag der Partei bestimmten drängende soziale Probleme und fehlende demokratische Rechte die Tagesordnung. Außenpolitik spielte vor dem Ersten Weltkrieg kaum eine Rolle. Die Äußerungen auf diesem Gebiet blieben oft unbestimmt und dienten vor allem zur Abgrenzung gegenüber einer bürgerlich-konservativen „Politik der nationalen Stärke“.

Dann das Jahr 1914: Die SPD stand zwischen Massenprotesten für den Frieden einerseits und dem Wunsch nach nationaler Integration im Angesicht eines möglichen Krieges andererseits. Kaiser, Reichsregierung und militärische Führung wollten eine europäische Konfliktlösung mit Waffen und wussten dabei ihre Weltmachtabsichten geschickt zu verschleiern. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründete ihr Vorsitzender Hugo Haase im Reichstag mit den Worten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Die Internationale zerbrach, und in Deutschland spaltete sich die Partei in Befürworter (MSPD) und Gegner (USPD) der „Burgfriedenspolitik“. Obwohl beide offiziell am traditionellen Internationalismus festhielten, war die MSPD als Preis für innenpolitische Reformen bereit, gemäßigte Kriegszielforderungen zu tolerieren. Die Gegensätze zwischen Mehrheit und Opposition spiegelten sich auch in den unterschiedlichen Auffassungen zur „Mitteleuropa-Idee“ wider. Faktisch war es der rechte Flügel der USPD um Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, der bereits während des Weltkriegs die außen- bzw. europapolitischen Konzepte der Partei für die Zwischenkriegszeit entwickelte.

IN DER WEIMARER REPUBLIK VON 1918 - 1933

Nach Niederlage, Revolution und Friedensschluss 1918/19 avancierte die SPD, die sich 1922 mit den Resten der USPD wiedervereinigte, in der krisengeschüttelten Weimarer Republik zur tragenden politischen Kraft. Als wichtigstes Instrument zum Erhalt des Friedens und zur wirtschaftlichen Integration Europas galt ihr – trotz nationaler Vorbehalte – der 1919 gegründete und überwiegend europäisch geprägte Völkerbund. Dessen Stärkung und Demokratisierung war auch ein Hauptanliegen der Sozialistischen Arbeiterinternationalen (SAI, 1923-1939). Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 nahm die SPD als erste deutsche Partei die „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ in ihr Programm auf. Sie war darüber hinaus immer wieder bereit, konkrete verständigungspolitische Maßnahmen, wie 1925 die Verträge von Locarno und 1929/30 den Briand-Plan, zu unterstützen – auch unter Zurückstellung parteitaktischer Erwägungen.

Während die bürgerlichen Parteien noch weitgehend in nationalstaatlichen Denktraditionen verhaftet blieben, entwickelte die SPD in den 1920er Jahren bereits wesentliche theoretische Grundlagen ihrer späteren Europapolitik. Diese basierte auf der Analyse der internationalen Arbeitsteilung als Wesensmerkmal des Kapitalismus und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit zur politischen Gestaltung in Gemeinschaft mit anderen Staaten. Kernpunkte waren eine auf Kriegsverhinderung und Verständigung mit den Nachbarländern ausgerichtete Friedenspolitik, was Forderungen nach einer Teilrevision des Versailler Vertrages mit einschloss.

Konkrete Vorschläge wie die Schaffung einer Zollunion und Koordinierung in den Bereichen Handel, Verkehr und Zuwanderung aus dem Jahre 1926 erwiesen sich als äußerst weitsichtig. Erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg konnte dies im Rahmen der EGKS-, EWG- und EU-Verträge umgesetzt werden. Politische Mehrheiten gegen nationalistische Vorstellungen gab es in der Weimarer Republik aber nie dauerhaft und der Faschismus kam 1933 mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien an die Macht.

GEGEN FASCHISMUS UND KRIEG VON 1933 - 1945

Die Nazis zerstörten zuerst die Demokratie und verwüsteten dann Europa in deutschem Namen. Nach dem SPD-Verbot im Dritten Reich leisteten viele Parteimitglieder Widerstand oder flohen ins Exil. Die 1930er und frühen 1940er Jahre waren aber auch die Zeit, in der verschiedene Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie ihre Konzepte für einen Neuanfang in Europa entwickelten. Der Exilvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE) hielt an den Vorstellungen der Weimarer Republik fest und sah in einem wiederbelebten, gestärkten Völkerbund auch weiterhin das wichtigste Element einer zukünftigen Friedensordnung auf dem Kontinent. Nur durch ihn könnten auch Großbritannien und die USA an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt werden. Dagegen verfochten vor allem die linken Oppositionsgruppen wie Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und „Neu Beginnen“ entschieden die Europaidee. Erst im Laufe des Krieges näherten sich diese europapolitischen Vorstellungen an. SOPADE und ISK beschlossen 1943 in der „Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien“ – als Kompromiss ihrer jeweiligen Konzepte – die „Richtlinien für die internationale Politik“. Schon damals stand die Bedeutung einer „deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit“ im Vordergrund für ein künftiges europäisches Gemeinwesen. Mit diesem Bekenntnis des „Buchenwalder-Manifests“, formuliert von sozialdemokratischen KZ-Häftlingen im Angesicht des Todes, zählte die SPD zu den führenden Repräsentanten eines anderen Deutschlands, als Basis für ein zukünftiges Miteinander der demokratischen Länder Europas.

IN DER BUNDESREPUBLIK VON 1945 - 1989

Die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa unter sozialistischen Vorzeichen war in der 1945 wiedergegründeten Sozialdemokratie unumstritten, auch um deutsche Interessen gegenüber alliierten Plänen zu verteidigen. Die SPD erkannte grundsätzlich das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten an und war zum Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte bereit. Allerdings setzte sich der charismatische, vom Widerstand gegen die Nazi-Diktatur geprägte Vorsitzende Kurt Schumacher innerparteilich mit seiner Auffassung durch, ein vereinigtes Gesamteuropa könne nur auf der Grundlage eines wiedervereinigten, gleichberechtigten, selbstbestimmten und sozialistischen Deutschlands entstehen.

Auf dieser Basis lehnte die SPD, die 1947 den „Marshall-Plan“ noch begrüßt hatte, wegen der Nichterfüllung ihrer deutschlandpolitischen Vorbehalte 1950 den Beitritt zum Europarat, 1951 zur EGKS – „kapitalistisch, konservativ, klerikal und kartellistisch“, so Schumacher – und 1953 zur EVG, zunächst ab. Die Partei blieb damit innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung (1948 wurde das Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe – MSEUE – gegründet, 1951 die SI) in der Minderheit. Gleichwohl arbeiteten die SPD-Vertreter wie Carlo Schmid von Anfang an konstruktiv in den Gremien der europäischen Institutionen – Beratende Versammlung des Europarats und der EGKS sowie der Ad-hoc-Versammlung – mit.

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung 1954 öffnete sich die SPD Schritt für Schritt dem existierenden (west-)europäischen Integrationsprozess: Von der Zustimmung zu den EWG- und EURATOM-Verträgen 1957 und dem Godesberger Programm 1959, der außenpolitischen Grundsatzrede Herbert Wehners 1960 bis zur Nominierung von Willy Brandt als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1961 führte der Weg zu einem weitgehenden europapolitischen Grundkonsens in Deutschland.

Seit Anfang der 1960er Jahre ist die SPD gemeinsam mit ihren Schwesterparteien in den anderen Mitgliedstaaten eine prägende Kraft im Prozess des europäischen Zusammenschlusses. Genannt werden muss hier besonders die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien der EGKS-Staaten und der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG.

Am Ende der Ära de Gaulle, der als französischer Präsident mit seiner „Politik des leeren Stuhls“ die Gemeinschaft blockiert hatte, und zu Beginn der Ära von Willy Brandt und Helmut Schmidt (1969-1982) stand die EG auf dem Gipfeltreffen in Den Haag 1969 vor der Entscheidung „zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen“. Die EG entschied sich für ersteres: Eine Wirtschafts- und Währungsunion, die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und die Erweiterung sollten in den 1970er Jahren in Angriff genommen werden.

Realisiert wurden die Beitritte von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973, die Errichtung des EWS 1978 und die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. Weitere Schritte blieben aus, da vor allem die Ölkrise und der Verfall des Dollars den gemeinsamen Willen erlahmen ließen. So entstand der Begriff „Eurosklерose“ als Synonym für die Krise der EG bis zur Mitte der 1980er Jahre. Erst auf Initiative des Europäischen Parlaments und des neuen, sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors überwand man die Stagnation. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 begann eine Dynamik von Vertragsänderungen zeitgleich mit mehreren Beitrittsrunden. Doch nach dem Fall der Mauer eröffnet sich dann 1989 eine völlig neue Perspektive des europäischen Zusammenschlusses: West und Ost, eine kontinentale Dimension.

IM VEREINIGTEN DEUTSCHLAND VON 1989 - 2009

An der Schnittstelle dieses Epochenwandels konnte sich die SPD aber europäisch nicht neu positionieren. Das Berliner Programm 1989, ergänzt durch die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, war schon zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung von der Geschichte überholt.

Der EU gelang es jetzt, in immer kürzeren Zeiträumen neue Regierungskonferenzen zur Vertiefung und Erweiterung durchzuführen – Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001. Die ökonomische Integration durch Vollendung des Binnenmarktes und die Realisierung der gemeinsamen Währung Euro (1. Januar 2002) waren Meilensteine auf dem Weg zu einem Europa als Bundesstaat sui generis.

Die SPD trug auch in Oppositionszeiten die jeweiligen Vertragswerke – trotz Kritik in Einzelpunkten – aus europäischer Verantwortung mit. Sie pochte aber erfolgreich auf mehr Rechte für das Europäische Parlament und die Stärkung der gemeinschaftlichen Politikbereiche. Vertiefung stand dabei mit Erweiterung im Gleichklang: 1995 erfolgte die Aufnahme von Finnland, Schweden und Österreich, 2004 von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern sowie 2007 von Bulgarien und Rumänien. 2013 folgte der Beitritt Kroatiens. Dadurch hat die Gemeinschaft eine andere Gestalt erhalten. Zeitweise konnte eine Mehrheit von sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs das Gesicht Europas prägen: Tony Blair, Lionel Jospin, Viktor Klima, Wim Kok, Alexander Kwasniewski, Paavo Lipponen, Göran Persson, Jorge Sampaio, Konstantinos Simitis. In diese Phase fielen auch ganz neue Herausforderungen wie die Beteiligung am Kosovo-Krieg und der erstmalige Rücktritt einer Kommission sowie eine mutige Innovation: die Einberufung eines Konvents zur Grundrechtecharta und darauf folgend zum Vertrag über eine Verfassung für Europa.

Dies wurde maßgeblich geprägt von SPD-Politikern: allen voran Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005), mit außergewöhnlichen Erfolgen in seinem Amt als EU-Ratsvorsitzender 1999 sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Klaus Hänsch (1994-1997). In der sich anschließenden Phase christdemokratisch-konservativer Regierungsdominanz geriet Europa konstitutionell in schwere Stürme: Nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch Referenden in Frankreich und den Niederlanden bei gleichzeitiger Ratifizierung in 18 von 27 Mitgliedstaaten musste die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gangbare Wege in und aus der Krise aufzeigen. Zugleich wurde innerhalb der EU erstmals grundsätzlich über die Finalität der Integration beraten – wohn und mit wem in Europa? Das nach langen Geburtswehen mit ständig wechselnden Parteivorsitzenden schließlich von Kurt Beck verantwortete Hamburger Grundsatzprogramm brachte die SPD auch europapolitisch entscheidend voran – zumindest in ihrer Beschlussfassung.

Auf der Basis des Entwurfs eines Verfassungsvertrages trat am 1. Dezember 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft. Damit wurden die wichtigsten konstitutionellen Änderungen in der fast sechzigjährigen europäischen Einigungsgeschichte vorerst abgeschlossen.

IM JAHRZEHT DER KRISEN VON 2009 - HEUTE

Derzeit befindet sich die EU in ihrer größten Krise. Sie wurde ausgelöst von Finanzmarktspekulationen und privater sowie staatlicher Verschuldung zu Beginn des Jahrzehnts und wird heute geprägt durch die aktuelle Corona-Pandemie. Zu konstatieren sind mangelndes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, begrenzter Integrationswille vieler EU-Regierungen, die überwiegend von christdemokratischen bzw. rechtsliberalen und sogar nationalistischen Staats- und Regierungschefs geführt werden – dazu kommt die Schwäche der Sozialdemokratie.

Die existenzbedrohenden Auswirkungen der Krise in Griechenland und die Gefahr von Staatsinsolvenzen bis hin zum Zusammenbruch der Eurozone konnten allerdings vorläufig gebannt werden. Durch den Einsatz von

Rettungsschirmen, die mehrere hundert Milliarden garantierten und Wirkungsmöglichkeiten im Billionenbereich erzielten sowie mit Reformen im Banken und Finanzmarktsektor ist es der EU ab 2012 gelungen, zeitweise Stabilität herzustellen, Neuverschuldung zu begrenzen und gegen Spekulation eines aus den Fugen geratenen „Raubtierkapitalismus“ zu wirken. Die SPD konnte ihr Profil als deutsche Europapartei auf dem Bundesparteitag 2011 in Berlin – und dem folgenden Beschluss 2015 – eindrucksvoll schärfen. Neben einem klaren Bekenntnis zu Europa hat sie sich inhaltlich weiterentwickelt und auch über Grenzen hinweg positioniert (gemeinsamer Antrag in Deutschem Bundestag und französischer Assemblée Nationale zur Finanztransaktionssteuer). Die Direktwahl des Europäischen Parlaments 2014 mit länderübergreifenden Spitzenkandidaturen der Parteilisten, geprägt von Martin Schulz für die S&D-Fraktion, ragte als Leuchtturm in schwierigen Zeiten hervor.

Als alte Gefährdung von rechts taucht Nationalismus fast überall im modernen Gewand erneut auf. Ideologien der 1920er und 1930er Jahre leben wieder auf. Fremdenfeindlichkeit ist in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts der letzte Irrtum, dessen Irrweg in den Irrsinn führt. Das einschneidende Resultat dieser Entwicklung ist der EU-Austritt Großbritanniens (BREXIT), der 2017 in einem Referendum beschlossen wurde. Zum ersten Mal seit seiner Gründung 1951 verlässt ein Land den Staatenverbund.

Im Zentrum steht heute die Corona-Pandemie als historische Herausforderung. Sie verdeutlicht, dass nur Solidarität die Lösung sein kann. Auf dem Gipfel im Juli 2020 ist der EU wahrlich Großes gelungen: mit einem Volumen von 1,8 Billionen Euro wurde das bis dato umfangreichste Finanzpaket beschlossen, inklusive eines Sonderfonds zur Bewältigung der Corona-Folgen von über 750 Milliarden Euro. Zu dieser starken Antwort auf eine außergewöhnliche Situation gehört auch ein Paradigmenwechsel im EU-Haushalt, der die gemeinsame Aufnahme von Schulden ermöglicht.

Zugleich muss die Europäische Union zunehmend Angriffen auf die Rechtsstaatlichkeit widerstehen: Unabhängigkeit der Justiz, Freiheit der Presse und Medien, Schutz von Minderheiten, Entfaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft: das ist in allen Mitgliedstaaten Tag für Tag zu gewährleisten. Daher ist es ein notwendiges und gutes Signal, dass in Zukunft die Mittel aus dem europäischen Haushalt an die Einhaltung der gemeinsamen Rechtsgrundlagen in allen EU-Ländern gebunden sind.

Eine weitere Herausforderung bringen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts mit sich, zuletzt im Mai 2020, bei denen durch nationale Rechtsprechung „Europa unter Vorbehalt“ gestellt wird. Diese Urteile sind gegen die europäische Integration gerichtet. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betonen stattdessen den Leitgedanken des Grundgesetzes: Wir Deutsche sind „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU 2012 war ein starkes Signal der Ermutigung im Jahrzehnt der Krisen.

Jetzt brauchen wir neue Ideen und alte Zuversicht. Eine „Konferenz zur Zukunft Europas“ soll den weiteren Integrationsprozess voranbringen. Robert Schuman sagte vor 70 Jahren in seiner berühmten Rede am 9. Mai 1950 zur Gründung der Montanunion schon visionäres: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ So wollen wir es weiterhin halten.



Axel Schäfer

MdEP VON 1994-1999, MdB SEIT 2002, MITGLIED DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DES EUROPARATS

1863 - 1918 ... ALS ANFANG EINES SOLIDARISCHEN EUROPÄISCHEN STAATES

DOKUMENT 1 – 1866 ALLGEMEINER DEUTSCHER ARBEITERVEREIN (ADAV) ZUR REICHSTAGSWAHL; PROGRAMMENTWURF, LEIPZIG

„Die Arbeiterpartei, oder die Partei des vierten Standes, bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Unterdrückten aller europäischen Länder ohne Unterschied des Glaubens, des Staates oder der Abstammung auf gegenseitigen Beistand und auf Vereinigung durch ihre Interessen angewiesen sind.

Ihr Ziel besteht in der Beseitigung der Unterdrückung jeglicher Art, namentlich im Wegfall der Ausbeutung der kapitallosen Arbeit durch das Kapital, und sie ist sich vollständig darüber klar, daß sie dieses Ziel nur durch einen gründlichen Umschwung, welcher zur Herstellung des europäischen sozialdemokratischen Staates und zur Eroberung des Weltmarktes führt, erreichen kann. (...)

Da die Arbeiterpartei die Festigung, Fortdauer und Erweiterung des Norddeutschen Bundes nicht wünschen kann, so benutzt sie einfach das von der preußischen Regierung oktroyierte Bundesparlament als eine willkommene Gelegenheit, um durch ihre Deputierten von der Tribüne herab vor ihren Brüdern in ganz Europa vorstehende Grundsätze ungeschminkt und ohne alle Scheu proklamieren zu lassen. Nur derjenige ist ein ihrer würdiger Vertreter, welcher den Mut besitzt, allein in jeder Beziehung die sozialdemokratischen Interessen geltend zu machen.

Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralisierten deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates.“

[Leipzig 1866; zit. n.: Programm der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. v. Bundessekretariat der Jungsozialisten, Hannover 1963, S. 65ff.]

DOKUMENT 2 – 1879 AUGUST BEBEL

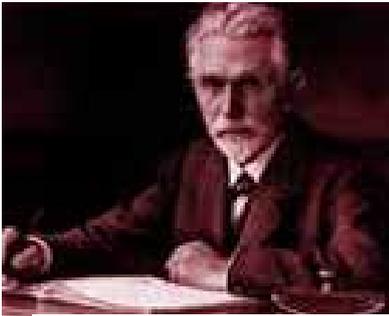
DIE FRAU UND DER SOZIALISMUS

„(...) Denn wenn Deutschland und West-Europa überhaupt, auch für die neue Menschheitsära einstens wahrscheinlich den Reigen eröffnen wird, die anderen Staaten dürften alsdann bald folgen. Denn alle Culturstaaten leiden unter denselben Uebeln, in allen Culturstaaten regen sich darum dieselben Gedanken und dieselben Ideen.

Ein Volk wird einstens dem andern die Hände reichen, eins das andere in seinen Bestrebungen und in seiner Organisation unterstützen und der vereinigte Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde, wird das schliessliche Resultat dieser grossen Anstrengung sein. Dann dürften Delegirte aller Nationen und Völker sich zu einem grossen Völkerparlamente vereinigen, um alle ihre Angelegenheiten in friedlicher, sich gegenseitig fördernder Weise zu ordnen. Die physischen und geistigen Produktivkräfte wie die Bodenfruchtbarkeit und Erzeugungsfähigkeit eines jeden Landes dürften dann nach neu aufzustellenden Grundsätzen gegenseitig abgewogen und auszugleichen versucht, Produktion und Austausch auf grosser internationaler Grundlage in einer die Menschheitsentwicklung unendlich fördernden Weise regulirt werden.

So dürften die Anfänge, welche heute bereits die bürgerliche Gesellschaft für die internationale Verständigung der Völker aufweist: Weltpostcongress, internationale wissenschaftliche Congresse, internationale Ausstellun-

gen, internationale Handels- und Schiffahrtsverträge etc., sich allmählich in der neuen Gesellschaft zur höchsten und innigsten Völkerverbrüderung steigern. Ein neues grossartiges Entwicklungsmoment für die Menschheit dürfte einstens hinzukommen. (...)



Bebel, August (1840-1913):
Zusammen mit Wilhelm Liebknecht Gründer der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (Eisenach, 1869), 1867 - (1872-74, 1881-83) 1913 MdR, 1872-75 Festungshaft wegen »Hochverrats« und »Majestätsbeleidigung«, seit 1892 Parteivor-sitzender

Sobald einmal die Culturvölker in einer grossen Fö(r)deration [!] vereinigt sein werden, dürfte auch die Zeit gekommen sein, wo für immer »des Krieges Stürme schweigen«, wo selbst die Volkswehren überflüssig geworden sind und die letzten Waffen, wie so viele ihnen vorangegangene, in die Antiquitätensammlungen wandern, um zukünftigen Geschlechtern zu lehren, wie vergangene Generationen Jahrtausende lang wie wilde Thiere sich zerfleischten – bis endlich der Mensch über das Thier in sich triumphirte. (...)

[Zürich-Hottingen 1879; zit. n.: Bebel, August: *Ausgewählte Reden und Schriften*, hrsg. v. Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, Bd. 10/1, München u.a. 1996, s. 182 f.]

DOKUMENT 3 – 1910 PHILIPP SCHEIDEMANN

EUROPA – „FREUNDSCHAFTSBUND“ STATT „RÄUBERHÖHLE“

„(...) Meine Herren, wir wollen uns auch nicht streiten über die Frage, ob Rußland gegenüber unter allen Umständen auf eine Brustwehr verzichtet werden könnte. Aber selbst wenn zuzugeben wäre, daß wir Rußland, diesem zaristisch-absolutistischen, unberechenbaren Lande gegenüber, eine gewisse Brustwehr brauchten, dann können wir doch unter keinen Umständen zugeben, daß irgend welche ernstliche Gefahr für uns zurzeit bestände. Ich betone aber mit um so größerer Schärfe, daß wir weder im Westen noch jenseits der Nordsee einen möglichen Feind sehen. Wir in Deutschland und unsere Freunde in Frankreich und England sind fest entschlossen, eine Katastrophe, wie sie ein Krieg im Innern Europas für die ganze Kulturwelt bedeuten würde, zu verhindern. (...)



Scheidemann, Philipp (1865-1939):
Redakteur verschiedener Parteizeitungen, 1903-33 MdR, 1913-1918 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1918/19 Volksbeauftragter und Reichsministerpräsident, 1920-25 OB von Kassel, 1933 Emigration

Wir werden aber auch nicht unterlassen, unserer festen Überzeugung auch fernerhin dahin Ausdruck zu geben, daß gerade unser Regierungskurs die Hauptschuld trägt, wenn der Freundschaftsbund, (...), bisher noch keine Wirklichkeit hat werden können. (...) Daß Europa eine Art Räuberhöhle ist, in der man nicht unbewaffnet schlafen kann, in der man jeden Tag auf Treubrücke und Überfälle gerüstet sein muß, das ist die große Lebenslüge, die Sie nicht lassen können, wenn Sie nicht ihr ganzes System elendiglich zusammenbrechen sehen wollen. Deutschland kann Europa den Frieden geben, wenn es will. Deutschland kann die Lasten der Rüstung nicht nur für sich, sondern auch für alle Großmächte Europas wesentlich herabdrücken. Die wirtschaftlichen Vorteile, die aus einem derartigen Zustande hervorgehen würden, sind bedeutend größer als alle Vorteile, die jemals von irgend einem Staat aus einem blutigen Kriege erwartet werden könnten. Meine Herren, so schwer der Kampf ist, den wir auf diesem Gebiet zu führen haben, – dem deutsch-französisch-englischen Völkerbunde gehört die Zukunft doch, und wir setzen unsere Ehre drein, dieser Zukunft vorzuarbeiten. (...)

[Reichstagsrede vom 9. Dezember 1910; *Verhandlungen des Reichstags*. 12. Legislaturperiode. 2. Session. Stenographische Berichte, Bd. 262. Berlin 1911, S. 3528-3539, hier S. 3530f.]

DOKUMENT 4 – 1916 KARL KAUTSKY

DIE VEREINIGTEN STAATEN MITTELEUROPAS

„(...) Welche Stellung hat nun die Sozialdemokratie zu den mitteleuropäischen Plänen zu nehmen? Damit, daß keine Aussicht besteht, jenes neue Staatsgebilde in absehbarer Zeit zu schaffen, ist die Frage noch nicht erledigt. (...)“

Unser Charakter als internationale und demokratische Partei weist uns bereits unseren Weg. Wir müssen jede Niederlegung von Schranken zwischen Völkern und Staaten freudig begrüßen und unterstützen, wenn sie ohne Verletzung der Demokratie und nicht zu dem Zwecke vor sich geht, den Aufbau anderer Schranken zwischen Völkern und Staaten herbeizuführen. (...)

Die Herstellung Mitteleuropas wäre ein sehr zweifelhafter Fortschritt, wenn sie zu dem Zwecke geschähe, den Gegensatz der Zentralmächte zu ihren Nachbarn nach dem Kriege aufrechtzuhalten oder gar zu verschärfen. (...)

Indes, wie verkehrt auch das imperialistische Streben der Intellektuellen sein mag, es ist ökonomisch tief begründet und daher sehr stark, eine der »Realitäten« der Politik, die man in Rechnung zu ziehen hat.

Ganz und gar nicht im Sinne der Intellektuellen ist dagegen das Streben nach Herstellung eines europäischen »Freistaatenbundes«, einer »Eidge nossenschaft der Völker«, das aus der Arbeiterdemokratie entsprang. (...)

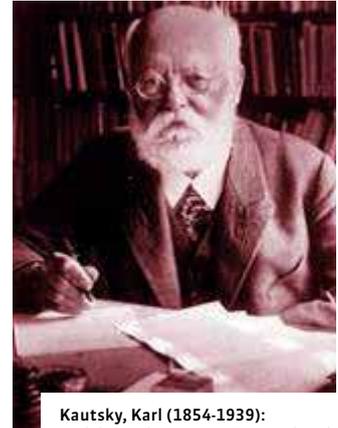
Der »übernationale« Staat, den sie wollen, ist der imperialistische, den wieder das Proletariat ablehnen muß – wo es auf eigenen Füßen steht. (...)

Der übernationale Militärstaat, die Schützengrabengemeinschaft, durch Gräben, Stacheldrähte und Maschinen- gewehre abgeschlossen nach Ost und West – das sind die Vereinigten Staaten Europas, die heute von unseren Intellektuellen geträumt werden. (...)

In einer sozialistischen Gesellschaft müßten aber die nationalen und internationalen Probleme eine ganz neue Gestaltung annehmen. (...) Ist die privilegierte Stellung der Kapitalisten und der Spracharbeiter verschwunden, so hören damit die nationalen Gegensätze auf, denn in dem Bedürfnis nach nationaler Selbstverwaltung, das übrigbleibt, liegt nichts, das eine Nation in Gegensatz zur anderen bringen könnte. Die aus der modernen Weltwirtschaft hervorgehenden Notwendigkeiten internationalen Zusammenarbeitens in geistiger und materieller Produktion können dann völlig ungehindert auf immer engere Verbindung der Nationen hinwirken.

Der Bund der Völker und damit der ewige Friede wird so nicht nur möglich, sondern auch auf eine völlig sichere Basis gestellt. (...)

[Karl Kautzky, *Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas*, Stuttgart 1916, S. 11, 42ff. und 48f.]



Kautsky, Karl (1854-1939):
Redakteur der „Neuen Zeit“ und wichtigster Theoretiker der Sozialdemokratie vor 1914, Gegenspieler und Freund Eduard Bernsteins in der Revisionismusdebatte, Gegner der „Burgfriedenspolitik“, 1917-22 Mitglied in der USPD

DOKUMENT 5 – 1917 EDUARD BERNSTEIN

SOZIALDEMOKRATISCHE VÖLKERPOLITIK – SOZIALDEMOKRATIE UND DIE FRAGE EUROPA

„(...) Nur noch als geographischer Begriff und kriegerisches Schlachtfeld existiert Europa gegenwärtig fort, und das kommende Europa droht zunächst auch nur ein geographischer Begriff zu sein. Das Gefühl einer Gemeinsamkeit von Interessen ist ertötet, der Güterverkehr und der Personenverkehr zwischen den Hauptländern droht eine Einbuße zu erleiden, die ihn vielleicht auf das Drittel des Umfangs herabbringt, den er vor dem Kriege hatte,

kalt und mißtrauisch werden sich seine großen Nationen gegenüberstehen. Eine Aussicht, vor der der sachlich erwägende Volkswirt und Politiker nicht minder sorgenvoll zurückweicht, als der dem Gedanken der Völkergemeinschaft aus idealistischen Gründen ergebene Sozialist und Pazifist. Wohl fehlt es nicht an Kräften, die für eine



Bernstein, Eduard (1850-1932):
1872 Beitritt zur SPD, geistiger Führer der Revisionisten. 1902-(1907-12)1928 MdR, Gegner der „Burgfriedenspolitik“, 1917-19 Mitglied in der USDP

Selbstheilung arbeiten werden. Gewisse Fäden des Handelsverkehrs werden sich leichter wieder anknüpfen lassen, als es beim größten Teil der Fall sein wird. Gelehrte, die im Kriege das seelische Gleichgewicht bewahrt haben, werden nach ihm wieder die internationale Zusammenarbeit der Wissenschaft pflegen. Und Aehnliches mehr. Aber solange die Heilung auf das Walten von Antrieben angewiesen ist, die bloß Individuen oder kleine Gruppen von Ideologen erfassen, wird der Selbstheilungsprozeß ein überaus langsamer und stets der Gefahr ausgesetzt sein, durch Gegenströmungen, an denen es nicht fehlen wird, zurückgeworfen zu werden. Nur durch die systematische Arbeit umfassender Organisationen wird ein durchgreifender Heilungsprozeß in Bälde erwirkt werden können und diejenige Kraft erhalten, die ihn widerstandsfähig macht gegen alle ihm entgegenwirkenden Agitationen. Und keine Verbindung ist so sehr dazu berufen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, als die Partei der Arbeiter, deren große Theoretiker unter anderen Fichte zu ihren geistigen Vorfahren zählten.

Die Sozialdemokratie hat den Krieg nicht verhindert, der Europa zerrissen hat, bis jetzt auch nichts für seine Verkürzung ausgerichtet. Um so mehr erwächst ihr die Pflicht, am Neubau des kommenden Europa ihre ganze Kraft einzusetzen. (...)*

[Eduard Bernstein, Sozialdemokratische Völkerpolitik: Die Sozialdemokratie und die Frage Europa, Leipzig 1917, S. 204ff.]

1918 – 1933 ... FÜR DIE BILDUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

DOKUMENT 6 – 1925 HEIDELBERGER PROGRAMM

INTERNATIONALE POLITIK



„Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus. Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten. Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung. Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und Kultur. Sie verlangt internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.“

[Beschlissen auf dem Parteitag in Heidelberg 1925, zit. n.: *Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 16, S. 211-220, hier S. 219f.]

DOKUMENT 7 – 1925 OTTO WELS, SPD-PARTEIVORSITZENDER

LOCARNO ALS AUSGANGSPUNKT DER VEREINIGUNG EUROPAS

„(...) Meine Damen und Herren! Das Deutschland der Wilhelme, der Tirpitze und der Ludendorffe ist tot, ein neues muß in unserem Vaterlande, in unserem Weltteil erstehen. Wer das nicht begreift, der ist dazu verurteilt, wie Sie, meine Herren da drüben, als Gespenst unter den Lebenden in eine neue Zeit zu gehen oder als Blinder unter den Sehenden zu wandeln. Wer das nicht begreift, ist zu politischer Unfruchtbarkeit verurteilt. Am Ausgang des Krieges sehen wir zwei große Ereignisse: auf der einen Seite den Übergang Deutschlands zur Demokratie, den wir heute bei uns noch heiß umkämpfen, und auf der anderen Seite die politische Entdeckung Europas. Die politische Entdeckung Europas als Staatensystem ist die Rückwirkung der geographischen Entdeckung Amerikas vor mehr als 400 Jahren. Jenseits des Ozeans haben die jungen Völker eines neuen Kontinents eine Schicksalsgemeinschaft, eine Schicksalsverbundenheit erkannt und durchgeführt. Ungeheure Gebiete von unerschlossenen Naturschätzen, in denen der Verkehr durch keine Zollschranken gehemmt ist, bieten dort drüben die Möglichkeiten eines ungeahnten Aufstiegs. Wir aber in Europa sind eingesperrt in enge Zollkäfige, in Haß und in Mißtrauen gegeneinander gestellt und voneinander getrennt. Durch blutige Erinnerungen gehen wir dem sicheren Untergang entgegen, wenn wir nicht die Kraft finden, uns von den Fesseln der Vergangenheit zu befreien.

Der Weg zur Befreiung wird in den Verträgen von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschritten. Er ist noch weit, aber der erste Schritt wird damit getan. Es ist derselbe Schritt, den die führenden Geister des internationalen Sozialismus schon vor dem Kriege gewiesen haben. 10 Millionen Menschen haben es mit ihrem Leben bezahlen müssen, daß die Völker 1914 noch nicht reif genug waren für die Gedanken eines Jean Jaurès und eines August Bebel.

Jetzt erst beginnt sich das Verständnis dafür zu regen, daß wir alle, die wir auf diesem Erdteil leben, durch Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden sind, daß unsere inneren Händel und Streitigkeiten Erbärmlichkeiten sind und daß wir gute Europäer sein müssen, wenn wir gute Deutsche, gute Franzosen sein wollen.

Meine Damen und Herren! Der Krieg ist die furchtbarste Geißel der Menschheit, und die ganze Welt von ihm zu befreien ist unser unverrückbares Ziel. Aber unseren eigenen Herd vor ihm zu schützen, das ist die vornehmste deutsche Aufgabe.

Von solchen Auffassungen geleitet, werden wir Sozialdemokraten unter Zurückstellung aller taktischen Gesichtspunkte, den Blick nur auf das eine große Ziel gerichtet, dessen Erreichung unsere Besten nicht mehr erleben durften, für den vorliegenden Gesetzentwurf [zur Ratifizierung der Verträge von Locarno und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund] stimmen. Nicht ihnen zuliebe, meine Damen und Herren, sondern uns und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zuliebe, der wir damit geben, was sie von uns fordern kann.

Wir nehmen den Gesetzentwurf an als die Erfüllung unserer eigenen Forderung. Wir nehmen ihn an als den Beginn eines Weges, an dessen Ende ein unter den siegreichen Fahnen des Sozialismus einiges Europa stehen wird.“

[Reichstagsrede vom 24. November 1925; Verhandlungen des Reichstags. 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 388, Berlin 1926, S. 4485-4493, hier S. 4492f.]



Wels, Otto (1873-1939):
1912-33 MdR, seit 1920 geschäftsführendes Mitglied des Parteivorstandes, 1933 Emigration

DOKUMENT 8 – 1927 RUDOLF HILFERDING

DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER REPUBLIK

„(...) Eine dritte charakteristische Tatsache ist die Internationalisierung der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Truste international zusammenzufassen. Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt – und das ist sehr nützlich, weil es darauf ankommt, die Psychologie des Gegners zu erkennen –, ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen waren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehungen mit dem Ausland pflegen, und wie sehr der Drang nach internationaler Organisation lebendig wird. Während die Organisation der Arbeiterklasse sich zuerst entwickelte, die Gewerkschaften das erste organisierte Wirtschaftselement im Kapitalismus gewesen sind, haben die Unternehmer infolge ihres größeren Klassenbewußtseins und ihrer geringeren Zahl unsere Organisation eingeholt. Wir werden acht geben müssen, daß das auf internationalem Gebiete nicht ebenfalls eintritt. (...)“

Unser Kampf geht dahin, nicht zu warten, bis der Krieg ausbricht, sondern eine Politik zu führen, die den Krieg unmöglich macht. Das ist das Problem, und das bestimmt auch unsere Stellung zum Völkerbund. Der Völkerbund kann ein ganz ausgezeichnetes Mittel der Kriegsverhütung werden. Das hängt wieder davon ab, daß wir in den einzelnen Ländern an Macht zunehmen und die internationale Politik immer mehr beeinflussen können. Die Aufgabe sozialistischer Außenpolitik läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Schiedsgerichte, Abrüstung und internationale Vereinbarungen durch den Völkerbund, Aufrichtung eines internationalen Rechts, das die Souveränität der einzelnen Glieder der Staatenfamilie einschränkt. (...)“

[Referat, gehalten auf dem Parteitag in Kiel 1927; Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Kiel 1927 (Reprint 1974), S. 165-184, hier S. 167 u. 183]

DOKUMENT 9 – 1930 RUDOLF BREITSCHIED

ZUM EUROPA-PLAN DES FRANZÖSISCHEN AUSSENMINISTERS ARISTIDE BRIAND



Breitscheid, Rudolf (1874-1944):
1903 Beitritt zur Freisinnigen Vereinigung, 1912 Übertritt zur SPD, Gegner der Bewilligung der Kriegskredite 1914, Mitglied der USPD 1917-22, seit 1928 Fraktionsvorsitzender der Reichstagsfraktion und außenpolitischer Kopf der Weimarer Sozialdemokratie, 1933 Emigration, 1941 vom Vichy-Regime an Deutschland ausgeliefert und 1944 im KZ Buchenwald bei alliierterm Luftangriff getötet

„(...) Der Herr Außenminister [Curtius] hat das Briandsche Memorandum nur kurz gestreift, (...). Ich darf vielleicht ein paar Sätze mehr sagen.

Sie können nur damit beginnen, daß meine Freunde den Grundsatz Briands, jenen Grundsatz, der genährt worden ist an den Verhandlungen in Genf, an denen Deutschland beteiligt war, dem Grundsatz, daß eine stärkere Annäherung der europäischen Staaten, eine bessere Organisation der europäischen Staaten eine Notwendigkeit ist, durchaus begrüßen und für durchaus berechtigt halten.

Wir haben im einzelnen an dem Memorandum, wie es uns vorliegt, allerei Ausstellungen zu machen, nicht zuletzt deswegen, weil in dieser Denkschrift die wirtschaftlichen Fragen in einer Weise in den Hintergrund gedrängt sind, die ihrer Bedeutung nicht zu entsprechen scheint und weiter, weil die Regelung der wirtschaftlichen Fragen auch in diesem Memorandum wieder abhängig gemacht wird von einer vorherigen Regelung der Sicherheitsfrage. Wir sind sehr skeptisch, wenn wir von jener Seite das Wort »Sicherheit« hören. Was aber die Wirtschaftsreg(e)lung (!) mit der Sicherheit zu tun haben kann, ist uns fürs erste nicht verständlich.

Weiter: es muß verhindert werden, daß durch die Aufziehung einer europäischen Organisation die Gesamtorganisation des Völkerbundes geschwächt oder geschädigt wird. (...) Aber es muß verhindert werden, daß ein Konkurrenzverband die Bedeutung dieser weltumfassenden Organisation einschränkt und dadurch das Interesse der außereuropäischen Staaten an dem Genfer Verband außerordentlich mindert.

Weiter. Herr Briand spricht in seinem Memorandum von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der absoluten Souveränität der Einzelstaaten. Ja, wie kann man einen derartigen Verband gründen wollen und gleichzeitig die Souveränität der Einzelstaaten aufrechterhalten? Ich glaube, es ist an der Zeit, mit dem Begriff der außenpolitischen Souveränität im alten Sinne zu brechen. Jeder Vertrag, der abgeschlossen wird, ist eine Einschränkung der Souveränität des einzelnen Staates, wenn anders dieser Staat den ehrlichen Willen hat, den Vertrag zu halten. (...)

Man kann kein einiges Europa schaffen und gleichzeitig von der Souveränität sprechen. Und nun werde ich etwas sagen, was selbst Ihnen (nach rechts) vielleicht recht ist: daß, wenn von der Souveränität gesprochen wird, Deutschland im Verhältnis zu anderen Staaten diese Souveränität ja aus verschiedenen Gründen nicht mehr besitzt. (...)

Weil wir der Meinung sind, daß dieser Begriff der Souveränität überhaupt nicht mehr angewendet werden soll, möchten wir an seine Stelle gesetzt sehen den Begriff der Gleichberechtigung unter den Staaten. (...)

Und sogleich haben wir die Tatsache festzustellen, daß diese Gleichberechtigung zwischen Deutschland und den Siegerstaaten ebenfalls heute noch nicht besteht, (...). Das ist, glaube ich, eine der wesentlichen Forderungen, die die deutsche Regierung zu stellen hat, wenn Sie an die Verhandlungen mit Briand und mit den anderen Mächten herantritt, um über die Möglichkeit eines europäischen Paktes zu sprechen. (...)

Wenn jene Herren (nach rechts) immer sagen: Friedenspolitik ist die Politik der Feigheit, dann sagen wir: o nein, (...). Ich sage: es mag mehr bürgerlicher Mut dazu gehören, Friedenspolitik zu verkünden, als zur Gewalt aufzurufen; aber diese Friedenspolitik ist vor und nach der Räumung der Rheinlande die einzige, die im Interesse Deutschlands und – ich füge hinzu – im Interesse Europas gelegen ist.“

[Reichstagsrede am 25. Juni 1930: Verhandlungen des Reichstags. 4. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 428. Berlin 1930, S. 5819-5826, hier S. 5825 f.]

1933 – 1945 ... DAS ZIEL EINER EUROPÄISCHEN STAATENGEMEINSCHAFT

DOKUMENT 10 – 1940 RUDOLF HILFERDING

ÜBER DIE FRAGE DER KRIEGSZIELE UND DAS PROBLEM DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

„Man spricht viel von den Vereinigten Staaten von Europa oder von dem föderierten Europa. Man muß sich aber zunächst einmal über diese Begriffe klar werden. Eine Föderation kann ganz anderen Zielen dienen, wenn sie



Hilferding, Rudolf (1877-1941):
seit 1902 Redakteur der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“, Gegner der „Burgfriedenspolitik“ 1914, Mitglied der USPD 1917-22, Chefredakteur des USPD-Parteiorgans „Freiheit“, 1923 Finanzminister der Regierung Stresemann, 1924-32 MdR, 1928/29 Finanzminister der Regierung Müller-Franken, theoretischer Kopf der Weimarer Sozialdemokratie, 1933 Emigration, 1941 vom Vichy-Regime an Deutschland ausgeliefert und in Gestapo-Haft umgekommen

sich auf ein Land erstreckt, als wenn sie sich auf Europa erstrecken soll. So würde z.B. die Umwandlung des heutigen Deutschland in einen Föderativstaat die Schwächung der jetzigen Zentralgewalt des Reiches bedeuten. Der Aufbau eines föderierten Europa dagegen setzt voraus, daß zunächst überhaupt erst eine Zentralgewalt geschaffen wird, die bis heute nicht da ist. Diese Zentralgewalt muß die Militär-, die auswärtige und die Wirtschaftspolitik umfassen. Sie muß konstituiert werden, wenn eine Föderation leben soll. Auch in der Schweiz verfügt der Bundesrat über die Gewalt auf diesen drei Gebieten.

Schon diese Überlegung zeigt die Summe von Schwierigkeiten, die der Konstituierung eines föderativen Europa entgegensteht und die nicht zu überwinden ist.

(...) Man kann bei dieser Diskussion, wenn sie fruchtbar sein soll, auch nicht abstrahieren von den realen Interessen dieses Krieges. Weder England noch Frankreich können sich als Siegermächte darauf einlassen, ihre Verfügungsgewalt über ihre auswärtige, Militär- und Wirtschaftspolitik einengen zu lassen. Ohne diese Machtmittel kann aber die Zentralgewalt eines föderierten Europa nicht wirksam werden. Beantwortet man aber die Frage nach der Zentralgewalt nicht, ist keine Zentralgewalt vorhanden, dann hat auch das ganze Reden von einem Föderativsystem Europas wenig Sinn.

Eine andere Frage ist, was geschehen kann, um den Zustand der Desorganisation Europas zu überwinden. Die Antwort auf diese Frage ist wichtig, weil nur so bestimmte Ziele, die verwirklicht werden könnten, verfolgt werden können. Es gibt auf diese Frage heute auch nur die eine Antwort, die bereits 1918 gegeben wurde: Schaffung eines Völkerbundes.

Es ist in den letzten Jahren viel von dem Versagen des Völkerbundes die Rede gewesen. Ich möchte betonen, daß nicht der Völkerbund versagt hat, sondern die Anwendung des Völkerbündspaktes. Versagt haben die Regierungen, vor allem freilich die englische Regierung. Aber der Völkerbund war eine sehr brauchbare Institution. Das hat schließlich auch trotz ihres unrühmlichen Ausgangs die Korfu-Angelegenheit [Korfu-Krise 1923] bewiesen.

Auch der Völkerbund ist keine absolute Garantie für die Erhaltung des Friedens. Aber es gibt keine absoluten Garantien. Es gibt in der Politik keinen Mechanismus, der imstande wäre, bestimmte Wirkungen zu garantieren und andere auszuschließen. Denn die Politik wird von Menschen gemacht. Daß der Völkerbund praktisch außer Kraft gesetzt wurde, war die Folge der Regierungspolitik der verschiedenen Länder. Eine Änderung des Zustandes ist nur möglich, wenn die Regierungen ihre Politik ändern. Das schließt nicht aus, daß der Völkerbund auch ein wirksameres Statut bekommt (Genfer Protokoll). Wir haben jedenfalls das größte Interesse daran, daß die Institution des Völkerbundes wieder aufgerichtet wird.

Gegen die Vorstellung von einem Völkerbund nur für Europa spricht zweierlei:

1. daß England keine ausschließliche europäische Macht ist und
2. daß es das Ziel jeder auswärtigen Politik bleiben muß, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu Mitarbeit heranzuziehen.

Die wesentliche Aufgabe der neuen Völkerbundpolitik muß eine gewisse Koordination der auswärtigen Politik sein. Sie bedeutet zugleich eine gewisse Einschränkung der Souveränität der einzelnen Staaten. Es ist denkbar, dieses Ziel nach diesem Krieg zu erreichen, wenn der Sieg der Alliierten groß genug ist."

[Referat gehalten vor dem Exilvorstand der SOPADE am 29. Januar 1940; zit. n.: Lipgens, Walter (Hrsg.), *Documents on the History of European Integration*, Vol. 1, *Continental Plans for European Union 1939-1945*, Berlin/New York 1985, Mikrofichbeilage, Dok. 209]

DOKUMENT 11 – 1943 UNION DER DEUTSCHEN SOZIALISTEN IN GROSSBRITANNIEN RICHTLINIEN FÜR DIE INTERNATIONALE POLITIK



„Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Grossbritannien« hat folgende Erklärung über die internationale Politik deutscher Sozialisten beschlossen:

1.) Als internationale Sozialisten erstreben wir eine internationale Ordnung, die die Ursachen kriegerischer Konflikte beseitigt. Wir sehen in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung und in den anderen demokratischen Bewegungen, vor allem der Bauern und der Intellektuellen, die entscheidenden Kräfte für die Erreichung dieses Zieles. Wie erstreben die engste Zusammenarbeit der organisierten Arbeiterschaft aller Länder in einer neuen internationalen Organisation, die eine gemeinsame Politik der sozialistischen Arbeiterbewegung erarbeitet und verwirklicht.

2.) Wir setzen uns ein für eine Föderation aller europäischen Völker, da die volle nationalstaatliche Souveränität nicht länger mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa vereinbar ist. Es ist ein Lebensinteresse der deutschen und europäischen Demokraten und Sozialisten, dass der Frieden Europas durch die Zusammenarbeit der Britischen Völkergemeinschaft, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika eine stabile Grundlage erhält. Nur in der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten, nicht in Anlehnung nur an eine oder die andere Seite, kann sich ein einiges und freiheitliches Europa entwickeln. In der Schaffung von Föderationen, die nur Gruppen von Völkern umfassen, sehen wir nur dann eine Friedenssicherung, wenn sie sich einer internationalen Organisation ein- und unterordnen.

3.) Die Aussenpolitik deutscher Sozialisten nach dem Krieg muss in erster Linie der Eingliederung eines demokratischen Deutschlands in eine solche internationale Ordnung dienen. Für den Erfolg einer solchen Politik ist es wesentlich, dass die Grundsätze der Atlantic-Charter [1941 zwischen den USA und Großbritannien geschlossenes Abkommen] in vollem Umfang auch auf ein demokratisches Deutschland Anwendung finden.

Wir deutschen Sozialisten erkennen die realen Sicherheitsbedürfnisse der jetzt von den nationalsozialistischen und faschistischen Angreifern überfallenen und unterdrückten Völker an. Wir sind dabei überzeugt, dass alle technischen Friedenssicherungen nur dann auf die Dauer wirksam sein können, wenn sie eingebaut werden in ein wahrhaft internationales Sicherheitssystem. Dieses System muss eine starke Exekutivgewalt zur Niederhaltung von Angreifern mit weitgehenden Schiedsvollmachten zur friedlichen Beilegung von Konflikten vereinigen. Ein solches System der kollektiven Sicherheit wird auch den Frieden und die Sicherheit eines demokratischen Deutschlands gewährleisten. Der erste Beitrag eines demokratischen Deutschlands zu diesem System wird die sofortige militärische Abrüstung Deutschlands sein. Wir sind überzeugt, dass die Vernichtung des deutschen Militärapparates nicht genügt. Wir sind entschlossen, die gesellschaftlichen Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Träger

des deutschen Militarismus durch die Enteignung der deutschen Kriegsindustrie und des Grossgrundbesitzes und durch den demokratischen Neuaufbau des Verwaltungsapparates von Grund auf zu beseitigen.

Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des kommenden freien Deutschlands, an der Wiedergutmachung des Unrechts, das Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, und am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuhelfen. Eine unserer wesentlichen Aufgaben wird es sein, durch eine tiefgreifende Reform des deutschen Erziehungswesens die geistigen und sittlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer konsequenten Verständigungs- und Friedenspolitik der neuen deutschen Demokratie zu schaffen.

Die Gewinnung des deutschen Volkes für eine solche Politik hängt in hohem Masse [!] davon ab, dass dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben wird in der Gestaltung seiner inneren politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten seiner eigenen Initiative zu folgen. Vor allem müsste die Auferlegung von Bedingungen, die langandauernde Massenarbeitslosigkeit hervorrufen und eine wirksame Politik der sozialen Sicherheit unmöglich machen würde, verhängnisvolle Folgen für die innere Entwicklung Deutschlands haben.

4.) Wir werden den innerpolitischen Kampf für eine solche Aussenpolitik auch nach dem Sturz der Hitlerdiktatur gegen starke reaktionäre Kräfte zu führen haben. Wir hoffen, dass wir in diesem Kampf das Vertrauen und die aktive Unterstützung der Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung, des Fortschritts und des Friedens in allen Völkern finden werden."

[Entschliessung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 23. Oktober 1943: Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien, hrsg. v.d. Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, 1 London 1945, S. 16f.]

DOKUMENT 12 – 1944 SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (SAP) WILLY BRANDT U. A.: ZUR NACHKRIEGSPOLITIK DEUTSCHER SOZIALISTEN

EUROPÄISCHE FÖDERATION UND NEUER VÖLKERBUND

Es ist ein erklärtes Ziel der Vereinten Nationen [die Alliierten], nach diesem Kriege eine internationale Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen. Dieses Ziel deckt sich völlig mit dem der deutschen Demokraten. (...)



Brandt, Willy (1913-1992):
1930 Beitritt zur SPD, 1931 Übertritt zur SAP, 1933 Emigration, 1949- (1957-69) 1992 MdB, 1957-66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1966-69 Außenminister, 1969-74 Bundeskanzler, 1964-87 Vorsitzender der SPD, seit 1987 Ehrenvorsitzender, 1971 Friedensnobelpreisträger

Vieles spricht dafür, dass ein neuer Völkerbund auf Grund vorhandener Interessengegensätze zwischen den Grossmächten nicht so eng und effektiv gestaltet werden kann, wie es den objektiven Notwendigkeiten entspräche. Teilfragen werden wahrscheinlich weitgehend durch Institutionen, die auf einem funktionellen Prinzip basieren, in Angriff genommen werden. Dagegen ist vom demokratischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Zugleich wird jedoch das Problem der regionalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit viel stärkere Aufmerksamkeit erheischen als wie es Illusionisten in Bezug auf die Möglichkeiten der baldigen Schaffung einer Weltunion wahr haben wollen. Uns interessiert hierbei vor allem die Frage der europäischen Zusammenarbeit. Wir betrachten sie nicht als gegensätzlich zum Problem der Schaffung eines weltumfassenden kollektiven Sicherheitssystems, sondern als eine wesentliche Teillösung.

Tatsache ist, dass Europa bis in die Gegenwart Hauptherd kriegerischer Entwicklungen geblieben ist. Tatsache ist weiter, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die Zerstückelung des europäischen Kontinents gehemmt und gestört wird. Historische nationale Gegensätze und der Egoismus der bislang herrschenden Klassen haben einem wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas entgegengestanden.

Zu diesen Widerständen ist nun ein neuer gekommen. Hitlers Gangsterpolitik des „neuen Europas“ hat den Gedanken einer gesamteuropäischen Lösung schwer kompromittiert: Der Hass gegen alles Deutsche steht der Einordnung Deutschlands in ein wirklich neues Europa im Wege.

Ohne Deutschland ist aber keine gesamteuropäische Lösung denkbar. Wir halten jedoch die erwähnten Gegenkräfte für so ernst, dass wir unmittelbar nach dem Kriege wahrscheinlich nicht mit einer Verwirklichung eines europäischen Föderationsprogramms rechnen können. Nichtsdestoweniger ist dieses Programm richtig. Es ist darum notwendig, dass die neue deutsche Regierung zielbewusst für seine Durchsetzung eintritt. Vor allem muss auch immer wieder betont werden, dass die Gefahr einer deutschen Vormachtstellung gegenüber den Nachbarvölkern in einer europäischen Föderation nicht grösser, sondern im Gegenteil viel geringer ist als in einem zersplitterten Europa.

Regionale Teillösungen brauchen kein Hindernis für die Erreichung des höheren Zieles einer gesamteuropäischen Föderation zu sein. Die bisherigen Erfahrungen besagen jedoch, dass die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Teilföderationen ebenso groß sind wie bei der Inangriffnahme des Gesamtproblems. Völlige Klarheit muss darüber herrschen, dass eine europäische Föderation weder in Frontstellung gegen die Sowjetunion noch gegen England geschaffen werden kann. (...)

Wir meinen, dass durch die überwiegende Tendenz einer radikaldemokratischen Entwicklung mit mehr oder minder starken sozialistischen Tendenzen erheblich günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung zu einer europäischen Föderation geschaffen werden als wie sie im Vorkriegseuropa vorhanden waren. Der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland messen wir ausschlaggebende Bedeutung bei. Für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit auf Italien dürften auch relativ günstige Voraussetzungen bestehen. In wirtschaftlichen Beziehungen ist es entscheidend, ob es gelingt, Südosteuropa in den Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzubeziehen. Diese Frage ist vor allem davon abhängig, welche Haltung die Sowjetunion gegenüber der Entwicklung zu einer europäischen Föderation einnehmen wird. (...)

Weder die Sowjetunion noch Grossbritannien sind ausschliesslich europäische Mächte. Wir betrachten es jedoch als eine Selbstverständlichkeit, dass eine gesamteuropäische Lösung ohne Russland und England nicht möglich ist. (...)

[Quelle: Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Sozialistische Schriftenreihe, Stockholm 1944, S. 35-38]

1945 – 1989 ... INNERHALB DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

DOKUMENT 13 – 1945 BUCHENWALDER MANIFEST

FRIEDE UND RECHT

Wir wollen nie wieder Krieg. Wir werden alles tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen.

Wir wünschen baldigst in die Weltorganisation des Friedens und der Sicherheit aufgenommen zu werden und besonders als Richter und Partei in der internationalen Gerichtsbarkeit einen Beitrag zu leisten, der von anderen Völkern als wertvoll anerkannt werden soll. Auch in der verzweifeltsten Lage werden wir deshalb nicht auf eine eigene sozialistische Außenpolitik verzichten. Die deutsche Außenpolitik muß im engsten Einvernehmen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführt werden.

Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatsgemeinschaft zu kommen, die unseren schwergeprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinschaft Ordnung und Wohlstand verbürgt.



Vorbesprechung des Parteitags 1946 im Parteihaus in Hannover: Egon Franke, Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Alfred Nau und Fritz Heine (von links)

Diese soll uns als Mittel dienen, Europas kulturelle Mission in der Welt auf der gesellschaftlichen Stufe des Sozialismus zu erneuern. Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit, die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis. So wollen wir ein europäisches Gesamtbewußtsein schaffen, das allein den Frieden der Völker tragen kann.“

[13. April 1945; zit. n.: Lippens, Walter (Hrsg.): *Documents on the History of European Integration*, Vol. 1, *Continental Plans for European Union*, Berlin/New York 1985, Mikrofichebeilage Dok. 146]

DOKUMENT 14 – 1946 HANNOVERANER PARTEITAG, POLITISCHE LEITSÄTZE

INTERNATIONALISIERUNG EUROPAS

So wie die Sozialisten aller Länder für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, so tut es auch die deutsche Sozialdemokratie. Aber sie weiß, dass die Periode der uneingeschränkten Souveränität der Einzelstaaten vorüber ist. Nicht Teile von Deutschland dürfen internationalisiert werden, sondern ganz Europa muss internationalisiert werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.

Die Sozialdemokratie steht in dem gemeinsamen Kampf der Sozialisten aller Länder gegen jede Form der Ausbeutung, des Imperialismus, und des Faschismus, der Reaktion und des hegemonialen Nationalismus, die grosse geschichtsbildende Kraft, die Frieden und Freiheit für alle Völker sichern kann.“

[Beschlossen auf dem Parteitag der SPD in Hannover am 11 Mai 1946, zit. n.: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, Bd. 3, Berlin 1963, Dok. 166, S. 17-23, hier S. 22f.]

DOKUMENT 15 – 1947 KURT SCHUMACHER, SPD-PARTEIVORSITZENDER

DEUTSCHLAND UND EUROPA



Schumacher, Kurt (1895-1952):
MdB 1930-33, 1933 Inhaftierung und KZ-Haft, Wiederbegründer der westdeutschen Sozialdemokratie, seit 1946 Parteivorsitzender und seit 1949 Fraktionsführer im Bundestag, Kritiker der Westintegration der Bundesrepublik und eines Kleineuropas

„Das Ja zum Marshall-Plan

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. (...) Es ist besser, eine große Krise zu vermeiden, als sie herbeizuführen und dann politisch auszuschlachten zu versuchen. Wir haben ja in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskuren führen, und wir sollten uns da von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten. Die Amerikaner haben erkannt, daß man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muß, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese große Initiative nicht zu entmutigen. Die Pflicht aller demokratischen Sozialisten in jedem europäischen Lande ist unserer Ansicht nach diese Hilfe mit guten und stichhaltigen Argumenten zu begrüßen und zu dieser Hilfe zu sagen, wie sie sich auf das Europäertum und auf die spezielle Situation jedes europäischen Landes erstrecken sollte.

Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keines dieser beiden Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Nun hat General Marshall [der amerikanische Außenminister] erklärt, daß er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besonderen amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst mit amerikanischem Rat ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen. Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung der europäischen Selbsthilfe. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszudiskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Möglichkeiten begnügen müssen. Wir können ja nicht erst den Aufbau Europas vollenden, sondern wir müssen jetzt sagen können, wo in Europa, in welchem Umfange die amerikanische Hilfe eingesetzt werden soll. (...)

Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen an dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benutzen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen. Dieser Aufgabe soll dieser Parteitag dienen. (...)

[Referat gehalten auf dem Nürnberger Parteitag am 29. Juni 1947; zit. n.: Albrecht, Willy (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985, S. 486-517, hier S. 488ff.]

DOKUMENT 16 – 1950 PAUL LÖBE

HAMBURGER PARTEITAG: DIE DISKUSSION ÜBER DEN BEITRITT ZUM EUROPARAT

„Genossinnen und Genossen! Die eindringlichen, tiefgründigen Ausführungen des Genossen Schumacher, die wohl jeder einzelne von uns als eine bewundernswerte geistige und körperliche Leistung empfunden hat - haben meine sachlichen Zweifel nicht erschüttern können.

Ich bin der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie einen anderen Weg gehen muß, als ihn Schumacher uns empfahl. Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen, auch durch den Rat von Straßburg.

Warum? Ich stimme der Kritik, die Genosse Schumacher an dem Rat geübt hat, in allem zu - ich fühle, daß die Siegermächte, die Franzosen, oder ein Teil von ihnen, etwas in das Projekt hineingeworfen haben von dem, an dem wir die alte Konstellation Sieger gegen Besiegte erkennen, statt eine europäische Gemeinschaft. Ich kenne die Mängel der Satzungen des Rates von Straßburg, und ich weiß, daß wir nur als assoziiertes, nicht als alliiertes Mitglied zunächst dort beitreten müssen. Trotzdem kann ich dem Schluß nicht zustimmen, den unser Freund Schumacher daran geknüpft hat. Wir werden diese Mängel, wir(d) [!] werden unsere Ausstellungen, unsere Beschwerden und unsere Forderungen mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg anbringen können, wenn wir in der Korporation sitzen und sie nicht von draußen angehen, ohne drinnen mitsprechen zu können. (...) Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen, durch Fehler von Adenauer usw. nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen. (...)

Ich kann es aus all diesen Gründen nicht als ein Glück für die Partei ansehen, wenn wir diesen Weg beschreiten. (...) Und übersehen Sie eins nicht: Alle unsere Genossen in Europa stehen bittend vor uns: Kommt zu uns! Wir verstehen euch nicht. (...)

Das sind nur einige Argumente, die mich bewegen, Ihnen einen anderen Rat zu geben. Ich weiß, Kurt wird uns im Schlußwort ordentlich zerzausen; er wird uns für primitiv und mich vielleicht für leicht senil halten, aber, werte Genossen, ich habe zusammen mit Coudenhove, der trotz aller Fehler, die er später gemacht hat, doch der Pionier des Gedanken von dem vereinten Europa war, ein Jahrzehnt die deutsche Gruppe dieser Europavereinigung geführt. Ich bin nicht fähig, heute zu sagen: Solange es Propaganda war, solange es Theorie war, hast du an der Stelle gestanden. Ich möchte, (...), daß es keinen deutschen Wähler mehr gibt, der bezweifeln könnte, daß wir diesem Gedanken nicht nur theoretisch gedient haben, sondern daß wir unsere praktische Mitwirkung gezeigt haben bei der Schaffung einer besseren Zukunft Europas. (...)

[Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, 0.0., o.J.]

DOKUMENT 17 – 1953 ERICH OLLENHAUER, SPD-PARTEIVORSITZENDER

BEGRÜNDUNG DER ABLEHNUNG VON EVG- UND GENERALVERTRAG

„(...) Wir werden im Geiste von Kurt Schumacher handeln, wenn wir uns heute nicht nur die Etiketle der Verträge, sondern noch einmal sehr gründlich den Inhalt der Verträge ansehen. Denn wir sind eben der Meinung – und ich möchte Ihnen das hier gerne in dieser letzten Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Verträgen entwickeln –, daß die Voraussetzungen, von denen die Sozialdemokratische Partei in dieser Diskussion seit Jahren und vor allem auch Dr. Kurt Schumacher immer wieder gesprochen hat, in den vorliegenden Verträgen nicht erfüllt sind und daß deshalb die Bundesrepublik dieses Vertragssystem nicht annehmen sollte. (...)

Die erste und entscheidende Frage ist nach unserer Auffassung die nach der Vereinbarkeit der Verträge mit der Aufgabe der Bundesrepublik, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit als das vordringlichste Ziel ihrer Politik zu betrachten.

Die Bundesrepublik hat nach unserer Meinung nicht das Recht, internationale vertragliche Verpflichtungen einzugehen, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren oder verhindern. Niemand kann alle Folgen voraussehen, die die Annahme der Verträge durch die Bundesrepublik auslösen wird. Eines aber ist sicher: die Eingliederung der Bundesrepublik in das militärische Verteidigungssystem des Westens, wie sie durch den EVG-Vertrag erfolgt, kann nur zu einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands führen. (...)

Die Mitarbeit der Bundesrepublik in einer solchen europäischen Sicherheitsorganisation, deren Verhältnis zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft noch bestimmt werden kann, erscheint uns Sozialdemokraten unter folgenden Voraussetzungen möglich:

Unsere Situation als Bundesrepublik ist gegenüber allen freien europäischen Völkern einmalig. Unser Land ist gespalten. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die vornehmste nationalpolitische Aufgabe, und wir müssen immer wieder maximale Anstrengungen machen und von den Besatzungsmächten verlangen, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch ein Übereinkommen zu schaffen. Die vierte Besatzungsmacht Deutschlands ist die Sowjetunion. Wir können darum vertragliche Bindungen mit dem freien Westen nur bis zu der Grenze eingehen, die uns die Freiheit läßt, in der Frage der deutschen Einheit immer wieder und immer dann, wenn wir selbst es für notwendig halten, aktiv zu werden. In der Frage der deutschen Einheit können wir nicht Objekt der Politik der Vertragspartner sein.



Ollenhauer, Erich (1901-1963):
1928-33 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1933 Emigration, 1946-52 Stellv. Vorsitzender und seit 1952 Vorsitzender der SPD, 1949-63 MdB

Wir sind bereit zur Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem auf der gleichen Basis der Souveränität und der Gleichberechtigung, die allen anderen Partnern zugebilligt wird. Das neue Europa wird entweder ein Europa der Freien und Gleichen sein, oder es wird nicht sein.

Die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein europäisches Sicherheitssystem bedingt eine Strategie, die der Bundesrepublik Deutschland dasselbe Maß von Sicherheit gibt, das irgend ein anderer Partner der Gemeinschaft für sich beansprucht. Das bedeutet, daß die Sicherung der Grenzen der Bundesrepublik und die Sicherung von Berlin die gemeinsame anerkannte Aufgabe aller Vertragspartner sein muß.

Das europäische Sicherheitssystem muß auf der breitesten Basis zustande kommen, das heißt, es muß Großbritannien und Dänemark und Norwegen einschließen. Es muß eine Form der Zusammenarbeit gefunden werden, die auch Großbritannien akzeptieren kann. Der Effekt der gemeinsamen europäischen Verteidigung ist entscheidend, nicht die Form. Wir ziehen die Zusammenarbeit der europäischen Regierung dem supranationalen Prinzip der EVG vor, weil diese Zusammenarbeit größere reale Möglichkeiten schafft.

Schließlich, meine Damen und Herren, muß eine solche Verteidigungsgemeinschaft das besondere Problem der sozialen Sicherung der Bundesrepublik in Betracht ziehen. In der Bundesrepublik ist angesichts der Kriegsfolgen die soziale Sicherung der Demokratie gleichwertig im Verhältnis zu der militärischen Seite der Verteidigung. Nur ein sozial gesichertes Volk in der Bundesrepublik garantiert die notwendige moralische Verteidigungskraft, ohne die militärische Kraft nicht wirksam werden kann. (...)

Der Kampf geht weiter. Wir Sozialdemokraten werden ihn führen mit dem Ziel, an die Stelle der nach unserer Auffassung verfehlten Außenpolitik der Bundesregierung eine Politik der effektiven Sicherheit zu setzen, eine Politik der Rechtssicherheit, der sozialen Sicherheit im Innern und eine Außenpolitik, die unserem Volke in Gemeinschaft mit den anderen europäischen Völkern eine effektive Sicherheit gibt, ohne die Chancen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu zerstören. In diesem Geiste lehnt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die vorliegenden Verträge ab."

[Bundestagsrede anlässlich der dritten Beratung des EVG- und des Generalvertrags am 19. März 1953; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 255. Sitzung, 19. März 1953, S. 12317-12328, Auszüge]

DOKUMENT 18 – 1957 WILHELM MELLIES

ERKLÄRUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION ZUR BEGRÜNDUNG IHRER ZUSTIMMUNG ZU DEN RÖMISCHEN VERTRÄGEN

„(...) Europäische Zusammenarbeit und Überwindung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus sind alte Grundgedanken sozialdemokratischer Politik. In den vergangenen Jahren haben wir jedoch oft feststellen müssen, daß nicht alles europäisch ist, was als europäisch angepriesen wird. Das eklatanteste Beispiel war die geplante Europäisierung der deutschen Saar. Wir haben auch immer prüfen müssen, wie sich vorgeschlagene Integrationsmaßnahmen der Bundesrepublik mit ihren westlichen Nachbarn für die Integration unseres geteilten Vaterlandes auswirken müßten. Den Versuchen militärischer und politisch-verfassungsrechtlicher Integration sind wir immer in der Überzeugung entgegengetreten, daß sie die Wiedervereinigung erschweren würden. Wir waren dabei weiter der Überzeugung, daß man auf Sand baue, wenn man eine größere europäische Einheit über die militärische und staatsrechtliche Konstruktion zu erreichen versuche. Wir sahen im Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen das weite und fruchtversprechendere Feld europäischer Politik.



Mellies, Wilhelm (1899-1958):
seit 1923 MdL (Lippe), 1946 Präsident
des Deutschen Gemeindetags, seit
1945 MdB, stellv. Partei- und Frakti-
onsvorsitzender nach dem Tode Kurt
Schumachers

Nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und mit ihr die geplante politische Gemeinschaft gescheitert waren, haben in Messina die Regierungen der Montanunion-Staaten das Steuer herumgelegt. Man nahm Kurs auf gemeinsame und friedliche Nutzung der Atomenergie, man wandte sich ab von militärisch-politischen Projekten und hin zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes. (...)

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darf nicht nur dem Abbau der Handelshemmnisse zwischen den sechs Staaten dienen. Sie muß auch eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Währungen, zur Ausweitung der Produktion, zur krisenfesten Vollbeschäftigung und stetigen Steigerung des Lebensstandards treiben. Dazu enthält der Vertrag Ansätze, die kräftig entwickelt werden müssen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und die Assoziierung anderer muß durch tätiges Handeln herbeigeführt werden. Die Erreichung der Ziele des Vertrags erscheint gefährdet, wenn die geplante Freihandelszone nicht zustande käme. Die gleiche Gefahr bestünde, wenn die Außenzölle der Gemeinschaft nach den protektionistischen Wünschen bestimmter Kreise in der Gemeinschaft entwickelt würden.

Wir Sozialdemokraten haben als erste in diesem Bundestag Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer gefordert. Die Einbeziehung der überseeischen Gebiete der Mitgliedstaaten in den gemeinsamen Markt erweckte jedoch die Befürchtung, wir könnten mitverantwortlich werden oder scheinen für die Fortführung einer geschichtlich überholten Kolonialpolitik. (...)

Die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands soll gegenüber diesen Verträgen die Entscheidungsfreiheit haben. Wir bedauern jedoch, daß die Bundesregierung diesen Grundsatz nicht in den Vertragstext selbst hat aufnehmen wollen oder können. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird immer allen Tendenzen entgegengetreten, eine engere Einheit mit unseren westlichen Nachbarn als einen Ersatz für die Befreiung der 17 Millionen Menschen in Mitteldeutschland durch die Wiedervereinigung in Freiheit anzusehen. Wichtige Gesetzgebungsbefugnisse des Parlaments gehen durch diese Verträge nicht etwa auf die Europäische Versammlung, sondern auf den Rat der Minister über. Es ist in der Ausschlußberatung gelungen, im Ratifikationsgesetz den Deutschen Bundestag und den Bundesrat in die Entwicklung der Politik einzuschalten, die die deutschen Vertreter im Rat befolgen sollen. Es bleibt aber eine der dringendsten Aufgaben für die Entwicklung dieser Verträge, der Europäischen Versammlung jene Kontrolle und Gesetzgebungsrechte zu sichern, deren sich die nationalen Parlamente der sechs Staaten jetzt begeben. [!]

Mit diesen Vorbehalten betrachten wir die Verträge als eine Grundlage, auf der weiter gebaut werden kann und muß. Wir können diese Verträge annehmen, weil ihr Inhalt trotz der schweren Mängel, die bei den Verhandlungen, zum Teil durch die Schuld der Bundesregierung, in die Verträge Eingang fanden, doch in entscheidenden Punkten unseren Zielen entspricht. Die Sozialdemokratische Partei wird mit ihren Bruderparteien daran arbeiten, daß dieses schwierige und für Europas Zukunft bedeutsame Werk mit friedlichem, mit sozialem und demokratischem Geist erfüllt wird. Mit dieser Zielsetzung geben wir dem Ratifikationsgesetz unsere Zustimmung.“

[Erklärung im Namen der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der zweiten und dritten Beratung des Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im Deutschen Bundestag am 05. Juli 1957; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 224. Sitzung, 05.07.1957, S. 13347ff.]

DOKUMENT 19 – 1959 GODESBERGER GRUNDSATZPROGRAMM INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt sich von der Erkenntnis leiten, daß die kulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und militärischen Aufgaben der deutschen Politik in enger Verbindung mit den anderen Völkern gelöst werden müssen. (...)



Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen allgemeinverbindlich sein. (...) Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte übernationale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen.

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben. (...)"

[Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959; zit. n. Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 23, S. 349-370, hier S. 367f.]

DOKUMENT 20 – 1960 HERBERT WEHNER

BEKENNTNIS DER SPD ZUR WESTINTEGRATION

„(...) Der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt hat vor einigen Tagen auf Berührungspunkte der Auffassungen der demokratischen Parteien hingewiesen, über die, wie er sich ausdrückte – und auch ich bin dieser Meinung –, es eigentlich keine Auseinandersetzungen bei uns in der Bundesrepublik zu geben brauchte. Ich nehme an, diese Berührungspunkte könnten, wenn man sich's genau überlegt, als Aktivposten bei der außenpolitischen Bestandsaufnahme von allen Seiten eingebracht werden; (...). Das sind:

Erstens: Berlin muß beim Bund bleiben. Aus einer Zweiteilung Deutschlands darf keine Dreiteilung werden.

Zweitens: Das deutsche Volk und die Bundesrepublik haben sich gegen jede Diktatur und für die westliche Gemeinschaft entschieden, d.h. für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn und der freien Welt.

Drittens: Die verantwortungsbewußten Kräfte Deutschlands haben sich gegen jede Form des Kommunismus und gegen die sowjetische Deutschlandpolitik entschieden.

Viertens: Es muß alles getan werden, um das Leben und das Los der 17 Millionen Landsleute im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu erleichtern. Wir dürfen den Willen zur Selbstbestimmung in unserem Volk nicht erlahmen lassen und müssen uns ständig um neue Ansätze zur Lösung der deutschen Frage bemühen.

Fünftens: Nachdem Europa schon durch die Kommunisten gespalten ist, darf nicht dazu beigetragen werden, Europa noch einmal zu spalten. Vielmehr muß, soweit wir dazu etwas tun können, alles in die Wege geleitet werden, damit es in einer breiten Gemeinschaft zusammenarbeiten kann.

Sechstens: Bei aller Notwendigkeit, den Fragen der militärischen Sicherheit gerecht zu werden, muß die Bundesrepublik jede Anstrengung machen, um zur Sicherung des Friedens in der Welt beizutragen. (...)

[Bundestagsrede anlässlich der außenpolitischen Debatte am 30.06.1960; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 46, Bonn 1960, s. 7052-7061, hier: S. 7055f.]

DOKUMENT 21 – 1969 WILLY BRANDT, BUNDESKANZLER

ERKLÄRUNG DER EWG-GIPFELKONFERENZ IN DEN HAAG

„I.
Wenn es gut stünde um Europa, hätten wir uns heute hier nicht getroffen. Wenn unsere Gemeinschaft bereits mit einer Stimme zu sprechen hätte, dann wäre unser Hauptthema die Außenpolitik: die Frage einer europäischen Friedensordnung, die Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas, unsere Interessen angesichts des Konflikts im Nahen Osten.

Statt dessen wird Erfolg oder Mißerfolg unserer Konferenz mit Recht daran abgelesen werden, ob wir das Schiff der Europäischen Gemeinschaft wieder in ein freies Fahrwasser bringen. Konzentriert auf unsere engeren Probleme werden wir den notwendigen Entscheidungen nicht ausweichen können, damit unsere Mitbürger wieder



Wehner, Herbert (1906-1990):
1927 Beitritt zur KPD, 1933-35 Widerstand im Untergrund, 1935 Emigration, 1946 Rückkehr nach Deutschland und Beitritt zur SPD, 1949-83 MdB, 1958-83 Stellvertretender Vorsitzender der SPD, 1966-69 Bundesminister, 1969-83 Fraktionsvorsitzender

verstehen, daß Europa mehr ist als eine Frage von Marktordnungen. Und damit die Jugend sieht, daß Europa mehr ist als die Erinnerung an eine düster-gloriose Vergangenheit. (...)

Die Verbindung, die wir miteinander eingegangen sind, soll unauflöslich sein und immer enger werden. Wenn wir die notwendige Harmonisierung erreichen wollen, müssen wir uns gegenseitig stützen, d. h. wir müssen praktisch Solidarität üben. Für die deutsche Bundesregierung erkläre ich, daß wir dazu bereit sind. Diese Bereitschaft wird von der Zustimmung unserer öffentlichen Meinung getragen. (...)

II.

Deshalb sage ich in allem Freimut: Der Deutsche Bundestag und die öffentliche Meinung meines Landes erwarten, daß ich von dieser Konferenz nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zurückkehre. (...)

Erstens hat die Erfahrung gezeigt, daß das Hinausschieben der Erweiterung die Gemeinschaft zu lähmen droht. Zweitens entspricht es den gemeinsamen Interessen, wenn die Gemeinschaft sich zu einer Zeit erweitert, in der wir uns um ein engeres Zusammenwachsen zwischen West und Ost bemühen.



Bundeskanzler Willy Brandt und
Bundesaußenminister Walter Scheel
nach der Rede Willy Brandts bei der
EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag

Drittens muß die Gemeinschaft über den Kreis der Sechs hinauswachsen, wenn sie sich wirtschaftlich und technologisch neben den Giganten behaupten und ihrer weltpolitischen Verantwortung nachkommen will.

Ich zögere nicht, ein viertes Argument hinzuzufügen: Wer befürchtet, daß sich das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der Ausgewogenheit innerhalb der Gemeinschaft auswirken könnte, der sollte auch deswegen für die Erweiterung sein.

Jedenfalls sage ich: Ohne England und die anderen beitragsbereiten Staaten kann Europa nicht werden, was es sein soll und was es sein kann. (...)

Ich schlage deshalb vor, die beitragswilligen Länder wissen zu lassen, daß wir es für möglich halten, im Frühjahr 1970 mit den Verhandlungen zu beginnen. (...)

IV.

Auch wenn wir hier im wesentlichen mit anderen Aufgaben beschäftigt sein werden, halte ich es für erwünscht, daß wir uns für die außenpolitische Zusammenarbeit zu einem neuen Versuch entschließen. Dies müßte mehr bedeuten, als bloß den Meinungsaustausch innerhalb der WEU wieder aufzunehmen und weiterzuführen. (...)

Ich schlage vor, daß wir die Außenminister beauftragen, einen Vereinbarungsentwurf für eine schrittweise Entwicklung der politischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft auszuarbeiten, und zwar in der Hypothese ihrer Erweiterung. (...)

V.

Die zunehmende Verflechtung der sechs Volkswirtschaften hat zugleich eine wachsende Abhängigkeit in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder mit sich gebracht. Ökonomische Ungleichgewichte zwischen ihnen wirken sich heute unmittelbar und ohne größere Verzögerung auf die Gesamtentwicklung der Gemeinschaft aus. Inflationäre Tendenzen in einem Lande bedrohen rasch die Stabilität im anderen und das Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft. Dies führt zu Verzerrungen und Beschränkungen im Güter-, Leistungs- und Kapitalverkehr; der Gemeinsame Agrarmarkt wird gefährdet. Durch diese Entwicklung kann die Gemeinschaft insgesamt Schaden leiden. Diese Gefahr ist nur abzuwenden, wenn wir auf dem Wege zu einer Gemeinschaft des Wachstums und der Stabilität rascher vorankommen. (...)

Wir sollten im übrigen versuchen, uns ein zeitliches Ziel zu setzen für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion im Sinne einer weltoffenen Stabilitätsgemeinschaft. Ich schlage vor, daß sich der Rat dieser wichtigen Frage annimmt und gebeten wird, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission die Stufen eines derartigen Planes im einzelnen auszuarbeiten und diesen Stufenplan im Laufe des Jahres 1970 zu verabschieden. (...)

VII.

Wenn vom Ausbau der Gemeinschaften die Rede ist, muß ich auch ein Wort über die Institutionen sagen. Auf ihr vertragsgemäßes Funktionieren sind wir angewiesen. Das wird sich in der Phase der Erweiterung erst recht zeigen. Ich schlage vor,

- die Arbeitsweise des Rats zu straffen,
- die exekutiven Aufgaben der Kommission sachbezogen auszubauen und
- die Befugnisse des Europäischen Parlaments, vor allem durch die Haushaltskontrolle, zu erweitern.

Die Struktur der Gemeinschaft muß mit den Grundsätzen der parlamentarischen Kontrolle in Einklang gebracht werden. Dabei darf man auch den im Vertrag festgelegten Grundsatz der unmittelbaren Wahl nicht aus dem Auge verlieren.

VIII.

Diesen Darlegungen zur Haltung meiner Regierung möchte ich nur noch hinzufügen, daß wir zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen haben. Ich sage hier nichts anderes als bei mir zu Hause: Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen. Europa braucht unseren Erfolg. (...)

Weltpolitisch sollte unsere sich festigende und erweiternde Gemeinschaft ein doppeltes Ziel verfolgen: Durch Vereinigung seiner Ressourcen soll sie Europa instand setzen, sich wirtschaftlich, wissenschaftlich und technisch neben den Supermächten zu behaupten und dadurch seine Identität zu bewahren. Zugleich soll sie Europa befähigen, kraftvoll an der großen Aufgabe mitzuwirken, die den Industrieländern immer dringlicher gestellt wird: der Entwicklungspolitik. Wir können unseren Idealen – dem Frieden und der Menschlichkeit – keinen besseren Dienst leisten.”

[Erklärung vom 01.12.1969; zit. n. Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews (I), hrsg. v. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Melsungen 1971, S. 63-69, Auszüge]



„... um ein engeres Zusammenwachsen zwischen Ost und West zu bemühen“ – Willy Brandt vor dem Mahnmahl im ehemaligen Warschauer Ghetto am 7.12.1970

DOKUMENT 22 – 1975 ORIENTIERUNGSRAHMEN „85“

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFTSPOLITIK, EUROPA



(...) Von diesem Ausgangspunkt her müssen wir für die Lösung national nicht mehr zu bewältigender Fragen systematischer und intensiver als bisher Instrumente der internationalen Kooperation und Koordination entwickeln. Vor allem aber müssen wir den Prozeß der politischen Einigung Europas mit Nachdruck und Ausdauer weiterführen. Die Notwendigkeit europäischer Lösungen besteht auch hinsichtlich der gerechteren Gestaltung der inneren Gesellschaftsordnung im Sinne des demokratischen Sozialismus.

Unsere Politik der Reformen muß daher auch auf Europa ausgerichtet sein. Dies setzt zugleich voraus, daß die Kräfte des demokratischen Sozialismus in Europa

und ihre Verbündeten endlich eine gemeinsame Politik für Europa entwickeln. Die deutsche Sozialdemokratie hat dabei eine besondere Verpflichtung.“

[Peter von Oertzen/Horst Ehmke/Herbert Ehrenberg (Hrsg.); Orientierungsrahmen ´85. Text und Diskussion, bearb. v. Heiner Lindner, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 16]

DOKUMENT 23 – 1978 HELMUT SCHMIDT, BUNDESKANZLER REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUR ERRICHTUNG DES EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEMS

„(...) Im Sommer hatten wir auf einer Sitzung des Europäischen Rates in Bremen die Grundzüge für ein System erörtert, das zu einer Zone der Währungsstabilität in Europa führen soll. Nach vielfältigen Arbeiten der letzten Wochen und Monate haben alle neun Mitgliedstaaten gestern in Brüssel gemeinsam beschlossen, dieses System zum 1. Januar 1979 einzuführen. Die Texte sind heute nacht veröffentlicht worden und werden alsbald auch dem Bundestag zur Verfügung stehen.

Dieses Europäische Währungssystem hat, wie ich schon sagte, das Ziel, ein höheres Maß an Währungsstabilität herbeizuführen, und dies sowohl zwischen den einzelnen Währungen als auch für jede einzelne Währung nach innen. Man kann sagen, es sei ein grundlegendes Element in einem umfassenderen Konzept, das auf nachhaltiges Wachstum in Preisstabilität, auf eine schrittweise Rückkehr zur Vollbeschäftigung und auf Verringerung regionaler Disparitäten gerichtet ist.



Schmidt, Helmut (1918-2015):
1953-(1962-65) 1987 MdB,
1961-65 Innensenator von Hamburg,
1966-69 Vorsitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, 1969-74 Bundesminister,
1974-82 Bundeskanzler, 1968-83 stell-
vertretender Vorsitzender der SPD

Dieses gemeinsame Währungssystem wird die wirtschaftspolitische Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft erleichtern und dem Prozeß der Europäischen Union Impulse geben. Wir erwarten aber auch, daß dieses System eine stabilisierende Wirkung ausüben wird auf die internationalen über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus gerichteten Wirtschafts- und Währungsbeziehungen. (...)

Zur Bewertung will ich darauf hinweisen, daß sich, als vor 21 Jahren die Römischen Verträge geschlossen wurden, natürlich niemand der damals beteiligten verhandlungsführenden Personen noch eines der ratifizierenden Parlamente vorgestellt hat, daß sich die Währungen der sechs Staaten, die sich damals zu einem Gemeinsamen Markt zusammengeschlossen hatten, von Tag zu Tag würden gegeneinander verschieben können, sondern man ist bei Begründung des gemeinsamen Marktes von der selbstverständlichen Voraussetzung fester Wechselkurse innerhalb des Marktes ausgegangen (...). Das unvorhergesehene und bei der Konstruktion des Gemeinsamen Marktes nicht berücksichtigte Auseinanderfallen der Währungen hat eine Reihe von Gefährdungen ausgelöst. Wir haben mit dem – mit

dem für den Nichthistoriker kaum noch verständlichen Wort »Schlange« bezeichneten – Währungsverbund versucht, dem entgegenzutreten. Das ist innerhalb einer kleineren Zahl von Gemeinschaftsländern auch möglich gewesen. Diejenigen, die an diesem Währungsverbund, »Schlange« genannt, nicht teilgenommen haben, sind dabei nicht nur glücklich gefahren.

Man kann die negativen Erfahrungen mit dem Auseinanderdriften der europäischen Währungen am besten belegen, wenn man sich die Statistik anschaut und sieht, wie seit den Währungsunruhen, die seit 1973/74 besonders kräftig geworden sind, der innergemeinschaftliche Wirtschaftsaustausch gegenüber dem außenwirtschaftlichen Austausch außerhalb der Gemeinschaft relativ zurückgeblieben ist. (...) Dadurch drückt sich eine quantitative ins Gewicht fallende Desintegration auf Grund der Währungsverschiedenheiten aus. (...)

[Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 6. Dezember 1978; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bonn 1978/79, S. 9485-9489, Auszüge]

DOKUMENT 24 – 1978 PROGRAMM FÜR DIE DIREKTWAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

„Mehr Rechte für das Europäische Parlament

Der Einigungsprozeß und die Demokratisierung haben sich langsamer vollzogen, als bei der Gründung der Gemeinschaft erwartet wurde. Die SPD erstrebt den Ausbau des europäischen Einigungswerkes und die Demokratisierung seiner Institutionen, auch wenn die weitere Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft nur unter Achtung der eigenständigen Positionen der Länder und Parteien möglich ist.

Ein stärkeres Europäisches Parlament ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa. Als erster Schritt zur Demokratisierung ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments unabdingbar.



Mit dieser Direktwahl verbinden wir Sozialdemokraten die Forderung nach mehr Rechten für das Europäische Parlament:

Das Parlament muß insbesondere das Recht erhalten, die Ausführung aller Gemeinschaftsrechtsakte und die Politik der EG-Kommission zu kontrollieren. Ihm muß über das bestehende Recht, den Haushalt als ganzen abzulehnen, ein Abänderungsrecht für alle Einzelpositionen des Haushalts zuerkannt werden.

Das Parlament muß das Recht der Gesetzesinitiative und der Gesetzgebung erhalten; es muß die Mitglieder der Kommission auf Vorschlag des Rates einsetzen und ihnen das Mißtrauen aussprechen können.

Alle Vertragserweiterungen bedürfen der Zustimmung des Parlaments.

Wir Sozialdemokraten fordern, daß die Stellung des Parlaments gegenüber dem Rat gestärkt wird. Gleichzeitig soll der Rat zum vertraglich vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen zurückkehren. Einzelheiten der Rechtsetzung, die nicht Grundsatzfragen darstellen, sollen an die Kommission zur Entscheidung delegiert werden.

Der Schutz der Bürger in der Gemeinschaft

Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erfordern die Schaffung eines Europäischen Rechtsraums. Der Gemeinschaftsbürger muß erwarten können, in den Fragen, die sein tägliches Leben berühren, überall gleiche oder doch wenigstens annähernd gleiche Rechte vorzufinden.

Dies gilt insbesondere für das Arbeits- und Sozialrecht. Europäische Regelungen zur Bekämpfung des Verbrechens, insbesondere des Terrorismus, sind ein wichtiger Schritt. Sie reichen jedoch nicht aus, um den Europäischen Rechtsraum auszufüllen, der den Bürgern der Gemeinschaft auf allen Gebieten mehr Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit geben soll.

[Beschlissen auf dem Europa-Parteitag in Köln am 10.12.1978; zit. n.: Lipgens, Walther (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986, Dok. 131, S. 647ff.]

DOKUMENT 25 – 1986 HANS-JOCHEN VOGEL, VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

ZUR EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN AKTE

„(...) Es gibt zahlreiche Felder, auf denen unsere politischen Positionen einander deutlich gegenüberstehen. Die Europapolitik ist eines der Felder, auf denen wir wenigstens in der Zielsetzung übereinstimmen, darin nämlich,

daß der Prozeß der europäischen Einigung so lange voranschreiten muß, bis wir die Europäische Union tatsächlich verwirklicht haben. Trotz aller Fortschritte, die die Europäische Gemeinschaft seit Inkrafttreten der Römischen Verträge gemacht hat, sind wir von diesem Ziel noch immer weit entfernt.

Gewiß, die Gemeinschaft umfaßt heute zwölf Länder mit 320 Millionen Einwohnern; ihr Bruttosozialprodukt ist höher als das der Vereinigten Staaten von Amerika und bei weitem höher als das der Sowjetunion. Wäre die Gemeinschaft bereits eine wirkliche Union, stünde sie in der Staatengemeinschaft der Welt nach der Einwohnerzahl hinter China und Indien an der dritten Stelle der Weltrangliste und nach ihrer Wirtschaftskraft sogar an der ersten Stelle.

Ihr politisches Gewicht bleibt heute indes deutlich hinter dem zurück, was diese Zahlen als möglich erscheinen lassen. Nach wie vor sind wir von den Schwankungen des Dollarkurses abhängiger, als wir sein müßten, wenn wir schon eine einheitliche europäische Währung hätten.

Nach wie vor bleibt unser Einfluß auf die weltpolitische Entwicklung spürbar hinter dem zurück, den wir nehmen könnten, wenn wir wirklich mit einer Zunge sprächen. Nach wie vor verhandeln die Supermächte in Genf vor allem über unser Schicksal, ohne daß Europa mit am Tisch als Partner dieser Gespräche säße. Wir haben auch die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft, die sich schon jetzt in der Gemeinschaft bieten. Der einheitliche Binnenmarkt besteht nur auf Teilgebieten. Die Mittel der Gemeinschaft werden im Übermaß, zu über 75 Prozent, für eine Agrarpolitik beansprucht, deren Ergebnisse von Jahr zu Jahr unsinniger erscheinen. Gemeinschaftliche Anstrengungen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Europa kommen schon wegen der übermäßigen Konzentration der finanziellen Ressourcen auf die Agrarpolitik über bescheidene Anfänge nicht hinaus. (...)



Vogel, Hans-Jochen (*1926-2020):
1960-72 OB von München,
1972-(1981-83) 1994 MdB,
1972-81 Bundesminister,
1981 Regierender Bürgermeister von
Berlin, 1987-91 Vorsitzender der SPD,
1983-91 Fraktionsvorsitzender

Ähnliches, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt für die gemeinschaftlichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Regionalpolitik, der Technologiepolitik und des Umweltschutzes. Auch eine effiziente gemeinschaftliche Sicherheitspolitik existiert noch nicht in ausreichendem Maße, wenn auch erfreulicherweise in der Diskussion gewisse Fortschritte zu erkennen sind.

Vor allem entbehrt das Europäische Parlament nach wie vor der Mitwirkungs und Entscheidungsrechte, die für nationale Parlamente ganz selbstverständlich sind. Dieses Europäische Parlament ähnelt – dies ist kein Wort der Kritik an den Mitgliedern des Parlaments – insoweit eher den konsultativen Körperschaften des Vormärz im letzten Jahrhundert als einer Volksvertretung modernen Zuschnitts. Die Völker der Gemeinschaft sind sich dieser Defizite durchaus bewußt. (...)

Das Europäische Parlament hat diese Gefahren erkannt. Der vom Parlament vorgelegte Entwurf eines Vertrages zur Schaffung einer Europäischen Union, der sogenannte Spinelli-Entwurf, ist ein kühner Versuch, die Verkrustungen zu durchbrechen. Wir sind bereit, an seiner Verwirklichung mitzuarbeiten. Deshalb haben wir Sozialdemokraten – wenn ich richtig sehe, als erste Fraktion in diesem Hause – eine positive Stellungnahme zu diesem Entwurf abgegeben. (...)

Was er [Bundeskanzler Helmut Kohl] uns jetzt unter dem anspruchsvollen Titel Einheitliche Europäische Akte zur Ratifizierung vorlegt, bleibt weit hinter diesen Ankündigungen zurück. Es bewegt sich an der untersten Grenze des Akzeptablen. Das sind die Hauptmängel des Vertragswerkes: Erstens. Die vorgesehene Frist für die Schaffung des Binnenmarktes ohne Grenzen bis 1992 hat nur deklaratorische Bedeutung. Ihre Überschreitung bleibt rechtlich folgenlos. Für besonders wichtige Gebiete, nämlich den Abbau der Wettbewerbsverzerrungen und für die Steuerharmonisierung, gilt auch weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip.

Zweitens. Die Währungsunion wird zwar als Ziel genannt. Die bestehenden nationalen Zuständigkeiten werden aber nicht angetastet und angepaßt, sondern ausdrücklich respektiert. Also auch die Zuständigkeit der Deutschen Bundesbank, die bekanntlich der Währungsunion von allen in Betracht kommenden Stellen am stärksten widerspricht. Also wird auch hier alles beim alten bleiben.

Drittens. Auf dem Gebiet der Forschung und der Technologie bleibt Eureka außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Im Bereich der Umweltpolitik wird das Einstimmigkeitsprinzip festgeschrieben. Außerdem wird die gemeinschaftliche Umweltpolitik ausdrücklich dahin eingeschränkt, daß sie sich nicht auf die einzelstaatliche Politik der Nutzung der Energieressourcen auswirken darf. Vor allem aber ist die Funktion des Europäischen Parlaments kaum gestärkt worden. An rechtssetzenden Entscheidungen, also an dem, was bei uns die Gesetze oder zustimmungsbedürftige Verordnungen sind, ist das Europäische Parlament so wie bisher nur geringfügig oder gar nicht beteiligt. Die Europäisierung einer Aufgabe, also ihre Überführung aus dem nationalen Bereich auf die europäische Ebene, bedeutet also gleichzeitig eine Entdemokratisierung, eine Entparlamentarisierung. Denn was der Bundestag und die nationalen Parlamente an Zuständigkeiten verlieren, geht nicht auf das Europäische Parlament, sondern auf den Ministerrat, also auf die Exekutive, über. Jede Überleitung ist also gleichzeitig eine Art Ermächtigungsgesetz, nicht im schlimmen Sinne der 30er Jahre, sondern im Sinne der Einschränkung der Rechte der Volksvertretung. Das ist ein undemokratischer und unparlamentarischer Vorgang. (...)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat die Vor- und Nachteile des Vertragswerks sorgfältig abgewogen. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß ein Nein das europapolitische Gewicht der Bundesrepublik schwächen und den Einigungsprozeß mehr behindern als fördern würde. Wir verkennen auch die – allerdings, wie wir meinen, geringen – Fortschritte nicht, die sich aus dem Vertragswerk bei richtiger Handhabung ergeben können. Deshalb stimmt meine Fraktion dem Ratifizierungsgesetz zu. (...)

Wir wollen – so wiederhole ich – als Sozialdemokraten keinen Stillstand in Europa. Wir wollen den europäischen Fortschritt. Denn wir sagen, daß dieses Europa noch immer eine weltumspannende Aufgabe hat. Europa kann auf die weltpolitische Entwicklung ausgleichend und mäßigend einwirken. Europa kann helfen, Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Europa kann auch Konfrontation mildern und Zusammenarbeit voranbringen. Europa hat mit den Vereinigten Staaten von Amerika die Überzeugung gemeinsam, wie eine Gesellschaft demokratisch und rechtsstaatlich verfasst sein soll und wo die Grenze staatlicher Macht gegenüber dem Individuum und seinen Rechten verlaufen sollte. Aber dieses Europa teilt mit der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas die Erfahrung, was es bedeutet, wenn das eigene Land vom Krieg überzogen und verwüstet wird. (...)

Um diese Aufgabe, die ich hier umreiße, zu erfüllen, muß Europa nicht zur Supermacht werden. Es muß nur sein wirtschaftliches Gewicht, seine geistigen Traditionen und seine geschichtlichen Erfahrungen einbringen, Erfahrungen, die es im Laufe von mehr als 2000 Jahren auch aus Fehlern und aus blutigen Tragödien gewonnen hat. Zur Erreichung dieser Einheit müssen wir, wenn dieses Ratifizierungsgesetz verabschiedet ist, unverzüglich einen neuen und drängenden Anlauf nehmen. Ich danke Ihnen."

[Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte; Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 246. Sitzung, 5. 1971-19721, Auszüge]

1989 - 2009 ... DIE EUROPÄISCHE UNION DER VERTRAGSREFORMEN.

DOKUMENT 26 – 1989 BERLINER GRUNDSATZPROGRAMM

„Europäische Gemeinschaft und europäische Friedensordnung

Die Vereinigten Staaten von Europa, von den Sozialdemokraten im Heidelberger Programm 1925 gefordert, bleiben unser Ziel. Die demokratischen Staaten müssen ihre Kräfte bündeln, um sich selbst zu behaupten, aber auch, um auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinzuwirken.



Die Europäische Gemeinschaft ist ein Baustein einer regional gegliederten Weltgesellschaft. Sie ist eine Chance für den Frieden und die soziale Demokratie. Ganz Europa muß eine Zone des Friedens werden. Die Europäische Gemeinschaft soll durch eine gemeinsame Außenpolitik dem Frieden dienen, ihren Völkern in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen und der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirken. Die historische Perspektive der EG liegt nicht darin, eine eigene Vormachtrolle zu übernehmen. Statt in militärischer Stärke findet sie ihre Identität als weltweit gefragter Partner für Handel und Industrie, für Technik und Wissenschaft, für eine intakte Umwelt und eine dauerhafte Entwicklung der Dritten Welt. Sie muß auch bereit sein, alle Demokratien Europas als Mitglied aufzunehmen und vielfältige Formen enger Kooperation mit allen Ländern Osteuropas anzubieten, um damit die Spaltung Europas zu überwinden.

Die Europäische Gemeinschaft muß durch partnerschaftliche Politik gegenüber dem Süden ein Stück historischer Schuld der europäischen Kolonialmächte und gegenwärtiger Schuld an ungerechten Wirtschaftsbeziehungen abtragen. Sie muß daher Länder und Kräfte des Südens in ihrem Streben nach eigenständiger, selbstbestimmter Entwicklung unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinarbeiten.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickeln, in denen die kulturelle Identität der Völker bewahrt, sprachlich-kulturelle Minderheiten respektiert und für alle Bürger gleiche Freiheiten und gleiche Entwicklungschancen gesichert werden. Dies verlangt volle Rechte für das Europäische Parlament, eine handlungsfähige, parlamentarisch verantwortliche Regierung, klar umrissene Zuständigkeiten und europäische Wirtschaftsdemokratie. Wir wollen eine sozialstaatliche Ordnung in ganz Europa. Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa. Alle europäischen Staaten haben sich vertraglich zu verpflichten, die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen. (...)

Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß

Der Aufbau einer gerechten, demokratisch legitimierten Ordnung der Weltwirtschaft wird durch regionale Zusammenschlüsse gefördert. Wo Länder ihre Kräfte und Interessen bündeln und abstimmen, schaffen sie Bausteine für eine bessere Weltwirtschaftsordnung. Die Europäische Gemeinschaft eröffnet Handlungsspielräume. Sie bietet die Chance der Selbstbehauptung und Beeinflussung des Weltmarktes. Sie muß zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum zusammenwachsen.

Die Europäische Gemeinschaft soll

- die Wirtschaftspolitik ihrer Mitglieder harmonisieren, europäischen Binnenmarkt verwirklichen und eine europäische Währung schaffen;

- aktive Beschäftigungspolitik betreiben und regionale Ungleichgewichte abbauen;
- einen wirksamen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedsländern der Gemeinschaft leisten;
- der Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik;
- beispielhafte soziale Errungenschaften einzelner Länder für die ganze Gemeinschaft nutzbar machen;
- die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften durchsetzen;
- die europäische Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um ökonomischer Machtzusammenballung entgegenzuwirken;
- in Wissenschaft und Forschung die Kräfte aller Mitglieder zusammenfügen;
- eine wirksame Frauenförderung einleiten;
- ökologische Erneuerungen durch Steuern, Abgaben und strenge, verbindliche Normen zum Schutz der Umwelt fördern;
- durch Reform ihrer Agrarpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Verbraucherinteressen und die bäuerliche Landwirtschaft sichern;
- durch die Förderung regionaler und nationaler Kultur eine europäische Identität der Vielfalt sichern. (...)"

[Beschlossen vom Programmparteitag in Berlin 1989, zit. n.: *Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 24, S. 371-445, hier S. 386f. und 421f.]

DOKUMENT 27 – 1990 LEIPZIGER GRUNDSATZPROGRAMM DER SPD IN DER DDR

„Für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt“

Europa ist im Umbruch. In dieser Situation müssen die Völker unseres Kontinents eine politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung aufbauen, die ihnen ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben, ja das Überleben angesichts wachsender regionaler und globaler Umweltprobleme ermöglicht.

Die Deutschen haben, wie alle Völker, ein Recht auf Selbstbestimmung. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen, daß Deutschland in friedlicher und freiheitlicher Form neu vereinigt wird. Im Zusammenwirken mit unseren Nachbarn und den Alliierten soll ein föderativer deutscher Staat entstehen, der demokratisch verfaßt und den europäischen antifaschistischen Traditionen verpflichtet ist. Der deutsche Einigungsprozeß soll in den Prozeß der europäischen Integration eingeordnet sein und die Spaltung unseres Kontinents überwinden helfen.



Der 1. Parteitag der SPD in der DDR, 25./26. Februar 1990 in Leipzig mit Johannes Rau und Markus Meckel.

Die für Deutschland als ganzes und für Berlin bestehenden Vorbehaltsrechte der Vier Mächte müssen abgelöst werden durch einen Friedensvertrag, der zugleich Baustein einer europäischen Friedensordnung ist. Ein in den gegenwärtigen Grenzen neuvereintes Deutschland, das die 1950 festgelegte Westgrenze Polens garantiert, soll in der europäischen Völkerfamilie Ausgleich und Verständigung fördern. Uns verbindet mit den Völkern Osteuropas eine gemeinsame historische Erfahrung. Deshalb treten wir dafür ein, daß die aus dem Demokratisierungsprozeß erneuert hervorgegangenen osteuropäischen Staaten bei entsprechendem Wunsch baldmöglichst wie wir Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden.

Mit der deutschen und der europäischen Einigung verbunden ist die Demilitarisierung und schließliche Auflösung der Blöcke. Durch radikale Abrüstung und militärische Umstrukturierung ist ein neues europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dem die verbleibenden Streitkräfte nicht mehr angriffs-, sondern nur noch verteidigungsfähig sind. Die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, die KSZE und der Europarat liefern die Grundlage und den Rahmen für diesen Prozeß. Wir erstreben eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Basis gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller

Staaten in Europa. Diese Ordnung kann nur gemeinsam, in partnerschaftlichem Bemühen errichtet werden. In ihr wird das deutsche Volk einen gleichberechtigten Platz haben.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist ein europäischer Staatenbund mit durchlässigen Grenzen, in dem Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit verwirklicht sind. (...)*

[Beschlossen vom Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig 25. Februar 1990, zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 25, S. 447 - 490, hier S. 489f.]

DOKUMENT 28 – 1992 HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL

ZUM VERTRAG VON MAASTRICHT

„(...) Am Beginn dieser Europadebatte steht unser Bekenntnis zu den Grundsätzen der Aufklärung, die für Europa Verpflichtung sind: der prinzipiellen Gleichheit und der Würde aller Menschen, gleich welcher Nationalität; steht unser Bekenntnis zu Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. (...)

Deshalb richten wir uns gerade am Tag der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages an die Menschen anderer Nationalität in Deutschland und an unsere europäischen Nachbarn und sagen ihnen mit den Worten Willy Brandts: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Innern und nach außen.« Wir schämen uns der feigen Mörder und Gewalttäter. Sie zerstören mit ihren schrecklichen Taten die Substanz und die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und das Ansehen unseres Landes. (...)

Ob die stärkere Einbindung der Deutschen in Europa auf diesem gewalttätigen, primitiven Nationalismus nach innen Einfluß haben wird, weiß ich nicht. Aber ich weiß: Sollte die europäische Integration zurückfallen oder gar scheitern und Deutschland sich selbst überlassen bleiben, würde der alte Ungeist wieder im großen Umfang gesellschafts- und politikfähig werden. Die europäische Integration ist auch ein Anker für die politische Stabilität Deutschlands.

Dies ist der Hauptgrund, warum viele in meiner Fraktion, die Maastricht durchaus kritisch sehen, dem Vertrag und den notwendigen Verfassungsänderungen zustimmen werden. Unsere Fraktion macht mit der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages deutlich: Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Wir wollen klar und deutlich machen: Europa hat zur deutschen Einheit ja gesagt; wir sagen ja zur europäischen Einigung. (...)

Wenn wir heute den Maastricht-Vertrag ratifizieren, signalisieren wir nicht nur, daß wir uns einbinden wollen, sondern wir signalisieren – an die Adresse unserer dänischen und ebenfalls an die unserer englischen Nachbarn – auch: Wir wollen kein Kleineuropa und kein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Das Votum des Deutschen Bundestages heute sollte in Dänemark und in Großbritannien so verstanden werden, daß wir wollen, daß sie mit zur Europäischen Union gehören. Wir möchten sie ermutigen, den Schritt mit uns gemeinsam zu tun und »Maastricht« zu ratifizieren.

Maastricht ist – die Präambel macht es deutlich – ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Wenn wir dem Vertrag heute zustimmen, dann stimmen wir beidem zu: dem Vertrag, wie er vor uns liegt, aber auch dem Ziel einer immer engeren Integration. Dies machen wir (...) durch die Einfügung eines Europaartikels in unsere Verfassung deutlich.



Wieczorek-Zeul, Heidemarie (*1942):
1965 Beitritt zur SPD, 1974-77 Bundesvorsitzende der Jusos, 1979-87 MdEP, 1987-2013 MdB; europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, 1993-2005 stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, 1998-2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Es muß deutlich werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß nur ein stärker miteinander verbundenes Europa die weltwirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen und seine eigenen sozialen Traditionen und die Ziele einer ökologischen Marktwirtschaft bewahren und entwickeln kann. Der zunehmende Wettbewerb und der wachsende Austausch mit anderen Wirtschaftsregionen in Amerika und Asien bleiben für Europa nicht ohne Folgen, das gilt auch für unsere sozialen Traditionen. (...)

Die Diskussion über Maastricht hat gezeigt: Die Menschen haben Angst vor dem Verlust ihrer eigenen kulturellen und sozialen Identität. Sie haben Angst, daß sich die Politik ihnen immer mehr entzieht und daß ihnen die demokratische Kontrolle entgleitet. Dabei wird Europa, wird der Binnenmarkt zu Unrecht für Probleme haftbar gemacht, die durch Weltmarktentwicklungen verursacht werden. Europa ist vielmehr notwendig, um Weltmarktentwicklungen gestalten zu können, damit dieser Prozeß nicht gegen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und gegen Bürger und Bürgerinnen läuft. (...)

Gemessen an diesen Zielen, liebe Kolleginnen und Kollegen, fehlt es dem Maastricht-Vertrag an der Verankerung des Ziels einer Sozialunion und einer Umweltunion. (...)

Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen – da sind wir alle gefordert –, sind die europäischen Gesetzgebungsprozesse nicht ausreichend durchschaubar, sie geben dem Europäischen Parlament bisher noch nicht das letzte Wort in der Gesetzgebung. (...)

[Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung und Schlussabstimmung über den Entwurf des Ratifikationsgesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union; Deutscher Bundestag. Stenographische Berichte, 1, 26. Sitzung, 02.12.1992, S. 10809-10817, Auszüge]

DOKUMENT 29 – 2003 JÜRGEN MEYER, VERTRETER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES IM EU-VERFASSUNGSKONVENT

REDE IM EUROPÄISCHEN KONVENT

„Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sprecher der sozialistischen Parteienfamilie und ihrer mehr als 30 Delegierten dieses Konvents darf ich mit großer Freude erklären: Wir stimmen dem heute vorgelegten Verfassungsentwurf zu! Und gestatten Sie mir bitte, eine persönliche Bemerkung hinzuzufügen: Dies ist für mich auch deshalb ein sehr bewegender Augenblick, weil ich zu der kleinen Gruppe von Delegierten gehöre, die seit Dezember 1999 auch dem ersten Konvent angehört haben. Wir haben damals in 9 Monaten unter dem Vorsitz von Roman Herzog die Grundrechte-Charta erarbeitet, die nun als Herzstück der neuen Verfassung rechtsverbindlich wird.

Als vor acht Jahren im Juni 1995 in einer Debatte des Deutschen Bundestages über den Amsterdamer Vertrag die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung aus nationalen Abgeordneten und Europaabgeordneten und die Ausarbeitung einer Grundrechtecharta vorgeschlagen und ein Entwurf der Charta vorgelegt wurde, galt das vielen als Träumerei. Heute wird ein Stück dieses Traumes wahr. Die Charta, die nun Verfassungstext ist, beweist: die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, sondern auch und vor allem eine Wertegemeinschaft. Wer zu ihr gehört, darf sich „Europäer“ nennen.

Liebe Europäerinnen und Europäer, zu unserer Werteordnung gehört neben der Unantastbarkeit der gleichen Würde eines jeden Menschen und dem Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch der Grundwert der Solidarität. Dieser findet sich nicht nur in den sozialen Grundrechten der Charta und in den vielfältigen Beistandspflichten in den Teilen I und III der Verfassung, sondern er begründet auch die Vision eines sozialen Europa, der wir heute einen Schritt näher kommen. Macht ist nur legitim, wenn sie sich auf Werte gründet und durch sie begrenzt wird. Auch diese Überzeugung gehört zu unserer europäischen Identität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der heutige Tag ist auch ein Erfolgstag für die Konventsmethode. Unser Gremium mit je drei Delegierten aus jedem Mitglieds- und Kandidatenland, ganz gleich, ob groß oder klein, hat 16 Monate lang öffentlich diskutiert und um Konsens gerungen. Wir haben das Gespräch mit der Zivilgesellschaft und dem europäischen und den nationalen Jugendkonventen gesucht. Und die Mehrheit der 72 Parlamentsvertreter unter den 105 Delegierten hat in den letzten Wochen manchen Konsens überhaupt erst ermöglicht, den eine Regierungskonferenz wohl nicht zustande gebracht hätte. Und dabei zeigte sich immer wieder, dass der Konvent nur lebendig und erfolgreich bleibt, wenn die Delegierten sich aufeinander zubewegen und Kompromisse schließen. In diesen vielen Monaten ist gegenseitiges Verständnis und Vertrauen gewachsen, ja auch manche Freundschaft entstanden.

Wir haben erkannt – und das ist ein kostbarer Gedanke –, dass es tatsächlich so etwas wie die gemeinsame Verfassungsüberlieferung unserer Länder gibt. Und wir haben, wie Willy Brandt es genannt hat, mehr Demokratie gewagt. (...) Und nun lassen Sie uns alle gemeinsam unseren Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass und warum diese Verfassung ein großer Schritt zu mehr Demokratie, mehr Transparenz, zu mehr Handlungsfähigkeit und auch zu mehr Solidarität in einer erweiterten Europäischen Union ist.

Die Regierungsvertreter in diesem Konvent sind aufgefordert, der bevorstehenden Regierungskonferenz klarzumachen, dass dieser Entwurf ein Gesamtkunstwerk oder – prosaisch formuliert – ein Paket ist, das nicht aufgeschnürt werden darf, weil man es sonst nicht mehr zusammenbekommt. Ich schlage vor, dass die 25 Staats- und Regierungschefs ihre Unterschrift 8 Tage nach dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedsländer am 9. Mai 2004, dem neuen Europatag, unter die Verfassung setzen.“

[Jürgen Meyer im Europäischen Konvent am 10. Juli 2003; Quelle: www.bundestag.de]

DOKUMENT 30 – 2005 GERHARD SCHRÖDER, BUNDESKANZLER

„(...) Wir sind Zeugen wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Entwicklungen, die – tektonischen Verschiebungen gleich – die Ordnung der Welt, wie sie uns vertraut ist, neu ausrichten werden. Die Wirklichkeit, in der unsere Kinder einmal leben werden, nimmt Gestalt an. Sie ist gekennzeichnet durch einen scharfen internationalen Wettbewerb um Märkte, Ressourcen und neue Technologien, der es den europäischen Hochlohnländern immer schwerer macht, die Finanzierung ihrer sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten. Dies gilt umso mehr angesichts der demografischen Entwicklung. Die europäischen Gesellschaften befinden sich in einem dramatischen Alterungs- und Schrumpfungsprozess. In weniger als einem Jahrzehnt werden zum Beispiel in ganz Skandinavien weniger Menschen leben als in Shanghai.

Europa braucht Wettbewerb – aber kein Sozialdumping

Diesen Umbrüchen müssen wir eine kluge Politik entgegensetzen. In Deutschland ist es mit der Agenda 2010 gelungen, die entscheidenden Reformen einzuleiten, die notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern und unsere Systeme der sozialen Sicherung auf ein festes Fundament zu stellen, das auch in Zukunft trägt. Erste Erfolge sind unübersehbar. Wir müssen nun dafür sorgen, dass dieser Reformkurs, der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialem Ausgleich verbindet, unumkehrbar wird.

Das Entscheidende müssen wir in Deutschland aus eigener Kraft leisten. Trotzdem dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, es läge allein in unserer Hand. Angesichts der Dimension der auf uns zukommenden Umwälzungen müssen wir Europäer gemeinsam dazu beitragen, dass die globale Ordnung des 21. Jahrhunderts in den Prinzipien gründet, die sich seit Humanismus und Aufklärung mit unserem Kontinent verbinden: Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen, Freiheit, Herrschaft des Rechts, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Toleranz. Nur gemeinsam werden wir Europäer Bedingungen im Prozess der Globalisierung durchsetzen und garantieren können, die allen, Unternehmen wie Arbeitnehmern, eine auskömmliche Zukunftsperspektive sichern.

Wie erfolgreich wir dabei sein können, zeigen Beispiele wie Airbus oder unsere gemeinsame Interessenvertretung in der Welthandelsorganisation. Wir Europäer müssen gemeinsam über die zukünftige Rolle unseres Kontinents nachdenken und, wo erforderlich, unsere Politik neu ausrichten. Die Europäische Union, die die Erfolgsgeschichte eines halben Jahrhunderts repräsentiert, steht vor ihrer größten Bewährungsprobe. Für die kommende Woche hat der britische Premierminister Tony Blair im Namen der britischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union zu einem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs nach Hampton Court bei London eingeladen.

Im Mittelpunkt der Debatte wird das europäische Sozialmodell stehen. Die Gesellschaften des europäischen Kontinents sind Konsensgesellschaften. Sie eint der Wunsch, die Anforderungen ökonomischer Effizienz mit einer Politik zu verbinden, die den sozialen Zusammenhalt zu garantieren vermag. Die Menschen sind veränderungsbereit, aber sie wollen diese Veränderungen mit Augenmaß und in sozialer Ausgewogenheit. Dies unterstreicht nicht zuletzt auch das Wahlergebnis in Deutschland vom 18. September. Nur wenn ökonomische Rationalität und solidarischer Gemeinsinn sich ergänzen, werden wir auf Dauer den sozialen Frieden bewahren können. Er ist die unverzichtbare Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften, für Pluralität und tolerantes Miteinander in einer offenen Gesellschaft. (...)

Der erfolgreiche Abschluss der Finanzverhandlungen allein wird die Europäische Union aber nicht aus ihrer schwierigen Lage befreien. Es ist vielmehr an der Zeit, eine grundsätzliche Debatte über die Ziele und Aufgaben der europäischen Politik und ihrer sozialen Dimension zu rühren.



Schröder, Gerhard (*1944):
1963 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
1978-80 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD,
1980-86, 1998-2005 Mitglied des Deutschen Bundestages,
1986-90 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag,
1990-98 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen,
1998-2005 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland,
1999-2004 Parteivorsitzender der SPD

Wir müssen die Europäische Union nicht neu erfinden. Begründet wurde das europäische Projekt in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, um den Antagonismus der Nationen im Herzen Europas, besonders die Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland, dauerhaft zu überwinden. Daneben sollte die Union helfen, günstige Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des von den Zerstörungen des Krieges geplagten Kontinents zu schaffen. Beides ist beispiellos erfolgreich gewesen. Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 ist es zudem gelungen, die Teilung des Kontinents endgültig zu überwinden. (...)

Mehr noch, hat ihr Entscheidungsgefüge überhaupt das Anwachsen der Mitgliederzahl auf 25 verkraftet? Erinnern wir uns: Ziel des Verfassungsvertrags ist es, die erweiterte Europäische Union regierungs- und handlungsfähig zu halten und ihr eine konstitutionelle Ordnung zu unterlegen, die europäische Entscheidungen demokratischer, transparenter und effizienter macht und dabei die nationalen Parlamente wirksamer beteiligt. (...)

Wir bekennen uns zu einer europäischen Politik, die in Europa Bedingungen zu schaffen sucht, unter denen unsere Gesellschaften trotz des zunehmenden globalen Wettbewerbs und angesichts der Alterung ihrer Bevölkerungen in Freiheit, Wohlstand und in sozialer Gerechtigkeit leben können. Das ist die Verantwortung, die wir vor der Gegenwart und der Zukunft haben und in der ich mich einig weiß mit der überwiegenden Mehrzahl der im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs. Nur wer diesen Maßstäben genügt, hat die Legitimation, Europa politisch voranzubringen.

Deutschland hat aufgrund seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts eine besondere Verantwortung in Europa. Wir haben aber niemals einen Führungsanspruch erhoben. Wir setzen darauf, die Vertiefung des Integ-

rationsprojekts in enger Abstimmung mit unseren Freunden und Partnern in der Europäischen Union zu leisten. Die Zusammenarbeit mit Frankreich hat hier eine Schlüsselrolle.

Wir wollen und brauchen ein starkes Europa, das die Herausforderungen und Umbrüche unserer Zeit zu bewältigen vermag. Unsere Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen, sind gut. Ich wünsche mir, wenn in einer Generation junge Chinesen, Inder oder auch Amerikaner nach Europa kommen, dass sie einen Kontinent erleben, auf dem sich Freiheit, Demokratie, Wirtschaftskraft und sozialer Zusammenhalt zu einer Synthese verbinden, die Zukunft haben und ein Leitbild für andere Weltregionen sein wird.“

[Bundeskanzler Gerhard Schröder am 20. Oktober 2005; Quelle: www.bundestag.de]

DOKUMENT 31 – 2007 HAMBURGER GRUNDSATZPROGRAMM

„Das soziale und demokratische Europa

Schon 1925 setzte sich die Sozialdemokratie mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa für die europäische Einheit ein. Was damals unerreichbar schien, ist heute Wirklichkeit: Die europäische Einigung nach zwei Weltkriegen hat die friedlichste Periode in der Geschichte unseres Kontinents ermöglicht. Krieg, Vertreibung und Hunger sind überwunden. Die Europäische Union ist vor allem ein Friedensprojekt, wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen. Europa ist aber auch eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Das europäische Gesellschaftsmodell verbindet wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Ausgleich und individuelle Freiheit. Es setzt Maßstäbe für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gewährleistet die Rechte der Minderheiten. Die Sozialdemokratie steht für ein tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen und Regionen, Kulturen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt. Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun. Die Europäische Union muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden.

Das demokratische Europa

Die Europäische Union hat heute Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Immer mehr Lebensbereiche werden von europäischen Entscheidungen berührt. Wir wollen das Europa der Bürger schaffen. Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen. Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung. Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Europäischen Parlament die Nationalstaaten an der europäischen Gesetzgebung beteiligt werden.

Was nur die Menschen vor Ort, in der Region, in einem Land betrifft, gehört in ihre politische Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf durch europäische Regeln nicht ausgehebelt werden. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Nur so kann es gleichberechtigt mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der europäischen Rechtssetzung mitwirken.

Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden. Europäische Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer echten Demokratie darf nicht am Unwillen einzelner Staaten oder ihrer Regierungen scheitern. Sie kann deshalb die Form einer verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten annehmen. Diese Zusammenarbeit muss für alle Mitgliedstaaten offen bleiben.

Das soziale Europa

Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und erfolgreich eine einheitliche Währung eingeführt. Dies war im Interesse der Bürger Europas. Aber weder in Deutschland noch in Europa werden wir hinnehmen, dass aus der Marktwirtschaft eine Marktgesellschaft hervorgeht. Nach der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik plädieren wir für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Dazu werden verbindliche gesamtwirtschaftliche Vorgaben gebraucht. Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten. Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen des europäischen Sozialmodells. Gemeinsame Grundlagen für alle Sozialstaaten in Europa sind aber ein leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, ein hohes Bildungsniveau, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Die europäische Sozialunion respektiert nationalstaatliche Traditionen, schafft aber gleichzeitig verbindliche europäische Regeln und Standards, die nicht unterschritten werden dürfen. Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, uns aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verständigen. Für die Vereinbarung eines sozialen Stabilitätspakts zwischen den Mitgliedstaaten schlagen wir Ziele und Standards für die nationalen Sozial- und Bildungsausgaben vor, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen. Daher wollen wir in den europäischen Unternehmen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen. Um die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stärken und durchzusetzen, setzen wir uns für eine europäische Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge ein.

Damit der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern die Nationalstaaten nicht ruiniert, wollen wir europaweit Mindestsätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage. Der freie Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen gehört zum europäischen Gesellschaftsmodell. Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür auf seine Weise, aber das Prinzip soll für die Europäische Union verbindlich festgelegt werden.

Die Länder der Europäischen Union müssen um ihrer Zukunft willen mehr in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Diese Schwerpunktsetzung muss sich auch im europäischen Haushalt widerspiegeln. Wir plädieren für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle. Dies setzt allerdings eine transparente, effektive und demokratisch kontrollierte Haushaltspolitik der Europäischen Union voraus. Um Europa für junge Menschen erfahrbar zu machen und unsere gemeinsame europäische Identität zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, in Austauschprogrammen oder Jugendbegegnungen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen.

Friedensmacht Europa

Unser Bestreben ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, auch durch Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Konfliktregionen.

Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss. Die Erweiterung der Union hat Frieden, Stabilität und Wohlstand geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben und die Kriterien erfüllen. Das gilt auch für die Türkei. Eine Türkei, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brücke zu anderen islamischen Ländern werden. Dies liegt nicht zuletzt im Interesse Deutschlands und Europas. Gegenüber Staaten der Region, die auch mittelfristig nicht der Union beitreten können, entwickeln wir die europäische Nachbarschaftspolitik fort.“

[Quelle: <http://www.spd.de/Politik/grundsatzprogramm/>]

DOKUMENT 32 – 2008 KURT BECK, MINISTERPRÄSIDENT UND SPD-PARTEIVORSITZENDER

REDE VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG

„Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer die Geschichte Europas kennt, wird feststellen: Die europäische Einigung ist eine Erfolgsgeschichte. Mit dem Lissabon-Vertrag, der heute vorliegt und der zum 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten wird, haben wir einen vorläufigen Abschluss dieses Einigungsprozesses gefunden. Freilich, es war ein langer Weg. Ich darf daran erinnern, dass Sozialdemokraten bereits im Jahr 1925 in ihrem Heidelberger Programm beschlossen haben: Unser Ziel ist, die vereinigten Staaten von Europa zu erreichen.

Wenn einige dieser Gedanken Eingang in die Politik gefunden hätten, wäre uns vieles erspart geblieben. Wir sind uns sicher einig, dass es ein zäher Prozess ist, mit 27 Staaten Regelungen zu finden und Entscheidungen herbeizuführen, die die Interessen der großen Staaten wie Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland genauso berücksichtigen wie die der kleinen und kleinsten Staaten Europas. Aber wer die Kraft zum Interessensausgleich nicht findet, wird den Kerngedanken dieses Europas, das aus eigenständigen Staaten zusammengesetzt ist und damit auch deren Geschichte und besondere Bedürfnisse berücksichtigen muss, verfehlen. Entscheidend ist deshalb Kompromissbereitschaft, die freilich auf dem Weg zu der jetzigen Entscheidung auch viele Rückschläge erlebt hat. Wir empfinden es als einen Rückschlag, dass die Arbeit des Konvents, eine europäische Verfassung nicht nur vorzulegen, sondern auch ratifiziert zu bekommen, letztendlich in dieser Form nicht erfolgreich war. (...)

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt deshalb das Ziel, eine europäische Verfassung zu erreichen, eine große Vision, die wir auch weiter verfolgen werden.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass mit den Lissabonner Verträgen die groß gewordene Europäische Gemeinschaft handlungsfähig gemacht worden ist. (...) Diese Handlungsfähigkeit setzt teilweise sehr viel Insiderwissen voraus, wenn man die Mechanismen erkennen und durchschauen will. Dennoch gilt: Wir haben eine Straffung der Kommission und eine Stärkung der Parlamente erreicht – übrigens nicht nur des Europäischen Parlamentes, sondern auch des Deutschen Bundestages und der Landtage. (...)

Ich will auch den Ansatz hervorheben, dass europäische Bürgerinnen und Bürger, wenn ihre Zahl mindestens 1 Million beträgt, ihrerseits eine Initiative auf den Weg bringen können. Die Kommission wird sich dann mit ihrem Anliegen befassen. Ja, 1 Million ist sehr viel; die Hürden sind sehr hoch. Es ist aber ein neuer Gedanke, der die Idee der europäischen Bürgerschaft transportiert. (...)

Es war eine großartige Entscheidung, dass nach 1945 nicht das wieder getan worden ist, was 1871 und 1918 geschehen ist, nämlich dass man den jeweils Unterlegenen gedemütigt hat und damit eine neue Grundlage für Auseinandersetzungen und jeweils am Ende, wie wir wissen, auch für Krieg gelegt worden ist. Die großen Ideen von Jean

Monnet und Robert Schuman haben gegriffen. Wir Deutsche haben unsererseits verstanden, dass wir ein gemeinsames Deutschland nur in einem gemeinsamen freien Europa erreichen können. Diese Idee ist dann – es werden bald 20 Jahre her sein – Gott sei Dank auch Wirklichkeit geworden. Diese Dimension nicht immer wieder neu zu sehen und sie uns nicht in Erinnerung zu rufen, würde bedeuten, eine Kernvoraussetzung für die Gemeinsamkeit auf diesem Kontinent zu vergessen, und das wäre sträflich.

Frieden und Freiheit sind ein Markenzeichen dieser Gemeinschaft, ein Markenzeichen, von dem wir uns wünschen, dass es auch ausstrahlt, dass deutlich wird, dass dieses Beispiel Europas auch in anderen Teilen der Welt nicht nur wahrgenommen werden sollte, sondern dass es sich lohnt, auch bei scheinbar noch so unüberwindbaren Konflikten den Weg zum Miteinander zu suchen. Denn weiter auseinander, als wir in Europa waren oder scheinbar waren, sind andere auf dieser Welt, die gegeneinanderstehen, auch nicht. Es lohnt sich, diesen Weg zu gehen und dafür auch Geduld und Kraft aufzuwenden.

Ich will auch auf die konkreten Erfolge dieses Europas eingehen. Zu Recht ist die wirtschaftliche Bedeutung dieser Europäischen Gemeinschaft genannt worden – von den Römischen Verträgen im Europa der Sechs bis zur heutigen Situation. Nur wenige Zahlen unterstreichen in der Tat die besondere Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland an diesem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Der Anteil Europas am gesamten deutschen Außenhandel lag 2007 bei 75 Prozent. 65 Prozent davon entfielen auf die EU-Staaten. Auf die Länder der Eurozone entfielen davon über 40 Prozent. Der dynamische und sich auch weiter positiv entwickelnde Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen mit den neuen Beitrittsstaaten haben die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Größenordnung schon übertroffen. Ökonomisch können wir gar keinen besseren Weg gehen, als diese offene Europäische Gemeinschaft für unsere exportorientierte Wirtschaft zu nutzen.

Vielleicht erinnern wir uns für einen kleinen Moment an die Bedenken bei der Einführung des Euro. Natürlich wissen wir um die Sorgen vieler Menschen, um Teuerungseffekte und Ähnliches mehr. Wir sollten uns aber auch in Erinnerung rufen, wie stabil diese Währung geworden ist und was diese Stabilität derzeit bedeutet. Das wird uns klar, wenn wir zum Beispiel an die Rohstoffkosten denken, die auf Dollarbasis abgerechnet werden. Die Einführung des Euro hat entscheidend dazu beigetragen, dass unsere Wirtschaft eben nicht aufgrund der Entwicklungen in jüngster Zeit in eine tiefe Rezessionsphase geriet.

Freilich fehlt für uns an diesem Europa immer noch ein ganz entscheidender Teil, nämlich das, was wir soziales Europa nennen.

Die Verträge von Lissabon bieten allerdings eine Chance, dieses zu erreichen. (...)

Wir wollen keinen einheitlich organisierten Sozialraum, aber einen Sozialraum, der von gleichen Ideen ausgeht: Die Arbeitsbedingungen müssen anständig sein, und die Menschen müssen die Chance haben, durch ihre eigene Arbeit und Anstrengung für sich und ihre Familien zu sorgen. Dann werden wir eine hohe Zustimmung zu diesem europäischen Prozess erlangen.

(...) Das, was in 22 Mitgliedstaaten Standard ist, muss auch in Deutschland Standard werden. Wir brauchen Regeln, um das Prinzip „Guter Lohn für gute Arbeit“ in ganz Europa durchzusetzen.



Kurt Beck (*1949):
seit 1972 Mitglied der SPD, 1979-2013 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz, seit 1993-2012 Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz, 1994-2013 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 2006-2008 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das heißt unter diesem Gesichtspunkt: Wettbewerb ja. Aber es heißt auch, dass wir keinen Wettbewerb um die schnellere soziale Abwärtsspirale wollen, sondern einen Wettbewerb um die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger von Malta bis Schweden erreichen wollen. Das ist unsere Vorstellung von einem sozial gerechten Europa.

Meine Damen und Herren, dieses Europa hat den Menschen Chancen gebracht, und es wird an uns sein, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln und deutlich zu machen, dass Europa auch ihrer Unterstützung bedarf: durch Teilhabe an der Europawahl, aber auch durch Annahme der Entwicklungen auf dieser Ebene. Deshalb sagen wir Ja zu einem Europa, das sich Frieden und Freiheit und dem Gebot der Subsidiarität verpflichtet weiß. Wir sagen Ja zu einem Europa, das ökonomischen Erfolg mit ökologischer Gerechtigkeit und Vernunft, mit sozialem Ausgleich und mit sozialer Gerechtigkeit untrennbar verbindet.

Dieses Europa will in Frieden und Freiheit und in Fairness mit anderen Teilen dieser Welt zusammenleben und konkurrieren; ich glaube, das sollte unsere Zukunftsvision sein. Es sollte nicht der Versuchung erliegen, andere Kulturen und andere Kulturkreise zu kopieren. Vielmehr sollte dieses Europa eine eigene Identität entwickeln, die durch die Vielfalt der Kulturen immer wieder lebendig gehalten und angetrieben wird, und auf diese Art und Weise zeigen, dass eine menschliche, soziale, ökologisch vernünftig handelnde, friedliche Gesellschaft erfolgreich mit anderen Teilen dieses Erdballs konkurrieren kann. Wenn es uns gelingt, daraus auch entlang konkreter Themen eine Vision zu entwickeln – das ist, wie ich glaube, unsere gemeinsame Hoffnung –, dann werden wir von Generation zu Generation die Zustimmung finden, die notwendig ist, um diese europäische Idee unumkehrbar zu machen. (...)

[Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. April 2008, BT-Drucksache 16/459]

SEIT 2009 ... DIE KRISEN DER GEGENWART

DOKUMENT 33 – 2011 HELMUT SCHMIDT, BUNDESKANZLER A.D.

REDE: DEUTSCHLAND IN UND MIT EUROPA

„(...) Seit Maastricht 1991/92 hat sich (...) die Welt gewaltig verändert. Wir haben die Befreiung der Nationen im Osten Europas und die Implosion der Sowjetunion erlebt. Wir erleben den phänomenalen Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens und anderer „Schwellenländer“, die man früher pauschal „Dritte Welt“ genannt hat. Gleichzeitig haben sich die realen Volkswirtschaften größter Teile der Welt „globalisiert“, auf deutsch: Fast alle Staaten der Welt hängen von einander ab. Vor allem haben die Akteure auf den globalisierten Finanzmärkten sich eine einstweilen ganz unkontrollierte Macht angeeignet.

Aber zugleich – und fast unbemerkt – hat sich die Menschheit explosionsartig auf 7 Milliarden Menschen vermehrt. Als ich geboren wurde, waren es gerade mal 2 Milliarden gewesen. Alle diese enormen Veränderungen haben gewaltige Auswirkungen auf die Völker Europas, auf ihre Staaten und auf ihren Wohlstand!

Andererseits überaltern alle europäischen Nationen – und überall schrumpfen die Zahlen ihrer Bürger. In der Mitte dieses 21. Jahrhunderts werden vermutlich sogar 9 Milliarden Menschen gleichzeitig auf der Erde leben, während dann die europäischen Nationen zusammen nur noch ganze 7 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. 7 Prozent von 9 Milliarden! Bis an das Jahr 1950 waren die Europäer über zwei Jahrhunderte lang über 20 Prozent der Weltbevölkerung gewesen. Aber seit 50 Jahren schrumpfen wir Europäer – nicht nur in absoluten Zahlen sondern vor allem in Relation zu Asien, zu Afrika und Lateinamerika. Ebenso schrumpft der Anteil der Europäer am globalen Sozialprodukt, d.h. an der Wertschöpfung der ganzen Menschheit. Er wird bis 2050 auf etwa 10 Prozent absinken; 1950 hatte er noch bei 30 Prozent gelegen.

Jede einzelne der europäischen Nationen wird 2050 nur noch einen Bruchteil von 1 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das heißt: Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass wir Europäer eine Bedeutung für die Welt haben, dann können wir das nur gemeinsam. Denn als einzelne Staaten – ob Frankreich, Italien, Deutschland oder ob Polen, Holland oder Dänemark oder Griechenland – kann man uns am Ende nicht mehr in Prozentzahlen, sondern nur noch in Promillezahlen messen.

Daraus ergibt sich das langfristige strategische Interesse der europäischen Nationalstaaten an ihrem integrierenden Zusammenschluss. Dieses strategische Interesse an der europäischen Integration wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es ist bisher den Nationen weitestgehend noch nicht bewusst. Es wird ihnen durch ihre Regierungen auch nicht bewusst gemacht.

Falls jedoch die Europäische Union im Laufe der kommenden Jahrzehnte nicht zu einer – wenn auch begrenzten – gemeinsamen Handlungsfähigkeit gelangen sollte, so ist eine selbstverursachte Marginalisierung der einzelnen europäischen Staaten und der europäischen Zivilisation nicht auszuschließen. Ebenso wenig kann in solchem Falle das Wiederaufleben von Konkurrenz- und Prestigekämpfen zwischen den Staaten Europas ausgeschlossen werden. In solchem Falle könnte die Einbindung Deutschlands kaum noch funktionieren. Das alte Spiel zwischen Zentrum und Peripherie könnte abermals Wirklichkeit werden.

Der Prozess der weltweiten Aufklärung, der Ausbreitung der Rechte des einzelnen Menschen und seiner Würde, der rechtsstaatlichen Verfassung und der Demokratisierung würde aus Europa keine wirksamen Impulse mehr erhalten. Unter diesen Aspekten wird die europäische Gemeinschaft zu einer Lebensnotwendigkeit für die Nationalstaaten unseres alten Kontinents. Diese Notwendigkeit reicht über die Motive Churchills und de Gaulles. Sie reicht aber auch über die Motive Monnets und über die Motive Adenauers hinaus. Sie überwölbt heute auch die Motive Ernst Reuters, Fritz Erlers, Willy Brandts und ebenso Helmut Kohls.

Ich füge hinzu: Gewiss aber geht es dabei auch immer noch um die Einbindung Deutschlands. Deshalb müssen wir Deutschen uns Klarheit verschaffen über unsere eigene Aufgabe, unsere eigene Rolle im Rahmen der europäischen Integration. (...)



Helmut Schmidt 2011

Die ökonomische Entwicklung und die gleichzeitige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union haben Deutschland abermals in eine zentrale Rolle gedrängt. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten hat die Kanzlerin diese Rolle willig akzeptiert. Aber es gibt in vielen europäischen Hauptstädten und ebenso in den Medien mancher unserer Nachbarstaaten abermals eine wachsende Besorgnis vor deutscher Dominanz. Dieses Mal handelt es sich nicht um eine militärisch und politisch überstarke Zentralmacht, wohl aber um ein ökonomisch überstarkes Zentrum! (...)

Wenn wir Deutschen uns verführen ließen, gestützt auf unsere ökonomische Stärke, eine politische Führungsrolle in Europa zu beanspruchen oder doch wenigstens den Primus inter pares zu spielen, so würde eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich wirksam dagegen wehren. Die Besorgnis der Peripherie vor einem allzu starken Zentrum Europas würde ganz schnell zurückkehren. Die wahrscheinlichen Konsequenzen solcher Entwicklung wären für die EU verkrüppelnd. Und Deutschland würde in Isolation fallen.

Die sehr große und sehr leistungsfähige Bundesrepublik Deutschland braucht – auch zum Schutze vor uns selbst! – die Einbettung in die europäische Integration. Deshalb verpflichtet seit Helmut Kohls Zeiten, seit 1992 der Artikel 23 des Grundgesetzes uns zur Mitwirkung „... bei der Entwicklung der Europäischen Union“. Der Art. 23 verpflichtet uns für diese Mitwirkung auch zu dem „Grundsatz der Subsidiarität...“. Die gegenwärtige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der EU ändert nichts an diesen Grundsätzen.

Unsere geopolitische Zentrallage, dazu unsere unglückliche Rolle im Verlaufe der europäischen Geschichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, dazu unsere heutige Leistungsfähigkeit, all dies zusammen verlangt von jeder deutschen Regierung ein sehr hohes Maß an Einfühlungsvermögen in die Interessen unserer EU-Partner. Und unsere Hilfsbereitschaft ist unerlässlich.

Wir Deutschen haben doch unsere große Wiederaufbau-Leistung der letzten sechs Jahrzehnte auch nicht allein und nur aus eigener Kraft zustande gebracht. Sondern sie wäre nicht möglich gewesen ohne die Hilfen der westlichen Siegermächte, nicht ohne unsere Einbettung in die europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis, nicht ohne die Hilfen durch unsere Nachbarn, nicht ohne den politischen Aufbruch im Osten Mitteleuropas und nicht ohne das Ende der kommunistischen Diktatur. Wir Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit. Und zugleich haben wir die Pflicht, uns der empfangenen Solidarität würdig zu erweisen durch unsere eigene Solidarität mit unseren Nachbarn!

Dagegen wäre ein Streben nach einer eigenen Rolle in der Weltpolitik und das Streben nach weltpolitischem Prestige ziemlich unnütz, wahrscheinlich sogar schädlich. Jedenfalls bleibt die enge Zusammenarbeit mit Frankreich und mit Polen unerlässlich, mit allen unseren Nachbarn und Partnern in Europa.

Nach meiner Überzeugung liegt es im kardinalen, langfristigen strategischen Interesse Deutschlands, sich nicht zu isolieren und sich nicht isolieren zu lassen. Eine Isolation innerhalb des Westens wäre gefährlich. Eine Isolation innerhalb der Europäischen Union oder des Euro-Raumes wäre hoch gefährlich. Für mich rangiert dieses Interesse Deutschlands eindeutig höher als jedwedes taktische Interesse aller politischen Parteien.

Die deutschen Politiker und die deutschen Medien haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Einsicht nachhaltig in der öffentlichen Meinung zu vertreten.

Wenn aber jemand zu verstehen gibt, heute und künftig werde in Europa Deutsch gesprochen; wenn ein deutscher Außenminister meint, fernsehgeeignete Auftritte in Tripolis, in Kairo oder in Kabul seien wichtiger als politische Kontakte mit Lissabon, mit Madrid, mit Warschau oder Prag, mit Dublin, Den Haag, Kopenhagen oder Helsinki; wenn ein anderer meint, eine europäische „Transfer-Union“ verhüten zu müssen – dann ist das alles bloß schädliche Kraftmeierei.

Tatsächlich ist Deutschland doch über lange Jahrzehnte ein Nettozahler gewesen! Wir konnten das leisten und haben es seit Adenauers Zeiten getan. Und natürlich waren Griechenland, Portugal oder Irland immer Netto-Empfänger.

Diese Solidarität mag heute der deutschen politischen Klasse nicht ausreichend bewusst sein. Aber bisher war sie selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich - und außerdem seit Lissabon vertraglich vorgeschrieben - ist das Prinzip der Subsidiarität: Das, was ein Staat nicht selbst regeln oder bewältigen kann, das muss die Europäische Union übernehmen.

Konrad Adenauer ist seit dem Schuman-Plan, aus richtigem politischen Instinkt und gegen den Widerstand sowohl Kurt Schumachers als später auch gegen den Widerstand Ludwig Erhards auf die französischen Offerten eingegangen. Adenauer hat das langfristig-strategische deutsche Interesse – trotz anhaltender Teilung Deutschlands! – richtig beurteilt. Alle Nachfolger – so auch Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder - haben die Integrationspolitik Adenauers fortgesetzt.

Alle tagespolitische, alle innenpolitische, alle außenpolitische Taktik hat nie das langfristig-strategische Interesse der Deutschen in Frage gestellt. Deshalb konnten alle unsere Nachbarn und Partner sich jahrzehntelang auf die Stetigkeit der deutschen Europapolitik verlassen – und zwar unabhängig von allen Regierungswechseln. Diese Kontinuität bleibt auch in Zukunft geboten. (...)

Zum Schluss, liebe Freunde! Eigentlich muss man nicht so sehr den Sozialdemokraten internationale Solidarität predigen. Denn die deutsche Sozialdemokratie ist seit anderthalb Jahrhunderten internationalistisch gesonnen – in viel höherem Maße als Generationen von Liberalen, von Konservativen oder von Deutsch-Nationalen. Wir Sozialdemokraten haben zugleich an der Freiheit und an der Würde jedes einzelnen Menschen festgehalten. Wir haben zugleich festgehalten an der repräsentativen, der parlamentarischen Demokratie. Diese Grundwerte verpflichten uns heute zur europäischen Solidarität.

Gewiss wird Europa auch im 21. Jahrhundert aus Nationalstaaten bestehen, jeder mit seiner eigenen Sprache und mit seiner eigenen Geschichte. Deshalb wird aus Europa gewiss kein Bundesstaat werden. Aber die Europäische Union darf auch nicht zu einem bloßen Staatenbund verkommen. Die Europäische Union muss ein dynamisch sich entwickelnder Verbund bleiben. Es gibt dafür in der ganzen Menschheitsgeschichte kein Beispiel. Wir Sozialdemokraten müssen zur schrittweisen Entfaltung dieses Verbundes beitragen. Je älter man wird, desto mehr denkt man in langen Zeiträumen. Auch als alter Mann halte ich immer noch fest an den drei Grundwerten des Godesberger Programms: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Dabei denke ich übrigens, dass heute die Gerechtigkeit vor allem auch Chancengleichheit für Kinder, für Schüler und für junge Leute insgesamt verlangt.

Wenn ich zurückschaue auf das Jahr 1945 oder zurückschauen kann auf das Jahr 1933 – damals war ich gerade 14 Jahre alt geworden -, so will mir der Fortschritt, den wir bis heute erreicht haben, als fast unglaublich erscheinen. Der Fortschritt, den die Europäer seit dem Marshall-Plan 1948, seit dem Schuman-Plan 1950, den wir dank Lech Walesa und Solidarnosz, dank Vaclav Havel und der Charta 77, den wir dank jener Deutschen in Leipzig und Ostberlin seit der großen Wende 1989/91 heute erreicht haben.

Wenn heute der größte Teil Europas sich der Menschenrechte und des Friedens erfreut, dann hatten wir uns das weder 1918 noch 1933 noch 1945 vorstellen können. Lasst uns deshalb dafür arbeiten und kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche standfest und selbstbewusst hervorgeht!“

[Rede am 4. Dezember 2011, Quelle: http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/21498/20111204_rede_helmut_schmidt.html]

DOKUMENT 34 – 2015 LEITANTRAG DES BUNDESPARTEITAGES

EUROPAS EINHEIT BEWAHREN – SOLIDARITÄT UND ZUSAMMENHALT STÄRKEN!

Europa steht vor einer schweren Prüfung. Die Zeit, in der ein Fortschreiten der europäischen Einigung selbstverständlich war, ist vorbei. Die bittere Erkenntnis der vergangenen Wochen und Monate ist: Der Zusammenhalt und die Solidarität Europas waren noch nie so gefährdet wie heute. Die Frage nach der Zukunft Europas ist offener denn je. Europa kann scheitern. So real diese Gefahr heute erscheint, so entschieden müssen wir uns ihr entgegenstellen. Denn: Europa darf nicht scheitern, wenn wir weiter friedlich, sicher und im Wohlstand leben wollen. Eine gute Zukunft kann es für uns nur in einem geeinten Europa geben.

Den Zusammenhalt Europas zu bewahren, seine Einheit zu erneuern – das ist heute die vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Europapolitik. Doch gelingen kann dies nur, wenn sich Europa verändert. Wenn es Solidarität praktiziert, nicht nur predigt. Wenn es Gerechtigkeit fördert, nicht nur wirtschaftliche Konkurrenz. Wenn es mutig und wehrhaft zu Freiheit und Demokratie steht und sich auf das besinnt, was Europa immer ausgezeichnet hat: Die Fähigkeit zu Kompromiss, Gemeinsamkeit und Partnerschaft – den gemeinsamen Werten verpflichtet und an gemeinsamen Interessen ausgerichtet. (...)

Europa kann sich nur gemeinsam behaupten

Allerdings sind die Herausforderungen für Europa enorm. Die wirtschaftliche Krise, die sich in Teilen Europas zur sozialen Krise ausgewachsen hat, ist trotz erster Fortschritte nicht ausgestanden. Der Konflikt um die Ukraine hat die europäische Friedensordnung und die Werte und Prinzipien, auf denen sie ruht, erschüttert. Die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine beispiellose Herausforderung für ganz Europa – humanitär, organisatorisch, sozial. Viele Menschen sind verunsichert und wenden sich von der europäischen Idee ab. Nationalismus, Fremdenhass, Extremismus – Europas vergangen geglaubte Dämonen - haben wieder Zulauf, teils auch bei uns in Deutschland.

Zugleich gilt: In einer Zeit, in der viele der drängenden Herausforderungen eben gerade nach gemeinsamen europäischen Antworten verlangen, brauchen wir ein starkes Europa dringender denn je. Zu glauben, Europa hätte etwa die Wirtschafts- und Finanzkrise besser bewältigen können, wenn jeder europäische Staat auf sich allein gestellt gehandelt hätte, ist eine Illusion. Und so mühsam, teils unbefriedigend die Abstimmung unter den europäischen Staaten im Umgang mit den enormen Flüchtlingsbewegungen auch sein mag, ohne den gemeinsamen Rahmen der Europäischen Union wären vernünftige Lösungen noch weitaus schwieriger. In einer Welt, die immer enger zusammenwächst, mit allen Chancen, aber auch den komplexen Risiken und neuen Gefahren, die sich hieraus ergeben, kann sich Europa nur gemeinsam behaupten. In unserem Hamburger Grundsatzprogramm haben wir formuliert, dass Europa unsere Antwort auf die Globalisierung sein muss. Dieser Satz und das Ziel, das er beschreibt, sind angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen aktueller denn je. Es ist auch das Vermächtnis von Helmut Schmidt.

Die SPD - Europa verpflichtet

Die SPD schaut auf eine lange Tradition als Europapartei zurück. Schon in unserem Heidelberger Programm von 1925 haben wir die Vereinigten Staaten von Europa als Antwort auf das Morden und die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges gefordert. Später haben die sozialdemokratischen Bundeskanzler – von Willy Brandt über Helmut Schmidt bis Gerhard Schröder – die europäische Einigung, das Zusammenwachsen Europas, seine Friedfertigkeit, demokratische Verfassung und wirtschaftliche wie soziale Prosperität wesentlich vorangetrieben. Dieses Erbe ist für uns bis heute Verpflichtung. Es schließt nicht aus, dass wir wo nötig Kritik an der EU üben und Veränderungen einfordern. Es schließt auch nicht aus, dass wir die politische Auseinandersetzung über die Zukunft Europas streitbar führen. Es schließt allerdings aus, dass sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jemals gegen Europa stellen könnte. (...)

Weichenstellungen für ein besseres Europa

Damit Europa seine Krise meistern, vielleicht ein weiteres Mal letztlich gestärkt aus ihr hervorgehen kann, sind neue Weichenstellungen für Europa, für ein anderes, besseres Europa dringend notwendig. Und hierbei kommt es auf sozialdemokratische Antworten und Impulse an. Diese Forderungen stehen für uns dabei im Zentrum:

Erstens, Europa muss bei allen Schwierigkeiten jetzt dringend gemeinsame Lösungen in der Flüchtlingspolitik entwickeln. Lösungen, die der humanitären Verantwortung und den Werten Europas gerecht werden sowie zugleich für geordnete Verfahren und eine dauerhaft bessere Lastenteilung sorgen. Hieran führt kein Weg vorbei. Dabei muss allen klar sein, dass Europa keine Zugewinngemeinschaft ist, sondern auf Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit beruht.

Zweitens braucht Europa eine wirtschafts- und sozialpolitische Kurskorrektur. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Sparen allein keine Zukunft schafft. Europa muss noch viel mehr dafür tun, seine Investitionskraft wieder zu stärken. Und es muss sich als sozialer Schutzraum für die Menschen in unruhiger Zeit bewähren.

Drittens müssen Demokratie und Handlungsfähigkeit Europas verbessert werden, damit es Vertrauen der Menschen zurückgewinnt und nach innen wie außen die großen Zukunftsaufgaben anpacken kann.

Viertens braucht die europäische Außen- und Sicherheitspolitik einen neuen Impuls, um in stürmischer Zeit und angesichts zahlreicher internationaler Krisen an Gestaltungsfähigkeit hinzuzugewinnen.

1. Eine gemeinsame Antwort Europas auf die Flüchtlingskrise

Täglich erreichen rund 10.000 Menschen über die Türkei die griechische Küste und schlagen sich unter teils menschenunwürdigen Bedingungen über den westlichen Balkan in die Europäische Union durch. Täglich kommen Tausende Menschen auch nach Deutschland. Diese Menschen fliehen vor Krieg, Terror und Hunger. Wir fühlen mit ihnen, und sehen uns gleichzeitig vor eine historische Bewährungsprobe gestellt. Spannungen auf dem westlichen Balkan leben wieder auf. Die Solidarität innerhalb der Europäischen Union droht zu zerreißen. Die Helfer in Deutschland und andernorts geraten an die Grenze ihrer Belastbarkeit.

Nur auf europäischer Ebene können wir überhaupt vernünftige Lösungen finden, um der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Denn bei allem Engagement und allem guten Willen: Kein Land der Welt, auch nicht Deutschland, kann die Flüchtlingskrise allein lösen. Europa als Ganzes ist gefragt. (...)

Notwendig ist ein Neustart der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik, der dafür sorgt, dass Europa seiner humanitären Verantwortung gerecht wird, dass Lasten fair verteilt, die Geschwindigkeit und Dynamik der Zuwanderung abgeschwächt und die internationalen Bedingungen für mehr Kontrolle und Steuerung der Flüchtlingsbewegungen geschaffen werden.

- **Solidarität ist unerlässlich:** Wir brauchen dringend eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines dauerhaften Verteilmechanismus mit Quoten muss umgehend politisch beraten und verabschiedet werden. Gleichzeitig werden wir den besonders belasteten Erstaufnahmestaaten an der Südgrenze – wie etwa Griechenland - helfen, Aufnahmezentren einzurichten, in denen konsequent alle ankommenden Flüchtlinge registriert werden. (...)
- **Für ein funktionierendes Gemeinsames europäisches Asylsystem:** Wir wollen verhindern, dass die Europäische Union an der Herausforderung der Flüchtlingskrise scheitert – wir wollen die Krise stattdessen als Chance für mehr Integration nutzen. Wir brauchen eine noch stärker integrierte europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern in allen Mitgliedstaaten mit Leben erfüllt wird. Sie muss unterschiedlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen, zugleich aber verbindliche Standards für alle formulieren. (...)
- **Gemeinsamer Schutz der Außengrenzen:** Dringend müssen wir – und zwar gemeinsam! - für den Schutz der EU-Außengrenzen sorgen. Die verabredete Aufstockung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex ist hierbei nur ein erster Schritt. Perspektivisch müssen wir in der Lage sein, Grenzschutz europäisch zu organisieren, wo ein-

zelne Mitgliedsstaaten überfordert sind. Langfristiges Ziel sollte eine europäische Grenzschutzbehörde sein, wie sie auch die EU-Kommission vorschlägt. Grenzschutz darf allerdings nicht mit Abwehrmaßnahmen gleichgesetzt werden. Noch immer sterben Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer. Es liegt in der gemeinsamen europäischen Verantwortung dieses Sterben so schnell wie möglich zu beenden. (...)

- **Offenheit der Binnengrenzen erhalten:** Die Offenheit der Binnengrenzen im Rahmen des Schengen-Abkommens ist eine der größten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses und Symbol eines freien, geeinten Europas. (...)
- **Fluchtursachen umfassend bekämpfen:** Europa muss der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge und der Bekämpfung der Fluchtursachen insgesamt eine völlig neue Priorität einräumen. Wir brauchen ein stärkeres gemeinsames Engagement in den Krisenländern in Europas Nachbarschaft. Wir müssen der Bekämpfung der Fluchtursachen Priorität geben, nicht der Bekämpfung der Flüchtlinge! Besonders die dramatisch unterfinanzierten Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen müssen dazu über die bereits beschlossenen Finanzaufstockungen hinaus massiv zusätzlich unterstützt werden. (...)
- **Kooperation mit den Transitländern:** Ebenfalls muss es darum gehen, mit den wichtigsten Transitländern, allen voran der Türkei, Vereinbarungen zu treffen, die eine bessere Steuerung und Begrenzung der Fluchtbewegungen bewirken. Auch wenn die Türkei kein einfacher Partner ist, ist es richtig und unerlässlich, den eingeschlagenen Weg einer vertieften Kooperation in der Flüchtlingspolitik konsequent weiter zu gehen – mit dem Ziel, die Türkei darin zu unterstützen, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in der Türkei selbst zu verbessern sowie gemeinsam eine effektivere Grenzsicherung zu gewährleisten. (...)
- **Politische Konfliktlösungen:** Im Kern müssen die außenpolitischen Bemühungen Deutschlands und Europas natürlich auf die Quelle von Flucht und Vertreibung zielen, auf politische Lösungsprozesse in den verheerenden Konflikten im Krisenbogen von Libyen bis Afghanistan. Die jüngsten internationalen Verständigungen über einen Fahrplan zur Eindämmung und Beilegung des grausamen Bürgerkrieges in Syrien sind ein Hoffnungsschimmer. (...)
- **Ein System der legalen Einwanderung:** Auch wenn es keine direkte Antwort auf die gegenwärtige Krise ist, müssen wir dennoch auch nach vorne schauen und eine breiter angelegte legale Einwanderungspolitik für Europa entwerfen, die am europäischen Binnenmarkt ausgerichtet ist. Ein System der legalen Einwanderung, wie es für die Balkan-Staaten bereits eingeführt wurde, kann perspektivisch alternative Wege zu Flucht und illegaler Migration aufzeigen.

2. Wirtschaftliche Innovation und soziale Gerechtigkeit besser verbinden

Europas Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit hängen desweiteren davon ab, dass es Europa besser als bisher gelingt, wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Die einseitige Sparpolitik der Konservativen in Europa hat Wachstumskräfte gehemmt und teils gravierende soziale Folgen gehabt, die sich in Massenarbeitslosigkeit und wachsender Armut in Teilen Europas niederschlagen. Gerade angesichts der gegenwärtigen großen Gefahren für den Zusammenhalt Europas, wäre es fatal, wenn eine überzogene Spar- und Kürzungspolitik der Entsolidarisierung Europas zusätzlich weiteren Vorschub leisten würde. Diese hat die Krise nicht lösen können, sie hat sie im Gegenteil verschärft, zu einer Krise der Legitimität geführt und die soziale Spaltung vertieft. (...)

- **Mehr Spielräume für Investitionen:** Klar ist: So wichtig die Regeln für Fiskaldisziplin sind. Sparen allein schafft nicht die Grundlagen für Wachstum und Zukunftsfähigkeit. Die europäischen Stabilitätsregeln müssen Flexibilität erlauben und in ihrer ganzen Bandbreite berücksichtigt werden – auch um Wachstumsimpulse zu ermöglichen. Nötig ist zudem eine auf Dauer angelegte europäische Investitionsoffensive. Das vereinbarte europäische Investitionsprogramm (EFSI) ist hierfür ein erster Schritt. (...)
- **Die Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln:** Auch unterstützen wir die Debatte über eine eigene Fiskalkapazität für die Eurozone. Diese sollte in Krisen ausgleichend und stabilisierend wirken sowie zusätzliche Investitionskräfte freisetzen. Sie könnte als Vorstufe zur Entwicklung eines Eurozonen-Budgets fungieren, wobei ebenfalls eine demokratische Legitimierung durch das Europäische Parlament, zum Beispiel in Form einer Eurokammer, sichergestellt werden muss. Die von uns maßgeblich vorangetriebene Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer könnte perspektivisch als Ausgangspunkt für eigene Finanzmittel dienen. (...)

- **Für mehr Steuergerechtigkeit in Europa:** Eine erhöhte Investitionsfähigkeit der Mitgliedstaaten setzt auch eine solide Einnahmehbasis voraus. Deshalb wollen wir Schritte zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa auf den Weg bringen und aggressive Steuervermeidung von Großunternehmen unterbinden. Es muss durchgesetzt werden, dass Unternehmen dort ihre Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Wir können nicht länger hinnehmen, dass internationale Großkonzerne die Steuerverwaltungen von Staaten gegeneinander ausspielen, um mit Hilfe von Sonder- und Ausnahmeregeln ihre Steuerzahlungen drastisch zu reduzieren. (...)
- **Wirtschaftliche Innovation im europäischen Binnenmarkt:** Um wirtschaftliche Dynamik und Innovation zu fördern, ist es darüber hinaus wichtig, dass der europäische Binnenmarkt in Schlüsselbereichen wie Energie oder digitale Wirtschaft noch besser integriert wird und hierbei Staaten nötigenfalls im Rahmen eines „ökonomischen Schengens“ gemeinsam vorangehen. (...)
- **Die Digitalisierung europäisch gestalten:** Wir wollen an einer ambitionierten europäischen Digitalpolitik arbeiten, die ausgehend von gemeinsamen Wertvorstellungen einen rechtlich verbindlichen Rahmen für das offene Netz und hohe Standards beim Daten- und Verbraucherschutz schafft sowie technologische Standards und Innovation fördert, auch um Europas Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA anderen Wirtschaftsregionen zu stärken. (...)
- **Den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit fortführen:** Noch immer ist der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Teilen Europas nicht gewonnen. Noch immer sind viel zu viele junge Menschen, oft gut ausgebildet und qualifiziert, ohne Aussicht auf einen Job. Auch wenn die Flüchtlingskrise Kapazitäten und Ressourcen bindet, dürfen wir im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit nicht nachlassen. Sonst droht in Europa eine verlorene Generation heranzuwachsen, die Europa nicht mit Hoffnung und Aufstieg, sondern mit Ausgrenzung und Armut verbindet. Die auf sozialdemokratische Initiative hin vereinbarten europäischen Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen deshalb zügig ausgeschüttet und nötigenfalls deutlich aufgestockt werden. (...)
- **Eine Sozialunion mit starken Arbeitnehmerrechten:** Um ein gerechteres Europa zu schaffen, sind darüber hinaus Schritte zur Stärkung von sozialen Grundrechten und Arbeitnehmerrechten unabdingbar. Im europäischen Binnenmarkt darf nicht allein Wettbewerb das Maß aller Dinge sein. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards müssen mindestens gleichrangig geschützt und durchgesetzt werden. Im Konfliktfall sollten soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Wir wollen dieses Grundprinzip mit einem sozialen Fortschrittsprotokoll in den europäischen Verträgen festschreiben. (...)

3. Europas Demokratie erneuern, seine Handlungsfähigkeit stärken

Vertrauen gewinnt Europa nur, wenn es mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht und politisch handlungsfähig ist. Wir wollen deshalb die europäische Demokratie und die Gemeinschaftsinstitutionen stärken. Sie sind die Garanten dafür, dass nicht nationale Egoismen, sondern das gemeinsame europäische Interesse im Vordergrund steht. Die Gemeinschaftsmethode ist das Herzstück der europäischen Politik. Sie muss gestärkt werden. (...) Wir bekennen uns zu der Perspektive eines föderalen Europas im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa.

- **Ein starkes Europäisches Parlament:** Wir wollen, dass das Europäische Parlament der zentrale Ort ist, an dem über die Zukunft Europas diskutiert und entschieden wird. Vor allem braucht das Parlament weiterreichende Initiativrechte und deutlich mehr Mitentscheidungsbefugnisse gerade auch im Rahmen der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung im europäischen Semester. Wir wollen ein Europa der Parlamente. Eine Schwächung des europäischen Parlamentarismus durch Renationalisierung lehnen wir ab. (...)
- **Gemeinsame Spitzenkandidaten als Erfolgsmodell:** Es war ein großer Erfolg der europäischen Sozialdemokraten für mehr Demokratie in Europa, dass wir bei der letzten Europawahl mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten aller sozialdemokratischen Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten und gegen erbitterte Widerstände der Konservativen durchgesetzt haben, dass der amtierende EU-Kommissionspräsident maßgeblich vom Europäischen Parlament bestimmt wurde. Diese demokratische Errungenschaft werden wir auch in Zukunft verteidigen und wollen den Spitzenkandidaten-Prozess verstetigen und festigen.
- **Europäische Zivilgesellschaft:** Europäische Demokratie muss in eine lebendige europäische Zivilgesellschaft eingebettet sein. Wir wollen die europäische Bürgerinitiative besser nutzen und stärken, damit Bürgerinnen und Bürger noch stärker direkt auf die europäische Gesetzgebung einwirken können.

- **Konzentration auf die großen Zukunftsaufgaben:** Die Akzeptanz der EU leidet heute oft darunter, dass viele Bürgerinnen und Bürger die europäischen Entscheidungsprozesse kaum noch nachvollziehen können und als zu bürokratisch empfinden. Deshalb wollen wir, dass sich die EU auf das wirklich Wesentliche konzentriert: Auf die Zukunftsaufgaben, die wir nur gemeinsam meistern können.
- **Verstärkte Zusammenarbeit:** Um Europas Handlungsfähigkeit nach innen und außen zu verbessern, sollten noch stärker als bisher die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit von einigen Mitgliedstaaten genutzt werden. Sei es dadurch, dass einzelne Staaten auf Zukunftsmärkten wie Energie oder der digitalen Wirtschaft im Sinne eines „ökonomischen Schengens“ enger zusammenarbeiten. Sei es dadurch, dass einige Staaten dabei vorangehen, ihre Armeen zu einer europäischen Armee schrittweise zusammenzuführen oder sich auf gemeinsame soziale Mindeststandards verständigen. Wenn diese verstärkte Zusammenarbeit offen für weitere Staaten angelegt ist, können hieraus neue Impulse für mehr europäische Gemeinschaft und Integration insgesamt entstehen.
- **Wertegemeinschaft Europa:** Um die Glaubwürdigkeit der EU als demokratische Wertegemeinschaft in der politischen Praxis zu stärken und sicherzustellen, müssen die europäischen Werte auch im Inneren und in den EU-Mitgliedstaaten gelten. Deshalb unterstützen wir den Aufbau eines wirksamen europäischen Mechanismus zur Prüfung und Durchsetzung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards in der EU. Gerade angesichts aktueller Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik muss Europa seine Werte und Prinzipien hochhalten und in allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

4. Europa als Friedensmacht in stürmischer Zeit

In einer Zeit, in der die großen Herausforderungen mehr denn je Antworten über staatliche Grenzen hinweg verlangen, muss die europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf der Höhe der Zeit weiterentwickelt und gestärkt werden. Deutsche und europäische Außenpolitik müssen dabei Hand in Hand gehen. (...)

- **Prävention und bessere Vernetzung:** Die gegenwärtige Flüchtlingskrise führt auf dramatische Weise vor Augen, welche verheerenden Folgen die Verfestigung von Konflikten, andauernde Gewalt, Bürgerkrieg, Staatszerfall, soziales Elend, Hunger und Perspektivlosigkeit haben können. (...)
- **Zivile Orientierung und Handlungsfähigkeit:** Wir wollen besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, unter anderem durch den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps. (...)
- **Eine parlamentarisch legitimierte europäische Armee:** Europa muss auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik seine vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen und handlungsfähiger werden. Notwendig ist ein strategischer Dialog zwischen den Mitgliedstaaten, um sich darüber zu verständigen, wie wir die seit vielen Jahren in Stagnation befindliche Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und ausbauen können. Als Teil einer umfassenden, präventiven und in das internationale Recht eingebetteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU befürworten wir neben der notwendigen weiteren Verzahnung und Stärkung ziviler Instrumente den Aufbau einer europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss - wie wir dies bereits im Hamburger Grundsatzprogramm beschlossen haben. (...)
- **EU-Erweiterungspolitik als Friedenspolitik:** Die EU-Erweiterungspolitik bleibt für uns ein wichtiges Instrument, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Wir Sozialdemokraten haben die Beitrittsperspektive der Türkei nie in Frage gestellt. (...)

Eine gute Zukunft gibt es nur in und mit Europa

Dieses Jahr ist zweifelsohne ein Epochenjahr. Wir werden die Geschichte Europas unterscheiden in eine Zeit vor 2015 und in eine Zeit danach. Europa steht am Scheideweg. In der Vergangenheit haben sich Krisen immer wieder als Motor der europäischen Integration erwiesen. (...)

Europa ist nicht weniger als ein Zivilisationsprojekt, die vielleicht beste und bedeutsamste politische Errungenschaft des vergangenen Jahrhunderts. Sie zu bewahren, sie zu verteidigen, sie zu stärken ist eine der großen Aufgaben unserer Generation. Indem wir Europa in schwerer Zeit bewahren, sichern wir nichts weniger als unsere eigene Zukunft.

[Quelle: <https://www.spd.de/partei/bundesparteitag-2015/>]

DOKUMENT 35 – 2015 THOMAS OPPERMANN, VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG: NATIONALISMUS WÄRE DAS ENDE VON EUROPA ALS FRIEDENSMACHT

Wenn sich jetzt wieder nationalstaatliches Denken in Europa durchsetzt, dann wird es danach jedem einzelnen europäischen Land schlechter gehen als vorher. Es wäre das Ende von Europa als Friedensmacht und das Ende einer offenen europäischen Gesellschaft.



Thomas Oppermann (*1954-2020):
1990-2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, 1998-2003 Minister für Wissenschaft und Kultur, 2005-2020 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, 2007-2013 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 2013-2017 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 2017-2020 Vizepräsident des Deutschen Bundestages

2015 war ganz gewiss kein einfaches Jahr für uns in Deutschland. Für die Europäische Union war es sogar wohl das schwierigste Jahr der letzten Jahrzehnte. Die Terroranschläge von Paris, der Kampf um den Verbleib von Griechenland in der Euro-Zone und nicht zuletzt die Flüchtlingskrise mit Millionen Flüchtlingen sind gleich drei große Herausforderungen, auf die Europa eine Antwort geben muss. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass unsere osteuropäischen Partner noch immer unter dem Eindruck der russischen Aggressivität in der Ukraine stehen und sie als Gefahr für sich selbst wahrnehmen. Diese Krisen haben die Europäische Union teilweise an den Rand ihrer Möglichkeiten gebracht.

Gut ist, dass Europa nach den Terroranschlägen in Frankreich zusammengeblieben ist und dass wir gemeinsam handeln, ohne dass wir uns darauf einlassen, Freiheit und Sicherheit gegeneinander auszuspielen. Ich bin froh, dass wir es im Sommer geschafft haben, Griechenland in der Euro-Zone zu halten. Ich wage gar nicht, mir auszumalen, was passiert wäre, wenn Griechenland mitten in der Flüchtlingskrise bankrottgegangen wäre. Gut, dass uns das erspart geblieben ist.

Sorgen bereitet mir aber das Ausmaß, in dem in der Flüchtlingsfrage die Solidarität zwischen den EU-Ländern verloren geht. Was mich am allermeisten beunruhigt, ist der kaum gebremste Vormarsch von nationalistischen und populistischen Kräften in ganz Europa. Auch wenn der Front National die Stichwahlen zum Glück verloren hat, darf uns nicht kaltlassen, dass in Frankreich am letzten Sonntag 6,8 Millionen Wählerinnen und Wähler eine rechtsnationale, populistische Partei gewählt haben.

In Ungarn sieht Viktor Orban in der autoritären Führerschaft von Wladimir Putin ein Vorbild für sein Land. In Polen lässt die neue rechtsnationale Regierung als erste Amtshandlung die Europafahne einziehen. Die Partei der polnischen Regierungschefin PiS bildet mit der AfD im Europäischen Parlament eine gemeinsame Fraktion und betreibt dort Fundamentalopposition gegen Europa. Selbst im prosperierenden Schweden liegen die völkischen und nationalsozialistischen Schwedendemokraten jetzt inzwischen bei 16 Prozent. Wenn wir das nicht stoppen, dann wird es ganz schnell duster in Europa.

Wenn einzelne Länder glauben, dass der Nationalismus für sie eine Lösung ist, dann wäre das der größte Irrtum dieser Zeit. In Wirklichkeit wäre es die Wiederholung eines großen Irrtums; denn nationalistische Lösungen sind immer Scheinlösungen.

In den vergangenen 70 Jahren war es gerade die Überwindung von Nationalismus, die Europa Frieden und Wohlstand gebracht hat. Für diese historische Leistung hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis bekommen. Fast alle Probleme, die wir heute haben - egal ob es Flüchtlinge, Sicherheitsfragen, Finanzmärkte, Steuersysteme, Klimawandel, Energieerfordernisse oder Wertschöpfungsketten sind - und auf die wir eine Antwort suchen, sind transnational. Sie machen weder an nationalen Grenzen halt, noch können sie innerhalb nationaler Grenzen und in nationaler Souveränität gelöst werden. Das geht nur mit europäischen Antworten.

Wenn sich jetzt trotzdem wieder Nationalismus und nationalstaatliches Denken in Europa durchsetzen, dann wird es danach jedem einzelnen europäischen Land schlechter gehen als vorher. Es wäre das Ende von Europa als Friedensmacht und das Ende einer offenen europäischen Gesellschaft. Und das dürfen wir nicht hinnehmen. (...)

Sicherheit bedeutet für viele Menschen, dass der Staat in der Lage sein muss, seine Außengrenzen zu schützen. Die türkischgriechische Grenze ist praktisch offen. Was dort bis jetzt passiert, das bestimmen ausschließlich kriminelle Schleuserorganisationen, die an den Flüchtlingen Milliarden verdient haben. Die chaotische Situation an den europäischen Außengrenzen ist ein zusätzlicher Nährboden für Rechtspopulisten und Nationalisten in diesem Land. Das darf nicht so bleiben, weil es früher oder später zu einer Renationalisierung der Grenzen im Schengen-Raum kommen würde. Genau das wollen wir unbedingt vermeiden. (...)

Meine Damen und Herren, wir brauchen Sicherheit. Das Zweite, was wir brauchen, ist mehr Gerechtigkeit in Europa. Bei vielen Menschen ist von der Finanzkrise nur noch hängen geblieben, dass wir die Banken, also die Verursacher, gerettet haben und für die normalen Leute, also die Opfer der Krise, nichts getan haben. Das ist zwar im Kern falsch, denn wir haben nicht nur die Banken gerettet, sondern wir haben auch mit einem gewaltigen Konjunkturprogramm die Arbeitsplätze von vielen Menschen gerettet, aber dennoch haben wir trotz aller Fortschritte bei der Reform der Finanzmärkte, bei der Bankenunion zum Beispiel, die eigentlichen Verursacher der Finanzkrise bis heute nicht ausreichend herangezogen. Deshalb ist die Einführung der Finanztransaktionsteuer von zentraler Bedeutung für die Frage, ob es in Europa gerecht zugeht.

Dazu gehört auch die Frage, ob wir endlich die Steuerschlupflöcher in Europa beseitigen, sodass den Staaten nicht mehr Milliarden von Steuereinnahmen verlorengehen. Kleine und mittlere Unternehmen zahlen in den Mitgliedsländern brav ihre Steuern. Sie haben keine Chance, durch grenzüberschreitende Steuergestaltungen Steuern zu sparen. Multinationale Unternehmen hingegen nutzen den Binnenmarkt in Kombination mit den nationalen Steuersystemen, um Steuern zu umgehen. Das ist ein zweifelhaftes Privileg auf Kosten der kleinen und ehrlichen Unternehmen. Wenn sich jedes EU-Land Steuerlücken ausdenkt, um Unternehmen anzulocken, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn am Ende in keinem Land mehr Steuern gezahlt werden. Ich finde, dieser schädliche Steuerwettbewerb mit den Mitteln nationalstaatlicher Konkurrenz muss ein Ende haben.

Mehr Sicherheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Wachstum muss Europa schaffen. Ob in Frankreich, Spanien oder in Italien in vielen Ländern sind die Reformen lange verschleppt worden. Das wird jetzt angepackt. Deshalb sollte Europa mit Investitionen massiv unterstützen. Wir müssen die EU-Vorhaben voranbringen, die neue Wachstumschancen eröffnen. Dazu gehören die Energieunion, die Kapitalmarktunion und nicht zuletzt der digitale Binnenmarkt.

Meine Damen und Herren, wenn die Ultranationalisten die Europäische Union zum Feindbild erklären, dann können wir ihnen nicht dadurch entgegenreten, dass wir selbst den Rückbau der EU vorantreiben, genauso wenig wie die EU erfolgreich sein wird, wenn sich alle nur die Rosinen herauspicken dürfen. Rechte und Pflichten gehören zusammen. (...)

[Quelle: <http://www.spdfraktion.de/themen/reden/nationalitaet-waere-ende-europa-friedensmacht>]

DOKUMENT 36 – 2016 BESCHLUSS DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION:

EUROPA STÄRKEN - DIE WIRTSCHAFTS-, WÄHRUNGS- UND SOZIALUNION WEITERENTWICKELN

Von: Hubertus Heil, Axel Schäfer und Carsten Schneider, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Europäische Union ist im Kern eine Idee vom Zusammenleben der Menschen: von Frieden und Freiheit, von Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit, von Chancengleichheit und Mitmenschlichkeit, von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und gemeinsamem Fortschritt. Die 28 Mitgliedstaaten der EU teilen diese Werte und Ziele – bei allen nationalen Unterschieden. Sie haben Europa stark gemacht.

Dieser Zusammenhalt, diese Kraft der Erneuerung sind es, die Europas Zukunft bestimmen müssen. Europa wird sich im 21. Jahrhundert nur in der Welt behaupten können, wenn es solidarisch zusammenhält und die Gemeinschaft weiter vertieft. Wachstum und Wohlstand können nicht mehr national gedacht und organisiert werden. Die EU, aber auch die Eurozone im Besonderen müssen gemeinsame Antworten auf bislang national gestellte Fragen geben, wenn sie nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum sowie faire Chancen, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten möchten. Wir sehen in einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein Instrument, um das wirtschaftliche Wachstum zu vergrößern, sondern auch die Chance, den sozialen Verwerfungen innerhalb der EU entgegen zu wirken.

Wir stehen an einer Weggabelung zwischen Renationalisierung einerseits und der Vervollständigung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion andererseits. (...)

Vor diesem Hintergrund haben die fünf Präsidenten der europäischen Institutionen Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz im Juni 2015 den Bericht „Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden“ verfasst. Die Wirtschaftsminister Deutschlands und Frankreichs, Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron, haben zu dieser Debatte mit ihrem gemeinsamen Artikel „Die Eurozone stärken“ einen wichtigen Beitrag geliefert.

Auch die SPD-Bundestagsfraktion führt die Debatte über die institutionelle Weiterentwicklung der Eurozone und der EU. Wir wollen die Vertiefung und Weiterentwicklung der Eurozone eng begleiten und mitgestalten. Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest machen und zukunftsgewandt gestalten.

Wir gehen dabei von folgenden Leitgedanken aus: Beginnend mit den Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, wollen wir eine Wirtschafts- und Sozialunion ins Leben rufen, die einen neuen Konvergenzprozess für Strukturreformen, institutionelle Reformen und Steuer- und Sozialpolitik startet und nicht auf die reine Wettbewerbsfähigkeit abstellt. Denn Wettbewerbsvorteile des einen werden oft mit den Nachteilen der anderen erkauft. Wir wollen stattdessen einen gemeinschaftlichen Ansatz. Dessen Ergebnis soll eine echte Fiskalkapazität für Investitionen, Arbeits- und Bildungsförderung sein, die makroökonomischen Ungleichgewichten und asymmetrischen konjunkturellen Schocks entgegenwirkt und die Mobilität von Arbeit und Kapital zum Wohlstand aller gewährleisten kann. Und wir wollen schließlich eine stärkere demokratische, parlamentarische Kontrolle der Euro-Zone und ihrer Aufgaben.

1. Die Wirtschaftsunion vervollständigen

Die Wirtschaftsunion ist heute schon viel mehr als ein gemeinsamer Markt. Gleichwohl sind ihre Kerninstrumente auf Koordinierung der Politiken der Mitgliedstaaten beschränkt, nur wenige Kompetenzen liegen in Brüssel. Wir wollen einen abgestuften und wohldosierten Konvergenzprozess hin zu einer Wirtschafts- und Sozialunion im Euroraum:

- Wir werden den Juncker-Plan mit dem Ziel der Finanzierung europäischer Investitionsprojekte fortentwickeln. Der europäische Investitionsfonds EFSI soll bei einer zentralen Instanz, z.B. einem „Investitionskommissariat“ verstetigt werden, um Projekte identifizieren und koordinieren zu können und die Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Projekten zu beraten. (...)
- Erforderlich ist eine über nationale Budgets hinausgehende „Fiskalkapazität“, die die Möglichkeit einer automatischen Stabilisierung verbessert und auf europäischer Ebene die Möglichkeit dafür schaffen würde, die Finanzpolitik an den Konjunkturverlauf anzupassen, und zwei Komponenten eines späteren Eurozonen-Budgets verwaltet: eine Verteilungskomponente mit dem Schwerpunkt konkreter Investitionstätigkeit und eine Stabilisierungskomponente.



Hubertus Heil (*1972):
Seit 1988 Mitglied der SPD,
seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2005-2009 Generalsekretär der SPD,
2009-2017 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 2017 Generalsekretär der SPD, seit 2018 Bundesminister für Arbeit und Soziales

- Das Budget muss – wie im Übrigen das EU-Budget insgesamt stärker – an den Notwendigkeiten der Bekämpfung der sozialen Folgen der Finanzkrise, der Investitionen in die Zukunft und an einem prosperierenden Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Deshalb gilt es die Umsetzung der Europa-2020-Strategie stärker zu unterstützen und die Mittel für den Europäischen Sozialfonds auszuweiten, insbesondere um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als zentrales Ziel abzubilden. (...)
- Wir wollen die soziale Dimension der EU weiter stärken. Dazu zählen europaweite Mindestlohnkorridore differenziert nach regionaler wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung. Soziale Grundrechte müssen geschützt werden. Wir wollen dies mit einem sozialen Fortschrittsprotokoll in den europäischen Verträgen festschreiben.

2. Eine gemeinsame solide Haushaltspolitik gewährleisten

Staatsschulden sind eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben: Aus Steuergeldern werden Zinszahlungen an Banken und große Investoren beglichen, anstatt das Geld sinnvoll zu investieren. Eine kluge und solide Haushaltspolitik schafft Stabilität, Vertrauen und Gestaltungsspielräume. Die Schuldenbegrenzung, die im Fiskalvertrag vereinbart worden ist, liefert dabei aber nur einen Teil des Notwendigen.

- Wir wollen mittelfristig die Regelungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, den nationalen Reformprogrammen, dem Fiskalvertrag und dem europäischen Semester zu einem konsistenten einheitlichen Regelwerk zusammenfassen und ihre Wachstumskomponenten stärken. Der Rückgang öffentlicher Investitionen muss gestoppt und in eine öffentliche wie private Investitionsoffensive gewendet werden. (...)
- Dazu müssen wir die Staaten zunächst von Risiken ihres Finanzsektors, vor allem den Banken, befreien. Es darf den Mitgliedstaaten nicht ermöglicht werden, die Folgen nationaler politischer Entscheidungen und die daraus resultierenden Bankenrisiken auf einen gemeinschaftlichen Fonds zu verlagern. Wir wollen die Bankenunion mit der gemeinsamen Aufsicht, dem gemeinsamen Abwicklungsregime und dem europäischen Bankenhaftungsfonds komplettieren und perspektivisch von der Europäischen Zentralbank auf eine eigene Institution übertragen, die ihrer parlamentarischen Kontrollinstanz rechenschaftspflichtig ist. (...)
- Zur Überwachung der Fiskalregeln, der nationalen Budgets und des EU-Haushalts wollen wir mittelfristig neue Exekutivbefugnisse auf Ebene des Euroraums (z.B. durch einen „Euro-Kommissar“ mit Doppelhut Kommission und ständigem Vorsitz Eurogruppe) und Reformen der ökonomischen Steuerungsmechanismen, die zu einer stärkeren demokratischen Verantwortlichkeit führen.
- Wir werden den ESM in das europäische Gemeinschaftsrecht integrieren und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der dort helfen kann, wo geldpolitische Maßnahmen aufgrund der gemeinsamen Währung nicht mehr ihre erforderliche Wirkung entfalten können – vor allem dann, wenn Mitgliedstaaten Opfer von irrationalen Angriffen von Spekulanten auf den Finanzmärkten werden. Und der als demokratisch kontrollierte Institution helfen kann, diskretionäre politische Entscheidungen mit Maßnahmen der Geldpolitik dort zu vernetzen, wo das wichtige unabhängige Mandat der EZB endet. In einem einheitlichen Zinsraum ist dieses Instrument eine notwendige Ergänzung einer zentralen Investitionsinstanz.
- Wir wollen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in der Geldpolitik bewahren. Die von ihr derzeit wahrgenommene Bankenaufsicht muss als hoheitliches Handeln aber demokratisch kontrolliert werden. Deshalb werden wir die Bankenaufsicht in eine eigene Institution überführen, die den Parlamenten rechenschaftspflichtig ist.



Carsten Schneider (*1976):
Seit 1995 Mitglied der SPD,
seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages,
2005-2013 Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion,
2013-2017 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Seit 2017 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

3. Die Fiskalunion durch eine gemeinsame Steuerpolitik schaffen

In Europa hat ein Bewusstseinswandel eingesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass Steuern kein Raub-

zug des Staates sind, sondern die Voraussetzung dafür, dass staatliche Leistungen wie Polizei und Justiz, Investitionen in Bildung, Schule, Straßen und öffentliche Güter und gerechte soziale Sicherungssysteme sichergestellt werden. Die ausreichende Finanzierung des Gemeinwesens ist Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabechancen. Steuergerechtigkeit heißt dabei, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt – starke Schultern tragen mehr als schwache. Steuerbetrug, Steuerdumping und von Staaten betriebene Steuer-
vermeidung verletzen das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen. (...)

4. Institutionelle Fragen

Für uns ist entscheidend, dass die Mitgliedstaaten, die über die gemeinsame Währung verbunden sind, als Motor für eine vertiefte und raschere Integration wirken. Hierzu muss die gesamte Bandbreite des gültigen europäischen Vertragsrechts genutzt werden. Soweit dies innerhalb des aktuellen Vertragsrechts nicht hinreichend möglich sein sollte, müssen die Verträge geändert werden. Denn wir brauchen für diese Aufgaben und Ziele zum Teil andere, manchmal neue, jedenfalls starke europäische Institutionen und eine effektive demokratische Kontrolle.

Für Kompetenzen und Institutionen, die die EU insgesamt betreffen, wie z.B. eine gemeinsame Banken- und Finanzmarktaufsicht, übt das Europäische Parlament diese Funktion bereits aus. Wir wollen, dass das Europäische Parlament auch einer der zentralen Orte ist, an dem über die Zukunft des gesamten EU diskutiert und entschieden wird. Dazu braucht das Parlament weitreichende Initiativrechte und mehr Mitentscheidungsbefugnisse, auch im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Rolle nationaler und föderaler Parlamente in Angelegenheiten der Europäischen Union wollen wir stärken. Dazu sind in der innerstaatlichen Umsetzung und der Aushandlung europäischer Politiken die Beteiligungsrechte der Parlamente zu garantieren. Das Subsidiaritätsprinzip ist für uns auch bei der parlamentarischen Zusammenarbeit Leitlinie. (...)

[Quelle: http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/beschluss_wvu.pdf]

DOKUMENT 37 – 2016 SIGMAR GABRIEL, PARTEIVORSITZENDER UND MARTIN SCHULZ, PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

EUROPA NEU GRÜNDEDEN

Europa war lange das Versprechen auf eine bessere Zukunft. Eine Zukunft in sicherem Frieden, mit wachsendem Wohlstand und mit mehr Freiheiten. Europa war das Versprechen, dass man eine Gesellschaft aufbauen kann, die demokratisch und die solidarisch ist. Eine Gesellschaft, die auf der Achtung von Grundrechten basiert und die gleichzeitig ein besseres Leben für zukünftige Generationen verspricht.

Die Gründungsgeneration Europas hat diesen europäischen Traum geträumt. Auf den Trümmern europäischer Städte und Dörfer und angesichts des Holocausts haben sie deshalb angefangen, diesen Traum Stück für Stück Realität werden zu lassen.

Über Jahrzehnte hinweg hat Europa dieses Versprechen gehalten und hat uns Frieden, Wohlstand und Freiheit gebracht. Nie ist Europa in Zweifel gezogen worden, sondern immer mehr Menschen, ganze Völker und Länder wollten unbedingt Teil dieses Europas werden. Bis heute.

Heute aber glauben viele dieses Versprechen nicht mehr und immer mehr Menschen zweifeln an Europa. Sie halten es für einen Teil des Problems und nicht mehr für den konstruktiven Teil der Lösung. Der europäische Zusammenhalt ist gefährdet. Die vergangenen sieben Jahre seit der globalen Finanzmarktkrise von 2008 und 2009 sind für die Europäische Union und für die Währungsgemeinschaft des Euro eine Zeit der anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Krise geworden. Wachstumsschwäche, Investitionsschwäche und Beschäftigungskrise haben Europa politisch gespalten wie nie zuvor seit den Römischen Verträgen. Die nationalen Gegensätze,

Egoismen und gegenseitigen Schuldvorwürfe sind unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit und politischer Entscheidungsschwäche wieder erwacht. Durch das Referendum in den Niederlanden zur Ukraine, durch die österreichischen Präsidentschaftswahlen und die Debatte um einen Austritt Großbritanniens aus der EU haben die EU-Gegner europaweit Morgenluft gewittert. In allen europäischen Ländern haben antieuropäische Parteien in den vergangenen Jahren große Wahlerfolge erzielt und inzwischen haben einige von ihnen sogar Regierungsverantwortung.

Durch diese Wahlerfolge haben sie nicht nur legislative und exekutive Macht erlangt, sondern es gelingt ihnen teilweise auch, in ihren Gesellschaften die Debatte zu bestimmen, weil auch die politische Mitte und Teile der veröffentlichten Meinung glauben, in eine vermeintlich berechnete EU-Kritik einstimmen zu müssen.

Diese Europaskepsis spiegelt sich auch im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs wider, der zunehmend handlungsunfähig geworden ist, obschon er sich in den vergangenen Jahren in einem „Akt der Selbstermächtigung“ selbst zur zentralen Entscheider-Institution erklärt hat.

Wir sind damit Zeuge einer paradoxen Situation, weil diejenigen, die durch ihr Verhalten ein wirksames Handeln der EU verhindern, gleichzeitig am lautesten kritisieren, dass die EU die drängenden Probleme nicht löst. Da der Europäische Rat zumeist einstimmig entscheidet, führt dies zu oft zu einer Total-Blockade der EU - ein Umstand, der die Frustration vieler Menschen befördert und dadurch den Zersetzungsprozess weiter beschleunigt.

Dies ist umso fataler, als dass die zentralen Herausforderungen mehr denn je einer funktionierenden EU bedürfen: Das nachhaltige Management und die Ursachenbekämpfung einer unkontrollierten Migration, der effektive Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die konstruktive Beantwortung der drängenden Gerechtigkeitsfragen durch eine politische Gestaltung der Globalisierung können nur im Rahmen von EU-Lösungen erfolgen.

Demgegenüber sehen wir uns aber vor allem von rechts - partiell auch von links - mit dem Aufstehen einer Ideologie konfrontiert, die suggeriert, man könne Globalisierungsprozesse zurückdrehen und im Rahmen der Nationen wirkungsvolle Lösungen für die grundlegenden Probleme hinbekommen. Diese Ideologie hat die EU zu ihrer Hauptgegnerin erklärt.



Sigmar Gabriel (*1959):
Seit 1977 Mitglied der SPD,
1990-2003 Mitglied des Niedersächsischen
Landtages, 1998-1999 und 2003-2005
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion,
1999-2003 Ministerpräsidenten des Landes
Niedersachsen, 2005-2019 MdB, 2005-2009
Bundesumweltminister, 2009-2017 SPD-
Parteivorsitzender, 2013-2018 Vize-Kanzler,
2013-2017 Bundeswirtschaftsminister,
2017-2018 Bundesaußenminister

Die Antwort von verantwortungsvoller Politik muss deshalb lauten, erneut die Begeisterung für Europa zu wecken. Dafür reichen ein phantasieloses „Weiter so“, technokratische Reformansätze oder ein Durchwurschteln aber nicht mehr aus. Wir brauchen jetzt den Mut, etwas Größeres zu wagen. Die Überzeugung, dass Europa für alle ein Gewinn ist, kann nur dann wieder stark werden, wenn wir endlich einen Ausweg aus der ökonomischen Krise finden. Deshalb gilt: Vorrang muss jetzt ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung in Europa haben!

Das heißt nicht, den Anti-Europäern und laut schreienden Populisten mit ihrer Kritik Recht zu geben. Sie wollen ganz bewusst Europa lahmlegen, um dann behaupten zu können, dass die drängenden Probleme nicht gelöst würden. Sie wollen die Krise, die Zuspitzung und die Verwerfung. Sie wollen spalten und Gräben aufreißen, weil sie glauben, dass sie dadurch politisch gewinnen können.

Es ist notwendig, sich diesen Populisten entschieden in den Weg zu stellen und die Konsequenzen ihres verantwortungslosen Redens und Handelns aufzuzeigen. Denn scheitert Europa, dann scheitert damit ein ganzes Gesellschaftsmodell: die erste und einzige transnationale Demokratie, die es in der Geschichte der Menschheit gegeben hat und die Freiheit und Solidarität miteinander zu verbinden sucht. Scheitert Europa, negieren wir die Lehren aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Deshalb: Wenn man das retten will, für was Europa einmal in den Augen der meisten Menschen gestanden hat, brauchen wir nun einen neuen Impuls. Wir brauchen einen ambitionierten, kräftigen Schub und kein ängstliches Stückwerk, damit die EU die Probleme lösen kann, die die Bürgerinnen und Bürger beunruhigen.



Martin Schulz (*1955):

Seit 1974 Mitglied der SPD, 1994-2017 Mitglied des Europäischen Parlaments, 2004-2012 Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, 2014 Gemeinsamer Spitzenkandidat für die Europawahl der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), 2012-2017 Präsident des Europäischen Parlaments, seit 2017 MdB, 2017-2018 SPD-Parteivorsitzender

Europa braucht eine Politikwende!

Für jede Reform müssen dabei als maßgebliche Kriterien gelten, dass

1. es in Europa wieder Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung gibt und es gerechter zugeht,
2. Europa sich um die Gestaltung der Zukunftsaufgaben kümmert,
3. es demokratischer und transparenter wird und
4. es seinen Beitrag zu einem nachhaltigen Frieden und zu mehr Sicherheit im Inneren leistet.

Wer die beschleunigende Diskreditierung der EU - aber auch von Politik insgesamt - bekämpfen will, muss sich nun sehr deutlich bekennen. Es gilt, konkret das Zivilisationsprojekt der europäischen Einigung zu verteidigen und, damit verbunden, einen auf Dialog und Ausgleich orientierten Politikstil zu finden. Ein solcher Stil ist das sichtbare Gegenmodell zu dem polarisierenden und immer schriller werdenden Politikansatz, der in Europa von vielen Populisten - bis weit in manche sogenannte bürgerliche Partei hinein - und in den USA von Donald Trump inszeniert wird.

Eine Reform in Europa muss sich dabei auf mindestens 10 Bereiche beziehen:

1. Europa muss sich auf das Wesentliche konzentrieren

Seit der Wahl in 2014 hat die Europäische Kommission den Willen gezeigt die Handlung der EU auf Bereiche zu konzentrieren, in denen sie einen klaren Mehrwert hat. Nachdem die EU ihren Bürgern den Binnenmarkt und Personenfreizügigkeit ermöglicht hat, muss sie ihre Leistungen an die heutige Erwartungshaltung anpassen. Europas Bürger verlangen heute nach dem Schutz ihrer Werte und ihres Lebensstils.

Die EU ist in vielen Bereichen klar der beste und geeignetste Akteur um solch positive Ergebnisse für ihre Bürger zu erzielen. Umweltpolitik ist ein exzellentes Beispiel hierfür, da Umweltkatastrophen nicht an nationalen Grenzen halt machen und daher transnationale Maßnahmen benötigt werden. Wir sollten in diesen Bereichen das Handeln der EU favorisieren. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich die EU in Dinge einmischt, die regional oder national gut funktionieren. Wir sehen zum Beispiel beim Klimaschutz, dass die EU Richtwerte vorgibt, die konkreten Einsparpotentiale aber regional definiert und umgesetzt werden.

Allerdings muss in Zukunft klar sein, dass dort, wo Europa die Zuständigkeit hat, es auch die Instrumente bekommt, um handlungsfähig zu sein.

Eine klarere Kompetenzverteilung hilft auch dabei, die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten von denen der EU abzugrenzen. Sie ermöglicht es daher den Bürgerinnen und Bürgern, den richtigen Adressaten für eine Problemlösung zu finden. Zukünftig muss klar sein, wer sich durch Nichthandeln schuldig macht und auch wem Erfolg von guter Politik zuzuschreiben ist.

2. Europa muss demokratischer und verständlicher werden

Europa muss noch näher an seine Bürger rücken und seinen Demokratisierungsprozess, der mit der Spitzenkandidatenwahl 2014 begonnen wurde, weiter fortsetzen. Zum ersten Mal konnten die Bürger mit ihrer Stimme den Kommissionspräsidenten, der als de-facto Regierungschef fungiert, direkt wählen. Wir müssen nun weiter daran arbeiten, dass die Europäische Kommission künftig zu einer wahren europäischen Regierung umgebaut wird, eine Regierung, die parlamentarisch durch das Europaparlament und eine 2. Kammer der Mitgliedsstaaten kontrolliert wird. Nur dadurch bekommen wir eine klare Struktur, die die Menschen auch aus ihren Heimatländern kennen, und machen überdies politische Verantwortlichkeiten transparent. Wer zukünftig mit der EU unzufrieden ist, muss sie dann nicht mehr grundsätzlich in Frage stellen, sondern kann durch Wahlen eine europäische Regierung durch eine andere ersetzen, so wie wir das aus unseren nationalen Demokratien kennen.

3. Europa braucht die wirtschaftspolitische Wende und einen Wachstumspakt für die EU

Um mit Aussicht auf Erfolg um politische Mehrheiten für weitere Schritte der Integration werben zu können, brauchen wir eine wirtschaftliche Trendwende. Ökonomische Prosperität und soziale Gerechtigkeit bilden die Grundlage einer starken Union nach Innen und Außen.

Eine europäische Wachstumsunion

Das Grundproblem Europas heute besteht in zu großer wirtschaftlicher und sozialer Divergenz. Manche Mitgliedsstaaten – darunter auch Deutschland – sind in guter Verfassung. Andere stagnieren und das Risiko einer wiederaufflammenden Schuldenkrise ist nicht gebannt. Auch innerhalb der Staaten herrscht zu große Ungleichheit, besonders auf Kosten von Jungen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Diese Anzeichen der Polarisierung gefährden nicht nur den Zusammenhalt der Gesellschaften, sie schwächen auch die Wachstumspotenziale der Wirtschaft. Die zentrale Herausforderung ist es, dieser zunehmenden Divergenz und Ungleichheit mit einem dynamisch wachsenden und sozialeren Europa zu begegnen.

Um diese Probleme zu überwinden, müssen wir die Ursachen der europäischen Stagnation und Divergenz anpacken. Am Beginn muss die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Basis der EU stehen. Zentrales Instrument der Wirtschaftspolitik ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wir müssen dazu kommen, die Wachstumskomponente des Pakts innerhalb und außerhalb der Eurozone zu stärken.

Eine wachstumsfreundliche Gestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Erstens muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt seinem Namen gerecht und wachstumsfreundlicher werden; er ist derzeit zu komplex, fehleranfällig und prozyklisch. Die Regeln müssen so weiterentwickelt werden, dass sie einerseits Überschuldung verhindern und andererseits ausreichende Freiräume für länderspezifische Stabilisierungs- und Wachstumspolitik bieten. Nicht zuletzt die deutsche Erfahrung der vergangenen anderthalb Jahrzehnte zeigt: In Abschwungphasen sollten Mitgliedstaaten höhere Flexibilität erhalten, um Ausgaben für Arbeitslose und höhere Investitionen zu ermöglichen. Mehr Flexibilität des Paktes sollte allerdings mit der Erreichung von Reform-Meilensteinen Hand in Hand gehen. So sollte die Reform des Pakts auch sicherstellen, dass gleichzeitig die fiskalische Disziplin in den Mitgliedstaaten in Phasen des Aufschwungs dadurch gestärkt wird, dass ein institutionalisierter Mechanismus zur Schuldenrestrukturierung eingeführt wird.

Starke Investitions- und Modernisierungsimpulse auf europäischer Ebene

Größere Spielräume der nationalen Haushalte für eine offensive Investitionspolitik sollten auf der europäischen Ebene verstärkt und ergänzt werden. Die dafür notwendigen Initiativen und Investitionen sollten anfänglich von den europäischen Strukturfonds und Kohäsionsfonds sowie dem Juncker-Plan (EFSI-Fonds) zur öffentlichen und privaten Investitionsförderung gestützt werden. Der EFSI sollte bei einer zentralen Instanz angesiedelt, mit höheren Finanzmitteln ausgestattet und verstetigt werden, um zentrale größere und transformative Projekte identifizieren und finanzieren, die Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Projekten aber auch beraten und koordinieren zu können. Dazu wollen wir ein zentrales Investitions-Regelwerk etablieren, das bei transeuropäischen Verkehrs- und Energienetzen, beim Aufbau eines europäischen Gigabyte-Netzes, bei Ausbildung für die Anforderungen der digitalen Ökonomie und der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, bei Risikokapital und Gründungsfinanzierung neue Wachstumsimpulse mit entschlosseneren Modernisierungsinvestitionen verbindet.

Für ein ökonomisches Schengen

Um langfristiges Produktivitätswachstum in Europa zu erhöhen und den europäischen Binnenmarkt auszubauen, benötigen wir jetzt, zweitens, eine gemeinschaftliche Wachstumsoffensive - ein „ökonomisches Schengen“. Der Binnenmarkt muss sein Potenzial in vollem Umfang entfalten können und neue Wachstumskräfte freisetzen. Grenzüberschreitende Aktivitäten und Handel müssen noch mehr zu einer Realität im Alltag von Unternehmen wie von Verbraucherinnen und Verbrauchern werden. Dazu gehört die schrittweise Umsetzung zentraler Arbeits- und Produktmarktreformen wie sie die europäische Kommission und die OECD seit Jahren fordern, besonders in den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit.

Die Digitalisierung wird den Binnenmarkt grundlegend verändern – diesen Prozess muss die Europäische Union nutzen und gestalten. Dazu muss sich Europa für die digitale Infrastruktur höchste gemeinsame Ziele setzen. Ein Gigabyte-Netz kann ein europäischer Leuchtturm sein, der unsere Aktivitäten bündelt und auf den wir alle digitalen Strategien ausrichten sollten. Wir müssen dafür sorgen, dass der Zugang dazu auch und gerade in wirtschaftlich schwachen Gebieten der Gemeinschaft möglich ist. Das stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Bewusstsein, von den Vorzügen des Binnenmarktes Gebrauch machen zu können - egal, aus welchem Teil der EU man kommt oder wo man sich gerade aufhält. Die EU muss hier viel schneller als bislang geplant zu greifbaren Ergebnissen kommen. Wir dürfen hierbei allerdings nicht vergessen auf die Konsequenzen der Digitalisierung zu achten. Wir müssen verstehen, was diese für unsere Arbeitsmärkte bedeutet und uns versichern, dass unsere Sozialstandards erhalten bleiben.

Zugleich müssen wir einen digitalen Ordnungsrahmen schaffen, der es den europäischen Unternehmen ermöglicht, einen Spitzenplatz bei der digitalen Revolution zu gewinnen. Dieser Rahmen muss höchste Sicherheits- und Schutzstandards für Unternehmen und Verbraucher garantieren und für sie ein Höchstmaß an Datensouveränität verbindlich und wirksam absichern.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass eine starke Industrie auch weiterhin von zentraler Bedeutung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist. Die vierte Industrielle Revolution, die wir gerade erleben, eröffnet für Europa enorme Chancen. Deshalb brauchen wir eine industrielle Renaissance in Europa. Europa muss wieder das Ziel erreichen, 20 Prozent des BIP durch industrielle Produktion zu erwirtschaften. Dazu brauchen wir auch auf europäischer Ebene eine aktive Industriepolitik, die Innovationen fördert und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt und damit eine breite industrielle Wertschöpfung mit guten Arbeitsplätzen nachhaltig sichert.

Mit einem „ökonomischen Schengen“ wollen wir einen entscheidenden Schritt weiter gehen. Wir wollen in zentralen Bereichen wie digitale Wirtschaft und Energie ein Höchstmaß an Integration schaffen, zunächst mit den Ländern, die zu weiterer Integration bereit sind, aber mit der Perspektive, durch unser Vorgehen den Binnenmarkt für die gesamte Europäische Union in eine neue Dimension zu entwickeln.

4. Europa muss international mit einer Stimme sprechen

Nur wenn Europa international geschlossen auftritt, kann es einen substantiellen Beitrag zur internationalen Stabilität leisten. Im 21. Jahrhundert wird es entscheidend darauf ankommen, dass Europa seine Erfahrungen in der Konfliktprävention einbringt. Ohne Europas Beitrag wird es keine globale Ordnungspolitik und keinen Frieden geben können, auch, weil andere etablierte Großmächte an Reputation verloren haben oder sich zunehmend auf andere Regionen konzentrieren. Deshalb müssen wir stärker als bisher als einheitliche regionale Ordnungsmacht auftreten. Hierfür muss die europäische Außenpolitik vergemeinschaftet werden.

5. Europa muss die Gerechtigkeitsfrage beantworten

Wenn Arbeitnehmer und kleine und mittelständische Unternehmer jeden Monat ihre Steuer zahlen, während unsoziale Spekulanten ihre Milliardenbeträge in Steueroasen parken können, entsteht eine eklatante Gerechtigkeitslücke. Diese wird noch stärker empfunden, wenn Banken mit Milliardenbeträgen gerettet werden, wenn sie sich verspekuliert haben, während gleichzeitig an anderer Stelle Geld fehlt. Hierdurch ist die Legitimation Europas gefährdet. Deshalb muss Europa die Instrumente bekommen, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. „Das Land des Gewinns ist das Land der Steuer“ ist dabei ein einfacher Grundsatz, mit dem sehr schnell ein wirkungsvolles Signal für mehr Gerechtigkeit gesetzt werden könnte. Der Kampf gegen Steueroasen und die Besteuerung von Spekulation sind weitere wichtige Schritte, durch die auch die Entlastung des Faktors Arbeit finanziert werden könnte. Eine starke EU muss die Menschen und deren sozialen Schutz in den Mittelpunkt stellen. Nur wenn die Menschen einen konkreten Mehrwert durch Politik, die sie unmittelbar erreicht, erfahren, wird Europa seine Vertrauenskrise überwinden. Dazu gehört, die beschämend hohe Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Die europäische Jugendgarantie muss zielgenauer ausgestaltet und mit den notwendigen Mitteln untersetzt werden.

Eine europäische Sozialpolitik kann und soll die nationalen Sozialstaaten nicht ersetzen, aber sie sollte und kann versuchen, die bestehenden nationalen Sozialschutzsysteme aneinander anzunähern.

6. Europa muss seine Ressourcen neu justieren

Auch am Haushalt muss erkennbar sein, dass Europa sich der Aufgaben annimmt, die über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften entscheiden. Deshalb müssen mehr Gelder in die Ausbildung zukünftiger Generationen, in Forschung und Universitäten, in den Ausbau der digitalen Infrastruktur, für die Produktion von gesunden Lebensmitteln, in den Umweltschutz und eine ökologische Energiewende und in eine smarte Industrie- und Mittelstandspolitik gesteckt werden.

Eine Wachstumsunion mit erhöhter Investitionsfähigkeit setzt auch eine solide Einnahmehbasis voraus. Deshalb wollen wir endliche Schritte zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung (Gemeinsame Bemessungsgrundlage mit Mindestbesteuerung) und des Steuervollzugs in Europa auf den Weg bringen.

7. Europa muss seine Sicherheit stärken

Wie die erschreckenden terroristischen Anschläge in den vergangenen Monaten gezeigt haben, arbeiten die Verbrecherbanden grenzüberschreitend gut vernetzt. Deshalb muss Europa im Bereich der inneren Sicherheit seine Kleinstaaterei beenden und eine wirkungsvolle Kooperation der regionalen nationalen Sicherheitsbehörden verstärken. Darüber hinaus müssen wir unsere eigenen europäischen Struktur deutlich stärken und wo nötig auch neu aufbauen. Mittelfristig wird dies beispielsweise zu einem europäischen FBI führen.

8. Europa braucht eine gemeinsame Einwanderungspolitik

Ohne ein gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht werden wir die Herausforderungen durch die Migration kaum stemmen können. Dies verlangt sowohl eine gemeinsame Asylpolitik als auch ein gemeinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Zuwanderern.

9. Europa muss seine Grenzen sichern

Die effektive Sicherung der europäischen Außengrenzen ist ein wichtiges Element für ein neues Einwanderungsrecht. Denn wenn wir neue Wege zur Einwanderung auf unseren Kontinent öffnen und es gleichzeitig funktionierende und legale Wege für Asylbewerber und Flüchtlingen gibt, muss die Sicherung der Außengrenzen funktionieren. Dies ist europäische Gemeinschaftsaufgabe und deshalb müssen die entsprechenden Strukturen hierfür geschaffen werden.

10. Europa braucht den effektiven Schutz von Grundrechten

Die neuen Technologien werfen auch neue Fragen beim Grundrechtesschutz auf: So wie die Erfindung und Verbreitung des Autos zu einer Straßenverkehrsordnung führen musste, um das sozialdarwinistische Prinzip im Straßenverkehr zu beenden, so schreitet auch die fortschreitende Digitalisierung nach dem Formulieren von klaren Regeln. Eine Europäische Charta der Grundrechte im digitalen Zeitalter ist ein wirkungsvolles Instrument um diese Regelungen vorzunehmen. Hierdurch werden die Bürger wirkungsvoll geschützt und die Unternehmen bekommen die Leitplanken, die sie für die Planung ihrer Innovationen brauchen. Überdies würde Europa zeigen, dass auch im 21. Jahrhundert mit ihm als Wertegemeinschaft gerechnet werden muss.

Bei den vorgeschlagenen Reformen wird es Widerstände geben. In gewohnter Manier wird es aus vielen Mitgliedstaaten tönen, dass das Gute aus den nationalen Hauptstädten und das Schlechte aus Brüssel käme. Aus diesem Grund wird der notwendige europäische Neuanfang kaum durch eine klassische Regierungskonferenz gelingen können, die intransparent und bürokratisch wäre. Überdies ist eine Regierungskonferenz nach altem Muster schädlich, weil sie dem Grundsatz der Demokratie, der Bürgerbeteiligung und der Transparenz widerspricht und damit grundlegend der Intention der vorgelegten Reformen.

Deshalb brauchen wir eine intensive, in aller Öffentlichkeit ausgetragene Debatte darüber, in welchem Europa wir leben wollen. Statt einer Regierungskonferenz hinter verschlossenen Türen brauchen wir ein Verfahren, bei dem offen und transparent diskutiert wird. Das Europaparlament und die nationalen Parlamente könnten der Nukleus hierfür sein. Als Parlamentarier würden sie nicht nur Regierungsvertreter und die Europäische Kommission, sondern auch Vertreter der Zivilgesellschaft einladen, um nach den besten konkreten Ideen zu suchen.

So könnte eine Neugründung Europas gelingen. Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Wir sollten damit anfangen. Jetzt!

[Quelle: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges__Papiere_et_al_/PK_Europa_Paper.pdf]

DOKUMENT 38 – 2017 60 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE – AXEL SCHÄFER

„60 Jahre und kein bißchen weise, aus gehabtem Schaden nichts gelernt ...“ sang der deutsch-französische-österreichische Schauspieler Curd Jürgens zu seinem eigenen Geburtstag. Was singen wir heute zum 60. Geburtstag der Verträge von Rom? Zuerst einmal müssen wir innehalten. Ob Curd Jürgens das damals getan hat, wissen wir nicht. Jedenfalls war er mit 60 Jahren auf dem Weg, seine Gesundheit zu ruinieren. Heute sind innerhalb der EU auch Kräfte auf dem Weg, die Gemeinschaft zu zerstören. Vielleicht kann man ja aus Fehlern berühmter Persönlichkeiten lernen. Aber der Reihe nach ...

1. Ein Blick von heute auf die Geschichte

Zum Jubiläum: 60 Jahre EWG heißt 66 Jahre seit Gründung der Montanunion. Es ist also nicht nur ein singuläres Ereignis, an das wir erinnern, sondern ein Prozess fortschreitender Integration der Zusammenarbeit und des Zusammenschlusses. Von 2017 aus gesehen sind die historischen Fortschritte auf diesem Kontinent für die Menschen der Nachkriegszeit ein Glücksfall fantastischen Ausmaßes: Gesicherte Freiheit, persönlicher Wohlstand, Toleranz und Solidarität, gute Nachbarschaft ohne Grenzen. Das alles regelt seit 1957 Vertrag für Vertrag, um sich zu vertragen. Von ursprünglich sechs auf bis jetzt 28 Mitgliedstaaten angewachsen – einzigartig auf unserem Erdball. Zugleich ist die Vereinigung Europas auch heute in einer komplizierteren Welt von simplen Erkenntnissen geleitet:

- Frieden ist zwar nicht alles, aber ohne Frieden ist alles andere nichts.
- Einem Land kann es nur gut gehen, wenn es seinen Nachbarn nicht schlecht geht.
- Die Werte stiften den Sinn, das Recht setzt den Rahmen.

Der klare Blick auf diese Punkte muss mit aufrechtem Gang erfolgen und von Hoffnung getragen sein: Optimistisch, ins Gelingen verliebt.

2. Den Weg täglich gehen und wertschätzen

War für den französischen Philosophen Ernest Renan im 19. Jahrhundert die Nation „un plébiscite de tous les jours“, so ist die europäische Einigung heute das tägliche Plebiszit von Millionen Menschen, die miteinander arbeiten und voneinander lernen, getragen von gemeinsamen Werten im Rahmen der Gesetze. Ermöglicht wird dies von Abgeordneten, Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern aus 28 unterschiedlichen Staaten, die sich unabhängig von ihrer Herkunft als Europäerinnen und Europäer fühlen: sich persönlich begegnen, in die Augen schauen, die Hand reichen, miteinander reden und gemeinsam handeln. Diese Grundeinstellung verbindet alle: Geleitet vom Verständnis füreinander als Voraussetzung für die Verständigung untereinander, vom Konflikt zum Kompromiss, vom Kompromiss zum Konsens. Das ist der Geist des *Acquis Communautaire*, mit dem wir in zigtausend Regelungen ein Geflecht von Bestimmungen und Institutionen geschaffen haben, freiwillig und gleichberechtigt, Souveränität teilend, um souverän bleiben zu können. Ermöglicht wurde damit eine Gemeinschaft des Binnenmarktes, von Arbeitsteilung hier – Austauschprogramme für Schülerinnen Schüler und Studierende dort, wirtschaftlicher Stärke, Förderung von Beschäftigung, hohem Umwelt- und Verbraucherschutzniveau, Gleichstellung von Frauen und Männern ... sowie tausend Dingen im Alltag mehr. Bei rund einem Prozent aller öffentlichen Finanzen aus den Mitgliedstaaten schafft der EU-Haushalt ohne Schulden beeindruckende Synergieeffekte. Das ist aber nur die eine Seite.

Die andere lautet: „Wenn morgens früh die Sonne lacht, hat dies allein mein Land vollbracht. Doch gibt es Matsch und Schnee, dann war es die EG“. In den Jahrzehnten des europäischen Zusammenwachsens wurde die Gemeinschaft immer wieder durch Klischees und Vorurteile, sogar Witze infrage gestellt. Aber: Neun von zehn dieser Behauptungen sind nachweislich falsch. Brüssel ist kein bürokratisches Monster, aber der Krümmungsgrad der Gurke wurde tatsächlich vom Handel gefordert. „Die in Brüssel“, das sind wir aus Berlin und Paris, Stockholm und Athen, Warschau und – noch London. Der Europäischen Union geht es heute auch deshalb nicht gut, weil nationale Regierungen oftmals aus innenpolitischen Gründen die EU-Institutionen systematisch schlecht reden. In Wahrheit ist Deutschland nicht der Zahlmeister, vielmehr gewinnen wir in und mit Europa.

3. Miteinander – gegen Rechts

Die jetzige Krise der EU geht einher mit der Rückkehr des alten Nationalismus der 20er und 30er Jahre im neuen Gewand. „Da liegt Europa, wie sieht es aus? Wie ein bunt angestrichenes Irrenhaus ... Der Himmel sei unser Konkursverwalter. Die Neuzeit tanzt das Mittelalter. Die Nation ist das achte Sakrament -! Gott segne diesen Kontinent.“ Soweit wie Kurt Tucholsky in seinem Gedicht von 1931 sind wir noch nicht. Aber die Mahnung von Francois Mitterrand in seiner Abschiedsrede vor dem Europäischen Parlament 1995 steht weiterhin im Raum: „Le nationalisme, c'est la guerre“. Wir müssen klar verstehen, was Nationalismus bedeutet, um ihm widerstehen zu können: Nationalismus ist vor allem Fremdenfeindlichkeit. Er heißt auch immer Abwertung von „Ausländern“ und Überhöhung des eigenen Landes. Ein Irrglaube, der auf einen Irrweg führt und der im Irrsinn endet. Von den Zeiten autoritärer wie faschistischer Herrschaften bis zur Gegenwart hat sich die Haltung rechter Politikerinnen und Politiker, wie Le Pen in Frankreich, Petry in Deutschland, Wilders in den Niederlanden, Strache in Österreich, Kaczynski in Polen oder Orban in Ungarn, nicht grundlegend verändert:

- Schuld sind immer die anderen;
- Verschwörungstheorien statt Tatsachen;
- Ablehnung internationaler Organisationen;
- Attacken gegen kritische Medien;
- Einschüchterung bzw. Einschränkung unabhängiger Justiz;
- Minderheiten zu Sündenböcken machen.

In den Köpfen oft Verwirrung stiften. Sorgen, Nöte oder Existenzängste der Menschen für ihre eigene dumpfe Sache mit dummen Parolen instrumentalisieren. In den Herzen vielfach Hass einpflanzen, auf der Straße die Wut herausschreien: Der entfesselte „Volkswille“ als Volkzorn ist die alltägliche Verhöhnung universeller Werte, insbesondere der jüdisch-christlich-muslimischen Nächstenliebe. Wir sagen über Länder- und Parteigrenzen hinweg zu den Nationalisten allerorten: „No pasaran! – Ihr kommt damit nicht durch!“



Axel Schäfer (*1952):
Seit 1969 Mitglied der SPD,
1994-1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2005-2010 Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, 2010-2017 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

4. Bestehende Probleme lösen

Komplexe Politik hat einfach die Aufgabe, das Leben der Menschen zu verbessern. Wir sind als Gemeinschaft in Europa viel weitergekommen, als dies zugegeben oder wahrgenommen wird. Deshalb müssen wir die Fakten kennen und auch benennen. Aber wir sind noch längst nicht so weit gekommen, wie wir es uns vorgenommen und beschlossen hatten:

- Die Jugendarbeitslosigkeit in einer Reihe von Regionen unakzeptabel hoch – vor allem, weil die Mitgliedsstaaten selbst nur wenig tun.
- Die Finanztransaktionssteuer wurde immer noch nicht eingeführt – vor allem, weil es in einigen Hauptstädten dagegen Widerstand gibt.
- Investitionen in europäische Projekte werden nur zaghaft angestoßen – vor allem, weil bestimmte Länder eine restriktive Sparpolitik fahren.
- Beschlüsse zur Flüchtlingspolitik bleiben auf dem Papier – vor allem, weil viele in der EU nicht das umsetzen, was sie vorher noch vereinbart hatten.
- Sozialpolitik ist immer noch unterentwickelt – vor allem, weil europäische Möglichkeiten nicht genutzt und Gesetze nicht verabschiedet werden.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Zugleich gibt es neue Herausforderungen:

- Die Verteidigungspolitik muss Strukturen und Mittel noch stärker auf die EU beziehen. Blockaden in der NATO dürfen Fortschritte nicht aufhalten.
- Maßnahmen zur inneren Sicherheit haben bisher wegen fehlender Zuständigkeiten und mangelnder Kooperationsbereitschaft nur unzureichend funktioniert.

Wir brauchen auch hier den Willen, mehr europäisch zu bewegen statt den illusionären Glauben, es einzelstaatlich besser regeln zu können. Dazu müssen wir die Bürgerinnen und Bürger immer wieder aufs Neue von der Notwendigkeit unserer europäischen Idee überzeugen.

5. Neue Initiativen und traditionelle Methoden

Die Forderung für die Vereinigten Staaten von Europa basiert auf Denkanstößen aus dem Mittelalter. Sie ist aber erst in und nach der Revolution von 1848 durch konkrete Vorschläge und weitere 100 Jahre später durch vertragliche wie institutionelle Schöpfungen schrittweise realisiert worden. Wichtig war immer zweierlei: Der Mut zu Ideen und die Fähigkeit zu Taten. John Lennon's Song Imagine bleibt aktuell: "You may say I'm a dreamer, but I'm not the only one, I hope some day you'll join us and the world will be as one". Heute wird über Europas Zukunft so viel nachgedacht und zu Papier gebracht wie seit langem nicht mehr. Das ist ein gutes Zeichen; ein noch besseres ist die Tatsache, dass jeden Sonntag in deutschen Städten tausende Menschen für europäische Impulse auf die Straße gehen. Wir brauchen diese Diskussionen und Aktionen, noch größer an der Zahl, noch besser verbunden. Die Mehrheit der Menschen fühlt sich als Europäerinnen und Europäer, ohne darin einen Gegensatz zu ihrer Nationalität zu sehen. Ihnen geht es nicht nur um materielle Gegenstände, sondern auch um ideelle Werte. Es sind die Werte des Humanismus, der Aufklärung und der Sozialdemokratie.

Die traditionelle Gemeinschaftsmethode hat den Prozess fortschreitender Integration seit 1951/57 ermöglicht. Ihre flexible Anwendung und begründbare Ausnahmeregelungen lassen sie immer wieder neuen Herausforderungen gerecht werden. Aber es muss auch ein Einigungsdruck bleiben: Verstärkte Zusammenarbeit ist möglich und notwendig, aber nicht zwangsläufig. Konzentration auf bestimmte Politikbereiche klingt theoretisch gut, lässt sich aber praktisch nicht umsetzen. Und die Unionsmethode à la Merkel mit Vereinbarungen außerhalb der Verträge hat ausgedient. Neue Initiativen müssen sich sowohl auf die EU insgesamt als auch auf alle Mitgliedstaaten beziehen. In jedem Fall brauchen wir die deutsch-französische Koordination.

6. Personen – Parteien – Parlamente

Das Jahr 2017 kann trotz manchen Rückschlags zu einem „reload“ der Europäischen Idee werden. Mit Martin Schulz an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie verfügen wir über eine Persönlichkeit, die ein glaubwürdiges Gegenmodell zur konservativen-liberalen Austerität vertritt. Er steht für eine gerechte Sozialpolitik, die auch in den anderen Ländern der EU auf Zustimmung trifft. Wir brauchen mehr mutige proeuropäische Politikerinnen und Politiker, deren persönliche Überzeugung ansteckend wirkt und Menschen begeistert.

Sagen, wie es sein kann und sein soll, dabei Zuversicht ausstrahlend – das ist links. Behaupten, dass alles wieder so wird, wie es früher nie war und Angst verbreitend – das ist rechts.

Unsere Haltung muss sich auch in Programmatik und Präsentation der SPD widerspiegeln. Die europäische Dimension ist kein Zusatz für nationale Politik, sondern die wichtigste nationale Politik ist die europäische Dimension. „Deutsche sagt ja zu Europa!“ – „Macht Europa stark!“ – „Wir sind Europa!“: Die Slogans vergangener Wahlkämpfe werden zu einem Element künftiger Erfolge, wenn wir sie mit aktuellen Formen verbinden. Keine andere Partei verkörpert in ihrer Geschichte und durch ihre Existenz dieses Europa so wie wir. Keine andere Partei ist aber auch in vielen Ländern aktuell so gefährdet wie die Sozialdemokratie.

Die EU muss sich zugleich stärker parlamentarisieren. Die Vernetzung zwischen Bundestag und Europäischem Parlament, die Besonderheit bilateraler Zusammenarbeit, die Aufwertung der PSE/S&D sowie der neu gegründeten Progressiven Allianz sind unverzichtbar für das Gelingen von Politik, bei uns wie für uns. Die Beschlüsse des SPD-Parteitag aus 2015 für einen parlamentarischen EU-Gipfel mit Beratungen im Fraktions-, Ausschuss- und Plenarformat sind hierzu ein wichtiger Baustein.

7. Die Jahre des Brexits beherrschen

Das Votum der britischen Bevölkerung, nach 43 Jahren die Europäische Union zu verlassen, ist ein Wendepunkt. Hatte die EU sich bisher immer nur auf den Beitritt weiterer Staaten vorbereitet, so trifft uns der Austritt eines Staates heute völlig unvorbereitet. War bisher das Ziel von Verhandlungen immer eine Win-Win-Situation, so kann beim Brexit nur ein Loose-Loose-Ergebnis herauskommen.

Der Austrittsmarathon wird nicht bis März / Mai 2019 ans Ziel führen, sondern wahrscheinlich noch ein Jahrzehnt länger laufen, um das künftige Verhältnis der EU zum Vereinigten Königreich zu gestalten. Alle widersprüchlichen Elemente der Politik – von ökonomischen Daten und diplomatischer List, von gemachten Erfahrungen und verbreiteten Fake News, von harten Interessen und purer Ideologie – werden zutage treten. Die EU wird diese Wegstrecke nur dann erfolgreich bestehen, wenn sie von Anfang an darauf achtet, dass weder nationale Pseudo-Interessen noch kurzfristige Wirtschaftsprofinite im Vordergrund stehen. Ansonsten läutet das Ende der britischen EU-Mitgliedschaft auch das Ende der EU ein.

8. Ein Blick in die Zukunft: Europas Selbstbehauptung

Die Eingangsfrage, was wir in der EU zum 60-jährigen Jubiläum gemeinsam singen, ist beantwortet: natürlich Beethovens Neunte nach dem Text aus „Freude schöner Götterfunken“ von Friedrich Schiller: „Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt. Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt.“ Wir wissen heute, dass diese Symphonie eine Zäsur in der Musikgeschichte bedeutete. Wir wissen heute zugleich, dass die Europäische Union eine Zäsur in der Staatengeschichte mit sich brachte: Gelungene Supranationalität. Jeremy Rifkin hat Recht, wenn er schreibt, „Wir Amerikaner haben immer gesagt, für den Amerikanischen Traum lohne es sich zu sterben. Für den neuen europäischen Traum lohnt es sich zu leben.“

Jetzt gilt es den Blick in Richtung Zukunft zu lenken. Es geht um die Selbstbehauptung Europas in der Globalisierung. Wir wollen die EU weiterentwickeln. Sie ist unser Garant für Frieden, Demokratie, Freiheit, Solidarität und Wohlstand. Im Unterschied zu Curd Jürgens, der bedauerlicherweise schon mit 67 Jahren verstorben ist, haben wir dazugelernt.

Viva Europa!

[Quelle: www.axelschaefer-mdb.de]

DOKUMENT 39 – 2017 ANDREA NAHLES, BUNDESMINISTERIN FÜR ARBEIT UND SOZIALES

„MEHR EUROPA WAGEN“.

Liebe Genossinnen und Genossen,
meine Damen und Herren,

vor 60 Jahren haben sechs Europäische Länder die römischen Verträge unterzeichnet und damit den Grundstein für das gelegt, was heute die Europäische Union ist.

Die Gründungsländer waren Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg – und Deutschland. Das Ende des zweiten Weltkriegs lag gerade einmal 12 Jahre zurück, viele Wunden waren noch frisch, viele schlimme Erinnerungen noch wach.

Niemand in Deutschland hätte sich beschweren können wenn die anderen Länder in Europa gesagt hätten: „Zusammenarbeit in Europa? – Nur da wo es unvermeidlich ist, nur das allernötigste, aber auf keinen Fall gehen wir mit diesen Deutschen irgendeine Verbindung ein die enger ist als eben nötig.“

So hätte das kommen können. Aber unsere Nachbarn haben anders reagiert. Sie haben uns nicht jeden Fehler vorgehalten, nicht erst den unbedingte Beweis eingefordert, dass Deutschland sich verändert hat. Nein, sie

haben die gemeinsamen Herausforderungen nach vorne gestellt und erkannt, dass es besser ist, in die gute Zusammenarbeit zu investieren anstatt sich die Fehler der Vergangenheit vorzuhalten – Welch eine große Geste, 12 Jahre nachdem Deutschland den ganzen Kontinent in einen furchtbaren Krieg gezogen und unfassbare Greuelthaten begangen hat.

Es tut gut, sich diese enorme politische Kraftanstrengung aus der damaligen Zeit wieder in Erinnerung zu rufen. Denn sie macht Mut. Sie zeigt, dass die Völker Europas in der Lage seien können, alte Gräben zu überwinden und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Das wir nicht zurückschrecken müssen vor sich ausbreitendem Nationalismus, sondern dass wir entschlossen die Alternative dazu formulieren sollten, so wie es die Gründungsländer der Europäischen Gemeinschaften in den Römischen Verträgen auch getan haben.

Lassen sie mich an dieser Stelle auch eine Bemerkung zur Diskussion um den sogenannten „Grexit“ machen - eine Diskussion übrigens die es so fast nur in Deutschland gibt. Klar ist, dass Griechenland noch einen sehr langen Weg vor sich hat um die schweren Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Ich halte es nicht nur historisch, sondern auch aktuell politisch für absolut fahrlässig, der griechischen Regierung mit einem Rauschmiss aus dem Euro zu drohen.

Wir sind uns im Kreis der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und mit Martin Schulz völlig einig, dass dies keine Option ist. Und vielleicht besinnen sich angesichts des 60. Jahrestages der Römischen Verträge auch noch andere Kabinettsmitglieder darauf, dass man manchmal in Europa auch investieren muss, um den Zusammenhalt zu erhalten.



Andrea Nahles (*1970):
Seit 1988 Mitglied der SPD,
1998-2002/2005-2019 MdB, 2009-2013
Generalsekretärin der SPD, 2013-2017
Bundesministerin für Arbeit und Soziales,
2017-2019 Vorsitzende der SPD-Bundes-
tagsfraktion, 2018-2019 SPD-Parteivor-
sitzende

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wir sind gerade genau wieder an dem Punkt, an dem Weichen gestellt werden:

Der Brexit und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten markieren eine Zeitenwende. Die USA, China und Russland definieren ihre Interessen neu und stellen damit Europa vor neue Herausforderungen.

Es ist gut, dass wir anders als vor 60 Jahren nicht bei null anfangen müssen. Wir haben in den vergangenen 60 Jahren schon viel erreicht, vieles auf das wir heute aufbauen können:

Der Europäische Binnenmarkt ist der wirtschaftsstärkste Binnenmarkt der Welt. Der Großteil der Exporte aller EU-Mitgliedstaaten geht direkt in die Europäische Union. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit eröffnet Millionen von Menschen die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt dort zu erarbeiten

wo sie es wollen und Arbeit finden. Und ohne die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wären die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht in der Lage, die sicherheitspolitischen Aufgaben zu erfüllen, die sich ihnen in ihrem Umfeld stellen und die die USA spätestens seit Donald Trump immer weniger bereit sind, wahrzunehmen.

Wir alle spüren aber auch, dass wir eine neue politische Kraftanstrengung brauchen, um in Europa das Erreichte zu sichern und Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden. Und wir alle spüren, dass es schwierig ist, zurzeit in Europa auf einen Nenner zu kommen:

Ja, die Europäische Union ist von tiefgreifenden Interessensgegensätzen und großen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten geprägt.

Man muss sich das mal vergegenwärtigen: Die regionale Ungleichheit in Europa ist um ein Vielfaches größer als in den USA.

Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf schwankt in den USA zwischen 67.000\$ in Alaska und 31.500\$ in Mississippi, der Landesdurchschnitt liegt bei 50.000\$. In Europa liegt die Spannbreite zwischen 81.000 Euro in Luxemburg und 5.500 Euro in Bulgarien, der EU-Durchschnitt liegt bei 26.500 Euro.

Die Arbeitslosigkeit schwankt in den USA zwischen 2,6% in New Hampshire und 6,7 % in Alaska. In der Europäischen Union reicht die Spannbreite von 3,5% in Tschechien bis zu 23% in Griechenland.

Die Arbeitslosigkeit liegt damit in einigen Bereichen Südeuropas über der im sogenannten Rustbelt der USA.

Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass die Einkommensungleichheit innerhalb vieler Länder Europas stark ausgeprägt ist, besonders in den Ländern, in denen der Lebensstandard sowieso schon gering ist. In den wirtschaftlich schwächsten Ländern Europas haben es gerade die Menschen am unteren Ende der Lohn- und Einkommensskala schwer, wirtschaftlich und sozial mitzuhalten.

Anders als in den USA gibt es in Europa noch nicht einmal in allen Mitgliedstaaten einen Mindestlohn, von einem auskömmlichen ganz zu schweigen. Es gibt auch keine unionsweiten Regeln für die soziale Grundsicherung. So gibt es zum Beispiel in Italien, Griechenland und weiten Teilen Spaniens keine umfassende Sozialhilfe.

Die Ungleichheit ist die eigentliche Ursache für viele Probleme, die die Europäische Union derzeit bewegt: die Wachstumsschwäche des Europäischen Binnenmarkts, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Währungsunion, Armutsmigration oder Lohnwettbewerb.

Die Ungleichheiten sind auch ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die Mitgliedstaaten immer weniger auf gemeinsame Standards und Regulierungen einigen können.

Die Ungleichheiten in Europa sind zu groß, als dass man sie innerhalb weniger Jahre auf ein mit den USA vergleichbares Niveau reduzieren könnte. Um Europa aber wieder einigungsfähiger und leistungsstärker zu machen, brauchen wir eine spürbare Aufholentwicklung in den wirtschaftlich schwächeren Regionen Europas - und bessere Regeln, die helfen, mit den Konflikten und Verwerfungen, die auf Grund der Ungleichheiten existieren, umzugehen.

Auch hierzu ein Beispiel: Während in den USA über die bundesweit organisierte Arbeitslosenversicherung Gelder in besonders von Arbeitslosigkeit betroffene Regionen gelenkt werden, fehlen in Europa derartige Mechanismen automatischer Stabilisatoren.

Dies wurde am Beispiel der explodierenden Jugendarbeitslosigkeit in Folge der Finanzkrise deutlich: Obwohl die europäische Staatengemeinschaft sich einig war, aus den gemeinsamen Töpfen zusätzliche sechs Mrd. Euro zur Förderung der Jugendbeschäftigung in den besonders betroffenen Regionen zur Verfügung zu stellen, hat es ca. zwei Jahre gedauert, bis die ersten europäischen Gelder eine Wirkung in den Mitgliedstaaten entfalten konnten. Der Grund: Als Transferweg standen nur die Strukturfonds zur Verfügung. Es musste daher eine neue Verordnung erarbeitet und verabschiedet werden, jeder anspruchsberechtigte Mitgliedsstaat musste darauf bezogene eigene Arbeitsprogramme einreichen, diese mussten geprüft, angepasst und genehmigt werden, dann erst konnte das Geld zum Einsatz kommen.

Auch wenn die Gelder mittlerweile gut ablaufen hat das Beispiel gezeigt, dass hier neue und schnellere Transferwege nötig sind.

- Hier mal ein kleiner Einschub, damit das mal alle gehört haben: Die Jugendgarantie brummt mittlerweile, die Gelder fließen ab, überall haben sich Strukturen gebildet um die Maßnahmen umzusetzen. Es geht jetzt darum das zu verstetigen. Die Lehre die wir daraus ziehen müssen ist nur: Nächstes Mal muss alles viel, viel schneller gehen -

So klar der Befund ist, so schwierig ist es, sich in Europa auf geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Ungleichheit zu verständigen. Der Handlungsspielraum ist nicht nur finanziell, sondern auch politisch beengt. Längst sitzen in den meisten Ländern Europas Links- und Rechtspopulisten in den Parlamenten und zum Teil

auch in den Regierungen und machen offen Front gegen Europa. Die Mitte-Rechts-Parteien Europas lehnen es mit großer Vehemenz ab, über mehr zwischenstaatliche Solidarität den Ungleichheiten in Europa zu begegnen, auch hier in Deutschland.

Die Sozialdemokratie sind seit Beginn der Finanzkrise für ein Mehr an zwischenstaatlicher Solidarität eingetreten. Das ist richtig und unverzichtbar, kann aber viele Fragen, die sich stellen, noch nicht zufriedenstellend beantworten.

Wir müssen eine auf Investitionen, Beschäftigung und sozialen Ausgleich orientierte Politik auch tatsächlich strukturell in der Europäischen Union verankern. Das heißt unter anderem, die Frage der gerechten Finanzierung und Zielstellung dieser Politik auch nicht mehr hauptsächlich auf das Verhältnis der Staaten zu beziehen - „zum Beispiel in der verkürzten Darstellung Deutschland zahlt für Griechenland“, sondern auf die tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten und Herausforderungen.

Oder um es einfacher auszudrücken. Es geht doch gar nicht darum, ob Deutschland für Griechenland bezahlt. Es geht darum, ob am Ende nur die Arbeitnehmer und Rentner bezahlen und die Kapitalbesitzer von jeder Krise immer noch mehr profitieren. Wenn wir mit europäischen Regeln dafür sorgen, dass der Kapitalbesitzer in Griechenland sich genauso an gemeinschaftlichen Aufgaben beteiligen muss – Stichwort Finanztransaktionssteuer – wie der Kapitalbesitzer in Deutschland, und der Jugendliche in Andalusien genauso von europäischen Programmen profitiert wie der Jugendliche in der Uckermark, dann kann es uns auch gelingen, die Debatte in Europa tatsächlich zu verändern.

Ich glaube, die Bevölkerung ist da schon weiter als manche Regierung in Europa: Über die Hälfte der Menschen in allen Mitgliedstaaten sagen, dass die Europäische Union mehr für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen tun sollte, und in 24 der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Zustimmung zur Frage, ob die Europäische Union mehr in der Gesundheits- und Sozialpolitik tun sollte, deutlich gestiegen. Nur in den skandinavischen Ländern und Österreich liegt der Zustimmungswert hier knapp unter 50%. Passenderweise haben wir die Arbeits- und Sozialminister aus Schweden und Österreich hier, bestimmt können sie gleich in der Diskussion diese Befunde noch genauer erörtern.

Fast zwei Drittel der Deutschen sagen übrigens, die EU sollte auf diesem Gebiet mehr tun, das ist ein Anstieg um 26% seit 2014.

Die SPD sollte also im Verbund mit ihren Schwesterparteien „Mehr Europa wagen“ und sich als die Partei zur Wahl stellen, die zum Ziel hat, in Europa zu investieren anstatt es kaputtzusparen. Die das Vertrauen der Menschen in Europa gemeinsam mit anderen Kräften in Europa wieder zurückgewinnen will. Die die nationalen Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten und nationale Traditionen und Praktiken achtet. Und die bereit ist, den eingeschlagenen Weg einer gemeinschaftlichen Haushalts- und Fiskalpolitik zu Ende zu gehen, anstatt auf halbem Weg stehen zu bleiben.

Ich sage auch: Der Zustand, dass die Bundesregierung oder andere Regierungen direkt oder über die Europäische Kommission immer wieder in der Rolle ist, Einfluss auf Politiken im Zuständigkeitsbereich anderer Mitgliedstaaten zu nehmen, muss beendet werden. Das ist auf Dauer für die Zusammenarbeit nicht gesund. Wir brauchen wieder eine klare Trennung: haushaltspolitische Ziele und Vorgaben sind das eine, wie man sie erreicht das andere. Das heißt nicht das ich gegen Verfahren des Voneinander Lernens oder der Ausrichtung der Politik an gemeinsamen Zielen bin. Aber alle Beteiligten müssen sich wieder stärker daran halten, nicht zu stark in ureigene Kompetenzfelder der einzelnen Mitgliedstaaten hineinzuregieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Aus der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses wissen wir, dass Europa nicht in großen Entwürfen, sondern in konkreten Projekten vorankommt. Diese brauchen Zeit, bis sie in allen Mitgliedstaaten diskutiert, verstanden und in der politischen Programmatik einer kritischen Masse von Parteien und Regierungen verankert sind.

Ich will gerne einige aus meiner Sicht notwendige Projekte beschreiben, die geeignet sind, den Zusammenhalt innerhalb Europas zu stärken, Ungleichheiten abzubauen.

Das erste große Projekt bezieht sich auf den Europäischen Haushalt. Wir brauchen einen auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten Haushalt der Europäischen Union. Der aktuelle Haushaltsrahmen für die Jahre 2013 bis 2020 wurde als Sparhaushalt konzipiert und steht unter der Maßgabe, dass die Ausgaben nicht mehr als 1 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts betragen dürfen. Mit dem Haushaltsansatz ist es – wenn überhaupt – möglich, die bisherige Strukturförderung in der Europäischen Union auf dem jetzigen Niveau aufrecht zu erhalten. Ein Abbau der Ungleichheiten und eine Förderung von Wachstum und Beschäftigung ist mit diesem Haushalt kaum zu erreichen.

In die nächste Legislaturperiode fällt die Aufstellung des EU-Haushalts für die Jahre 2021 bis 2027. Die SPD muss es zu einer Kernforderung erheben, dass die Mittel für die Europäische Strukturpolitik in der nächsten Förderperiode deutlich auf ein Maß angehoben werden, dass drei Schwerpunkte ermöglicht.

Erstens: die Unterstützung regionaler Wachstumsstrategien zum Abbau von Ungleichheiten.

Zweitens: die Finanzierung von Infrastruktur und Zukunftstechnologien, die Europa verbinden und voranbringen – vom Breitbandausbau bis zu Hochgeschwindigkeitsverbindungen.

Drittens: einen Mechanismus, um konjunkturelle Impulse setzen zu können. Auch automatische Stabilisatoren genannt.

Wir sollten auch anstreben, den EU-Haushalt aus echten Eigenmitteln zu finanzieren, unter anderem mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer, um von der spaltenden Nettozahler- und Nettoempfängerdebatte wegzukommen.

Mein zweites Projekt über das ich sprechen möchte, sind soziale Mindeststandards für Europa.

Wenn Europa sich aufmacht, mehr zu investieren, um die sozialen Ungleichheiten abzubauen und Wachstum und Beschäftigung zu fördern, sollte auch sichergestellt sein, dass die Menschen am unteren Ende der Lohn- und Einkommenskala davon profitieren. Dies ist nicht zuletzt deshalb ein Anliegen, weil zu geringe Löhne und fehlende soziale Basisabsicherung in einigen Mitgliedstaaten zu Lohndumping und armutsinduzierter Zuwanderung in andere Mitgliedstaaten führen.

Die Kaufkraft von Mindestlöhnen in den mittel- und osteuropäischen Staaten (mit Ausnahme Sloweniens) liegen deutlich unter dem Niveau der westlichen Länder.

Misst man die Mindestlöhne am jeweiligen Durchschnittsverdienst eines Landes, ergibt sich ein anderes Bild. Das Spektrum reicht hier von 33 % in Tschechien bis 51 % in Slowenien. Ost-, mittel und südeuropäische Länder sind über das gesamte Spektrum verteilt. Auch unterscheidet sich die Bedeutung der Mindestlöhne für den jeweiligen Arbeitsmarkt.

In den skandinavischen Ländern und Österreich erfüllen Tarifverträge noch in ausreichendem Maße die Funktion, Mindestlöhne für die jeweiligen Branchen zu definieren. Selbst hier ist der Abdeckungsgrad von Tarifverträgen jedoch rückläufig.

Ich habe daher den Vorschlag gemacht, in Europa einen klaren Rechtsrahmen zu verabschieden, der vorsieht, dass alle Mitgliedstaaten einen Mindestlohn und einen nachvollziehbaren Mechanismus zur Festsetzung und Anpassung dieses Mindestlohns vorweisen müssen. Ein solcher Rechtsrahmen ist grundsätzlich europarechtskonform, solange er nicht die Höhe des Mindestlohns vorgibt. Ziel wäre es, dass alle Mitgliedstaaten funktionierende Strukturen vorhalten müssen, die eine Teilhabe der untersten Einkommensgruppen am Wohlstandsgewinn sicherstellen. Welche Indikatoren und Verfahren dafür maßgeblich sind, können und sollen die Mitgliedstaaten - gemeinsam mit den Sozialpartnern - selbst festlegen. Nur so kann den unterschiedlichen Traditionen und Gegebenheiten der jeweiligen Länder angemessen Rechnung getragen werden.

Ein zweiter Rechtsrahmen müsste Mindeststandards für die soziale Grundsicherung der Länder festlegen. Schon heute ist in vielen Ländern die soziale Grundsicherung derart lückenhaft, dass sie nahezu keine armuts-

reduzierende Wirkung hat und viele Menschen nicht erreicht. Diese Tendenz wird sich verstärken, wenn die Sparpolitik der vergangenen Jahre fortgesetzt wird.

Es ist den Menschen nicht zu vermitteln, dass alles Mögliche zwar europäisch vorgegeben wird, die Absicherung des Existenzminimums als staatliche Aufgabe aber nicht.

Gravierende Defizite und Unterschiede in der Grundversorgung konterkarieren die Akzeptanz für die Arbeitnehmerfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten im Binnenmarkt und widersprechen auch deren Zielsetzung. Denn es darf nicht sein, dass sich Menschen in Europa gezwungen sehen, nur zum Erhalt staatlicher Unterstützung in einer existenziellen Notlage in ein anderes Land der EU auszuwandern, um dort zu versuchen, eine Anspruchsberechtigung zu erwerben.

Schon heute stellt es unsere Sozialgerichte und die Jobcenter vor eine große Herausforderung, berechnete und unberechtigte Sozialhilfeansprüche von EU-Bürgern zu erkennen und angemessen zu entscheiden.

Eine wesentliche Funktion des Sozialstaats ist es, Regeln für die sozialen Beziehungen der Menschen in einer Solidargemeinschaft zu setzen. Zurecht sprechen wir in Deutschland vom Sozialstaat als organisierte Solidarität. Wo diese Regeln fehlen, droht jede Solidargemeinschaft zu zerbrechen. Es ist daher im Interesse Europas, bezogen auf die soziale Grundsicherung zu einer neuen Verständigung zu kommen.

Der von der Europäischen Kommission im vergangenen Jahr angestoßene Diskussionsprozess über eine Europäische Säule Sozialer Rechte bietet hierfür einen guten Rahmen.

Als letztes Projekt, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich ein sehr konkretes Projekt nennen, bei dem es darum geht die Europäische Jugend wieder an Europa heranzuführen.

Wir müssen ernsthaft an den Zukunftschancen unserer europäischen Jugend arbeiten, sonst ist die Zukunft Europas verloren. Geschenkte Interrail-Tickets an die Jugendlichen reichen da nicht.

Wir machen im Moment viel möglich, wenn es um Auslandshaufenthalte von jungen Menschen geht, die schon einen Ausbildungs- oder Studienplatz haben. Was uns aber fehlt sind Angebote für junge Menschen, die in einem anderen Mitgliedstaat nach einem Ausbildungsplatz suchen und dort eine Ausbildung absolvieren wollen. Da geht es um Sprachkurse, Reisekosten und die Betreuung bei der Anbahnung und beim Start des Ausbildungsverhältnisses.

Ich setze mich deshalb dafür ein, dass wir in Zukunft die grenzüberschreitende Ausbildungsmobilität für junge Menschen in Europa gezielt fördern. Mit einem eigenen Programm. Wir haben in Deutschland mit dem Programm MobiPro dabei sehr gute Erfahrungen gesammelt.

Nichts entspricht meiner Meinung dem Gedanken einer europäischen Arbeitsmarktpolitik mehr als ein Mobilitätsprogramm für junge Menschen, die einem anderen Mitgliedsland eine berufliche Ausbildung antreten wollen. Ich bin mit hier erfreulicherweise mit meinem Kollegen Wolfgang Schäuble einig, dass wir ein solches Programm brauchen und hoffe sehr, dass wir noch in diesem Jahr damit vorankommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben in den letzten Jahren zu wenig getan, um Europa zusammenzuhalten. Es ist in unserem ureigenen Interesse, jetzt mehr in Europa zu investieren. Politisch und finanziell. Wir müssen in die Offensive gehen. Das sage ich bewusst, weil manche auch meinen man müsse in Europa einen Gang zurückschalten. Genau das wäre falsch. Es würde vielleicht für etwas Ruhe sorgen, aber die Fliehkräfte in Europa würden immer weiter zu nehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Quelle: Rede zur Konferenz „60 Jahre auf dem Weg: Europa als Sozialgemeinschaft“ der SPD-Bundestagsfraktion]

DOKUMENT 40 – 2020: BESCHLUSS DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2020: GEMEINSAM FÜR EIN STARKES, SOZIALES UND SOUVERÄNES EUROPA

Von: Christian Petry

Mit Blick auf die Übernahme der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union durch die Bundesrepublik zum 01.07.2020 hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem umfangreichen Positionspapier Ihre Forderungen und Erwartung an die Präsidentschaft formuliert. Nachfolgend werden Kernforderungen aus dem Papier übersichtsartig wiedergegeben.

Krisenbewältigung durch nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie Europas

Aufgrund der fortbestehenden gesundheitlichen Bedrohung durch das Corona-Virus sowie der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie, muss die Stärkung Europas und seiner Souveränität Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Dabei müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten in gelebter europäischer Solidarität die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen gerecht und nachhaltig gestalten und Gefahren einer Spaltung der EU entgegenwirken.

Grundlage der Krisenbewältigung muss eine nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie sein, die wirtschaftliche Ertüchtigung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ebenso zum Ziel hat wie den sozialen Zusammenhalt Europas. Der rasche Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit einem eingebetteten Wiederaufbaufonds ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Der Übergang zu einer nachhaltigen und inklusiven Wirtschaft muss auf Basis des Europäischen Grünen Deals erfolgen. Die ökologische und digitale Transformation – einschließlich der Stärkung technologischer Souveränität der EU – sollte dabei eine zentrale Rolle spielen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch soziale Sicherheit und Solidarität

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität sind zentrale Grundpfeiler eines gerechten Europas. Die COVID-19-Pandemie hat zu drastischen Einschnitten geführt und Ungleichheiten in und zwischen den Mitgliedstaaten verschärft.

Die Bewältigung der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise muss deshalb in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei sollte auch das Thema Steuergerechtigkeit in den Blick genommen werden, um eine faire Lastenverteilung zu garantieren.

Europa muss den ökologischen, digitalen und demographischen Wandel für Alt und Jung sozialverträglich und gerecht gestalten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen sowie eine aktive Zivilgesellschaft fördern. Die Stärkung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts in der EU insgesamt muss gerade auch vor dem Hintergrund der Folgen der COVID-19-Pandemie ein zentrales Anliegen der Ratspräsidentschaft sein.

Krisenbewältigung durch ambitionierte Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutzpolitik

Europa muss die Folgen der COVID-19-Pandemie dauerhaft und inklusiv bewältigen, um den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu gestalten. Eine ambitionierte Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutzpolitik und die Ausrichtung an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen als wichtiges Thema der Ratspräsi-



Christian Petry (*1965):
Seit 1987 Mitglied der SPD,
seit 2014 MdB, seit 2018 europapolitischer
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

dentschaft vorangetrieben werden. Dafür unverzichtbar sind zusätzliche Investitionen in Forschung und Innovation. Die Fortsetzung des Programms Horizon 2020 soll dabei in seiner Ausrichtung einen Beitrag leisten, um nachhaltiges und inklusives Wachstum zu befördern. Mit Blick auf die ehrgeizigen Klimaziele der EU Union muss der Verkehrsbereich einen entscheidenden Beitrag leisten, insbesondere durch den stärkeren Einsatz alternativer Kraftstoffe und umweltfreundlicher Verkehrsträger.

Rechtsstaatlichkeit und Schutz der gemeinsamen europäischen Werte

Der Schutz der gemeinsamen europäischen Werte und der individuellen Rechte und Freiheiten ist eines der Kernmerkmale der Europäischen Union. Rechtsstaatlichkeit ist die Grundvoraussetzung für den Schutz der anderen Werte und unerlässlich für das Funktionieren der EU. Dazu gehören die Demokratisierung des Internets und eine Stärkung der Resilienz von Gesellschaften im Umgang mit Inhalten im Netz, um so der Polarisierung gesellschaftlicher und politischer Debatten – auch durch externe Akteure und gezielte Desinformation – entgegenzuwirken.

Migration und Hilfe für geflüchtete Menschen

Migration und der Umgang mit Flüchtlingen sind Fragen, für die die Europäische Union nur gemeinsam nachhaltig Lösungen finden kann. Europäische Werte sowie rechtsstaatliche und humanitäre Standards müssen dabei die Richtschnur bilden. Eine ambitionierte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die den Grundsätzen von Verantwortung und Solidarität gerecht wird und die Genfer Flüchtlingskonvention achtet, ist notwendig. Ein umfassender Ansatz sollte dabei die Zusammenarbeit mit Herkunfts-, Aufnahme- und Transitstaaten auch zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung intensivieren, Schleusungskriminalität bekämpfen sowie verbesserte Möglichkeiten legaler Migration vorsehen.

Europas Rolle in der Welt

In einer Welt zunehmender Polarisierung muss europäische Politik die Handlungsfähigkeit nach außen stärken, um europäische Interessen zu vertreten und eine regel- und menschenrechtsbasierte internationale Ordnung zu verteidigen. Hierzu gehört auch die Einführung einer verbindlichen rechtlichen Regelung der Unternehmensverantwortung entlang globaler Lieferketten, um menschenrechtliche, soziale sowie ökologische Standards und Transparenz durchsetzt.

Die Effektivität und Effizienz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) soll unter der Deutschen Präsidentschaft weiter vorangetrieben werden. Die Stärkung von Europas Rolle in der Welt wie auch die Stärkung des offenen, regelbasierten, fairen und nachhaltigen internationalen Handelssystems kommt während der Ratspräsidentschaft eine wichtige Bedeutung zu.

Eine besondere Verantwortung hat die EU für die Länder in ihrer Nachbarschaft, einschließlich des Westlichen Balkans sowie unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft und unseres Nachbarkontinents Afrika. Wir begrüßen den Beschluss zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien und erwarten einen erfolgreichen Fortgang des Prozesses.

Die Zukunft Europas und die institutionelle Weiterentwicklung der Union

Krisen waren in der EU von jeher auch eine Chance, sich noch besser für die Zukunft zu rüsten. Europa muss seinen Blick über die unmittelbare Bewältigung der aktuellen Situation hinaus richten. Die von der Europäischen Kommission angestoßene Konferenz zur Zukunft Europas bietet dabei ein Forum, um über die längerfristigen Ziele der Europäischen Union sowie die Lehren aus der COVID-19-Pandemie einen breiten Diskurs zu führen. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sich in den Prozess der Konferenz zur Zukunft der EU aktiv einbringen und erwartet eine Einbeziehung aller beteiligten Parlamente auf Augenhöhe. Wir setzen uns für ambitionierte Ergebnisse und eine institutionelle Weiterentwicklung ein, was auch mögliche Vertragsänderungen umfasst.

Die parlamentarische Dimension der Ratspräsidentschaft

Eine Ratspräsidentschaft hat auch eine immer wichtiger werdende parlamentarische Dimension. Als Bundestagsfraktion sorgen wir mit dafür, dass das deutsche Parlament mit seinem Arbeitsprogramm die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aktiv und gestaltend begleitet. Enge Kontakte zum Europäischen Parlament, insbesondere mit der S&D-Fraktion und ihrer deutschen Gruppe, und mit anderen nationalen Parlamenten in der EU sowie zu unseren sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa werden ihren Beitrag zum Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft leisten.

DOKUMENT 41 – MICHAEL ROTH, STAATSMINISTER IM AUSWÄRTIGEN AMT

MEHR ALS NUR KRISENBEWÄLTIGUNG: DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZWISCHEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEM UMBAU UND RECHTSSTAATS-CHECK

„Gemeinsam. Europa wieder stark machen“. So lautet das Motto, unter dem Deutschland zum 1. Juli 2020 seine sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft angetreten hat. Sechs Monate mit großer Verantwortung, noch größeren Aufgaben und mindestens genauso großen Erwartungen. Erst recht in diesen bislang beispiellosen Zeiten.

Noch vor wenigen Monaten hätte sich niemand ausdenken können, mit welchen Schwierigkeiten diese Ratspräsidentschaft konfrontiert sein, und unter welch komplizierten Bedingungen sie stattfinden würde. Die Corona-Pandemie hat uns in ganz Europa unvorbereitet und mit voller Kraft getroffen. Sie hat wirtschaftliche Rezession, menschliches Leid, soziale Spannungen und existenzielle Sorgen geschaffen und verstärkt. Viele Bürgerinnen und Bürger der EU haben viele Entbehrungen verkraften müssen und spüren die Folgen der Pandemie noch immer. Deshalb muss unser oberstes Ziel sein, unser Europa gestärkt und geeint aus dieser Krise zu führen. Deutschland kommt dabei eine besondere Rolle zu. Was soll das nämlich heißen: Gemeinsam. Europa wieder stark machen? Und noch wichtiger: Wie genau wollen wir das angehen?

Die Pandemie hatte nicht nur gesundheitlich, sozial und wirtschaftlich teils heftige Folgen für die Europäische Union. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten hat zwischenzeitlich gelitten. Niemand hatte eine Blaupause, es gab keinen Masterplan zur grenzüberschreitenden und effektiven Bekämpfung einer globalen Pandemie. Deshalb ging es gerade zu Beginn der Ausbreitung in Europa ziemlich unkoordiniert zu, jedes Land verfolgte eine eigene Strategie, die EU machte keine gute Figur. Dabei wissen wir doch aus Erfahrung, dass wir gemeinsam stärker sind. Gerade deshalb tut es gut zu sehen, dass die EU die Kurve bekommen hat. Nach der ersten Phase schneller, hektischer Reaktionen, stimmen wir uns inzwischen deutlich besser ab, handeln solidarisch und können voneinander lernen.

Ja, die Corona-Pandemie hat die Länder der EU unterschiedlich schwer getroffen. Doch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind überall auf dem Kontinent spürbar. Arbeitslosenzahlen steigen, Wirtschaftsleistung sinkt, Touristinnen und Touristen bleiben zu Hause. Gerade jetzt kommt es deshalb darauf an, gemeinsam und entschlossen zu handeln, zusammenzuhalten und solidarisch in Richtung Zukunft zu gehen. Dafür ist auch die Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen und das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ ein wichtiges Signal, die der Europäische Rat Mitte Juli bei einem viertägigen Sondergipfel erzielte. Wir zeigen Einigkeit und Entschlossenheit, beweisen Handlungsfähigkeit und Mut zu großen Reformen in einer Krise, aus der uns Trippelschritte definitiv nicht hinausführen werden.

Deshalb haben wir uns viel vorgenommen für diese deutsche Ratspräsidentschaft, die erste seit 13 Jahren. 2007 stellten wir die Weichen für den Vertrag von Lissabon – dieses Mal dürfte es mindestens genauso wichtig werden. Unser akribisches und von langer Hand geplantes Präsidentschaftsprogramm musste nach den Entwick-



Michael Roth (*1970):
Seit 1987 Mitglied der SPD, seit 1998 MdB, 2010 bis 2013 europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, seit 2013 Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt.

lungen im Frühjahr an manchen Stellen verändert werden. Aber wir sind zuversichtlich, dass unsere Ideen und Konzepte Wirkung zeigen werden. Denn wir streben keinen bloßen Wiederaufbau an, nein, wir wollen ja nicht zurück in die Zeit vor der Krise. Unser Ziel ist eine soziale, nachhaltige und digitale Transformation der EU – alles vor dem Hintergrund der Bewältigung der Pandemie sowie ihrer schwerwiegenden gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Für einen sozial-ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft bieten der neue Aufbaufonds sowie der beschlossene Mehrjährige Finanzrahmen einen vielversprechenden Werkzeugkasten. Ebenso unterstützen wir den ehrgeizigen „Green Deal“ der Kommission, der den Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft und klimagerechten Gesellschaft voranbringen wird. Gleichzeitig müssen wir aber auch die digitale und technologische Souveränität Europas stärken, das hat die Corona-Pandemie erneut deutlich gemacht. Weniger Abhängigkeit bedeutet mehr Krisensicherheit. Die EU muss in einer krisengeschüttelten Welt mit einer Stimme sprechen, sich endlich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen als Team verstehen.

Auch in der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sehen wir ein drängendes Thema, bei dem innerhalb der EU Humanität und Solidarität gestärkt werden müssen. Alle Mitgliedstaaten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und gemeinsam Lösungen erarbeiten, niemand darf sich länger wegduckeln.

Gerechtigkeit und Solidarität sind Prinzipien, die in der EU uneingeschränkt gelten müssen. Sie lassen sich ableiten aus den Grundwerten der EU, auf die wir uns 2009 geeinigt haben. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte sind im Vertrag der Europäischen Union verankert, ihre Achtung und der Einsatz für ihre Förderung sind Bedingungen für den Beitritt zur EU. In den vergangenen Jahren sind diese Grundwerte, sind Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aber auch innerhalb der Europäischen Union unter Druck geraten. Weltweit wächst das Autoritäre – und es macht auch vor Europa nicht Halt. Dieser Entwicklung etwas zu entgegnen, wird ein herausragendes Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Ein entscheidender Baustein dafür ist die Rechtsstaatsklausel, die im Mehrjährigen Finanzrahmen angelegt ist. Künftig sollen Staaten, die systematisch gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, weniger Geld aus dem EU-Haushalt bekommen. Im Rat wollen wir auf Grundlage eines ausführlichen Berichts der Kommission einen Rechtsstaats-Check einführen: alle Mitgliedstaaten werden sich überprüfen lassen, wir suchen den Dialog, um wieder ein gemeinsames Verständnis davon zu entwickeln, was uns im Inneren wirklich zusammenhält. Beide neuen Instrumente sind eine Riesenchance für die Verteidigung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU.

Schließlich geht es in den kommenden Monaten auch darum, dass diejenigen Länder, die die Folgen der Pandemie am härtesten spüren, auch die meiste Unterstützung erfahren. Ungleichheiten, ob sozialer oder wirtschaftlicher Art, müssen ausgeglichen werden. Dafür braucht es europäische Rahmen für Grundsicherung und Mindestlöhne sowie eine europäische Arbeitslosenrückversicherung.

All das erreichen wir nicht alleine. Europa ist Teamspiel. Und darauf wird es in den kommenden Monaten ganz besonders ankommen. Als Brückenbauer und Verhandlungsführerinnen liegt es an unserer Präsidentschaft, alle zusammenzubringen, um gemeinsam, gestärkt und geeint aus dieser Krise hervorzugehen. Dazu soll auch die Konferenz zur Zukunft Europas beitragen, in die vor allem die Zivilgesellschaft aktiv einbezogen werden soll. Jede und jeder trägt dafür Verantwortung, von Regierungen und nationalen Parlamenten, über Bundesländer und Kommunen, bis hin zu Bürgerinnen und Bürgern. Denn nur so werden wir unserem Motto gerecht. Nur so werden wir „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“

DOKUMENT 42 – 2020 ACHIM POST, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

FÜR EIN STARKES, SOUVERÄNES UND SOLIDARISCHES EUROPA – GERADE JETZT

Die europäische Einigung gründet auf einer geradezu phantastischen Idee: Der Überzeugung das Gegeneinander der Nationen in einem politischen Zusammenschluss neuer Art zu überwinden. Einem Zusammenschluss,

der über Züge eigener Staatlichkeit verfügt. Der Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg ermöglicht und letztlich den Nationalstaat in eine transnationale Demokratie einbettet. Dieser Zusammenschluss heißt heute Europäische Union und stellt eine der bedeutendsten politischen, wenn nicht zivilisatorischen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts dar.

Die Einheit Europas ist ein Geschenk. Doch sie ist gefährdet. So einzigartig diese Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung ist. Selbstverständlich ist ihr Fortgang keineswegs. Vielmehr erleben wir heute, dass einige der Grundpfeiler, auf denen die europäische Einheit ruht, brüchig geworden sind. Im Zuge der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre sind die Zweifel am europäischen Wohlstandsversprechen gestiegen. In der Flüchtlingskrise ist es Europa nicht gelungen, die eigenen Werte der Freiheit, Solidarität und Humanität in eine überzeugende, gemeinsame Politik umzumünzen. Mehr noch: Einige Staaten der Europäischen Union handeln immer unverhölener im eklatanten Widerspruch zu den freiheitlichen und demokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind. Rechte und neue Nationalisten stellen sich frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken.

Hinzu kommt: Die gegenwärtige Corona-Krise stellt den Zusammenhalt der EU vor eine neue beispiellose Herausforderung. Die EU ist eine Wirtschafts- und Solidargemeinschaft, die sich gerade in Zeiten der Krise bewähren kann und muss. In der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es Europa alles in allem gelungen zusammenzuhalten und vielfach auch gestärkt aus der Krise hervorzukommen. Dass muss Europa auch jetzt gelingen. Es geht um nicht weniger als die Vervollständigung der EU zu einer echten Fiskal-, Finanz- und Wirtschaftsunion, und natürlich zu einer echten politischen Union. Mit der Verständigung auf den solidarischen Wiederaufbaufonds ist ein historischer Fortschritt gelungen, der eine erkennbar sozialdemokratische Handschrift trägt. Das Ergebnis mit neuen, bisher nicht dagewesenen Instrumenten und neuen und in ihrem Umfang nie dagewesenen Geldmitteln legt die Basis für ein Bündnis der Solidarität in Europa, das es nun weiter politisch auszugestalten gilt.

Nach der Krise wird Europa auch mit Blick auf seine Rolle in der Welt die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise ziehen müssen: vor allem indem wir eine Debatte darüber führen, wie wir die Handlungsfähigkeit und gemeinsame Souveränität Europas in der Welt weiter stärken. Wenn wir viel richtig machen, kann die Krise uns vielleicht diesem Ziel einige Schritte näherbringen. Es geht dabei nicht um den Rückzug Europas aus der Welt und eine Rückabwicklung der Globalisierung. Das wäre grundfalsch. Und es geht auch nicht darum, europäische Lösungen künftig multilateralen Ansätzen und Abkommen vorzuziehen. Aber es geht darum, dass Europa selbst in der Lage ist, strategisch wichtige Zukunftstechnologien zu entwickeln, überlebenswichtige Medikamente herzustellen, seine Interessen und Werte zu behaupten und als handlungsfähige Friedensmacht eigenständig zu agieren.

Wir können Europa als Freiheits- und Wohlstandsraum nur gemeinsam erhalten. Ein Rückfall in nationale Kleinstaaterei würde nicht nur das Ende der EU in ihrer heutigen Form bedeuten. Es würde alle europäischen Staaten in Freiheit und Wohlstand massiv zurückwerfen. Umso wichtiger sind gerade jetzt Klarheit in der Überzeugung, Mut im politischen Handeln und die Bereitschaft dazu, Europas Einheit zu verteidigen und zu stärken. Sprachlosigkeit angesichts der Herausforderungen und die Visionslosigkeit einer reinen Sparpolitik reichen als Antworten auf die Zukunftsfragen Europas nicht aus. Wir müssen Impulse für mehr europäische Solidarität geben und die politische und soziale Integration Europas weiter voranzutreiben. Das ist eine der großen Aufgaben, für die sich die SPD und die europäische Sozialdemokratie insgesamt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit aller Kraft einsetzen müssen: Für ein starkes, souveränes und solidarisches Europa – gerade jetzt.



Achim Post (*1959):
Seit 1976 Mitglied der SPD,
seit 2012 Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2017 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

ANMERKUNG

Sämtliche Autoren bzw. Verfasser werden ohne Namenszusätze geführt.

ABKÜRZUNGEN

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	Europäische Union
EU-RATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
IAA	Internationale Arbeiterassoziation
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
MSEUE	Movement socialiste européen pour l'unification de l'Europe
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SI	Sozialistische Internationale
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag,
Carsten Schneider, MdB, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

TELEFON: 030 227-57133

TELEFAX: 030 227-56800

REDAKTION / GESTALTUNG: Öffentlichkeitsarbeit

FOTOGRAFIE: Archiv der Sozialdemokratie (ADSD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (S. 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 25, 27, 28), ADSD der Friedrich-Ebert-Stiftung / Rechteinhaber nicht ermittelbar (S.24), Bundesarchiv (S. 38), Bundesbildstelle (S. 30, 31, 32, 33, 39, 42, 46, 49), Dominik Butzmann (S. 61), Bundesministerium der Finanzen / Photothek (S. 6), Deutscher Bundestag/Presse-Service Steponaitis (S. 35), SPD-Bundestagsfraktion/Susie Knoll (S. 58, 59, 70), Michael Farkas (S. 77), Gerrit Sievert (S. 56), Susie Knoll (S. 62, 70, 79), Benno Kraehahn (S. 8, 67, 75), Photothek (S. 5)

Erschienen erstmals 2005, vierte aktualisierte Auflage im August 2020

WWW.SPDFRAKTION.DE

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

